

Karl Müller, Max Müller, Nebdermeyer, Neue, Nierich, Nimmerfall, Frau Doppel, Otonski, Ostromski, Ostwald, Pagels, Panzer, Passfeld, Pfannkuch, Pfeifenbrint, Pflüger, Elisabeth Petzsch, Pintauf, Pinter, Pittig, Prüll, Pusch, Raddbruch, Reichardt, Rehm, Rheinhold, Richmann, Ritter, Röhle, Ruben, Rubbert, Rummer, Elfriede Ryneck, Schaffner, Scheidemann, Schiller, Minna Schilling, Schizowski, August Schmidt, Georg Schmidt, Richard Schmidt, Robert Schmidt, Schmitt, Schnabrich, Schnaitmann, Scholich, Schönfelder, Schöpflin, Luise Schröder, Schuhmacher, Heinrich Schulz, Hermann Schulz, Joh. Schulz, Wilhelm Schulz, Berta Schulz, Schumann, Schuster, Seemann, Elisabeth Seifert, Seifert, Selbert, Sewering, Siebold, Siering, Silberschmidt, Simon, Solmann, Stampfer, Steinbrecher, Steintopf, Steinmeyer, Steffen, Stelling, Georg Strobel, Robert Strobel, Stuckmann, Laubadel, Johanna Tesch, Minna Todenhagen, Tregner, Treu, Trinks, Paul Verdieck, Wilhelm Verdieck, Vestner, Hans Vogel, Heinrich Vogel, Paul Voigt, Paul Voigt, Vollaack, Wagner, Wägner, Auguste Walter, Ulma Wartenberg, Weiß, Wels, Wendemuth, Werner, Westphäliger, Weyers, Widmann, Ella Wierbicki, Wiescher, Wilde, Wilke, Wisjell, Toni Wohlgemuth, Janette Wolff, Amalie Wündisch, Grete Jabe, Zeiner, Zwack.

Mit Nein haben gestimmt: Paul Bauer, Emma Berthold, Bick, Biester, Broßwisch, Carl, Dietrich, Eckstein, Engelmann, Flücht, Forster, Alfred Franz, Frau Gier, Godtnecht, Görtinger, Grund, Hartenstein, Hartig, Helmig, Hennaede, Heugel, Hirdes, Hoch, Hoff, Hohner, Huschke, Jäder, Jurmann, Kabelitz, Elisabeth Kern, Kieß, Klauder, Richard Krüger, Kutschan, Langbein, Leber, Johanna Legler, Anna Leg, Löb, Loserleit, Lurisch, Luz, Markwald, Marg, Maria Pascher, Piesch, Pitarb, Reihig, Riegel, Marie Rüper, Roth, Richard Schmidt, Schröder, Schubarth, Gustav Schulz, Schwarz, Seydewitz, Subit, Wettermann, Weidemann, Weimar, Wimmer, Winkler, Witolla, Wittig, Wolf-ram, Wurbs, Wünsche, Zimmermann.

In der weiteren Abstimmung werden die Anträge 39 bis 56 durch Annahme des Antrages 310 für erledigt erklärt.

Die Anträge 36 und 37 werden angenommen, und die Anträge 33 und 71 damit für erledigt erklärt.

Die Anträge 24 bis 26 werden dem Parteivorstande überwiesen, ebenso der Antrag 271. Die Anträge 272 und 273 werden angenommen.

Die Anträge 274 bis 281 werden dem Parteivorstande bzw. dem Zentralbildungsausschuß überwiesen.

Die Anträge 283 und 284 werden dem Parteivorstand, der Antrag 302 der Reichstagsfraktion überwiesen.

Der Antrag 306 wird angenommen, ebenso der Antrag 309 und die Resolution Nr. 311 mit der Ergänzung über Ungarn.

Der Antrag 312 wird dem Parteivorstande überwiesen, der, Antrag 319 wird angenommen.

Der Antrag 20 wird dem Parteivorstande überwiesen, ebenso die Anträge 21, 22, 23, 27, 29, 30, 31, 32 und 35.

Anträge 34 und 38 werden abgelehnt, der Antrag 62 wird angenommen. Der Antrag 63 wird abgelehnt, ebenso die Anträge 69, 73, 74 und 75. Der Antrag 76 wird dem Parteivorstand überwiesen, ebenso die Anträge 77 und 78.

Es folgt Punkt 3 der Tagesordnung: Bericht der Reichstagsfraktion.

Genosse David erklärt, daß er für die Resolution des Parteivorstandes betr. Beteiligung an der Regierung gestimmt hätte, wenn er hätte anwesend sein können.

Hoch-Hanau: Der Fraktionsbericht, den das Sekretariat der Reichstagsfraktion abgefaßt hat, ist Ihnen vor einigen Tagen zugegangen. Sie konnten aus dem Bericht ersehen, daß die Reichstagsfraktion auch im letzten Tagungsabschnitt eine ganze Reihe bedeutungsvoller Aufgaben zu erledigen hatte, die sich auf beinahe alle Gebiete der Gesetzgebung beziehen. Um so auffallender ist es, daß die Entwicklung in unserem Lande in dieser Zeit so unerfreulich gewesen ist.

Auf wirtschaftlichem Gebiet hat eine Teuerung eingesezt, die geradezu zum Verhängnis für unser Volk zu werden droht. Wir haben auch früher besondere Teuerungszeiten erlebt, wenn durch besondere Umstände unser wirtschaftliches Leben gestört wurde. Außerdem sind die Preise gewisser Waren vor dem Kriege allmählich gestiegen. Die Teuerung, mit der wir es jetzt zu tun haben, ist etwas ganz anderes. Sie ist keine vorübergehende Erscheinung, und sie vollzieht sich nicht allmählich, sondern sprungweise. Der Grund für diese Teuerung liegt in dem Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Durch den Krieg sind wir so weit gekommen, daß wir die notwendigen Lebensmittel und sonstigen Gebrauchsgüter nicht mehr in dem erforderlichen Maße herstellen können. Wir leben in einer ständigen wirtschaftlichen Not, und eine solche Not hat Notstandspreise zur Folge. Die Notstandspreise steigen bei dem dauernden Notstand immer mehr. Wir sind gezwungen, uns aus dem Auslande wenigstens einen Teil der unbedingt notwendigen Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände zu verschaffen, ohne daß wir in der Lage sind, sie wirklich zu bezahlen. Deshalb müssen wir sie borgen. Unser Geld ist nicht mehr Geld in früherem Sinne, sondern ein Schuldschein geworden, ein Schuldschein, der um so mehr an Wert verliert, je mehr Schulden wir aufnehmen müssen. Daraus entsteht für uns die schlimme Folge, daß wir das, was wir vom Auslande beziehen, unter einer immer schlechteren Valuta, mit immer geringwertigen Schuldscheinen bezahlen müssen und daß dadurch der Inlandspreis ungeheuer in die Höhe getrieben wird. Von Tag zu Tag steigen die Preise auf allen Gebieten, und für die nächsten Monate haben wir eine weitere bedeutende Steigerung zu erwarten.

Das hat die Folge, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten gezwungen werden, eine weitere Erhöhung ihrer Löhne zu verlangen. Die bisherige Entwicklung hat sich so vollzogen, daß die Arbeitslöhne und die Gehälter der Angestellten und Beamten bei weitem nicht in dem Maße gestiegen sind, wie es der Teuerung entsprechen würde. Die arbeitende Klasse ist immer mehr in ihrer Lebenshaltung zurückgegangen. Wenn jetzt bei jeder weitersteigenden Teuerung die Arbeiter, Angestellten und Beamten sich dazu bereit erklären, auf eine Lohnerhöhung zu verzichten, dann würden sie ein unverantwortliches Verbrechen an ihren Familien und an der Gesamtheit begehen. Die höheren Löhne haben aber sofort entweder mittelbar oder unmittelbar wieder eine weitere Preissteigerung zur Folge. Alle Ausgaben der Unternehmer werden jetzt reiflos auf die Waren abgewälzt, und das, was die Arbeiter an Arbeitslohn mehr bekommen, müssen sie in den höheren Preisen wieder ausgeben.

Das macht sich am schlimmsten in der Reichswirtschaft bemerkbar, weil sie die größte Wirtschaft im Reiche ist. Die jetzigen durchaus berechtigten Forderungen der Beamten und Arbeiter in den Reichsbetrieben machen eine Mehrausgabe von vielen Milliarden nötig, die durch neue Steuern gedeckt werden muß. Und auch dies trägt zur weiteren Verteuerung aller Waren bei.

Infolge der Teuerung ist die Kaufkraft im eigenen Lande immer mehr zurückgegangen. Wir haben jetzt eine günstige Geschäftszeit, auch für den Absatz der Waren im Inlande. Es handelt sich aber nur um eine augenblickliche Ver-

forjorgung der Bevölkerung mit dem Notwendigsten. Die Händler, die sich jetzt eindecken, werden ihre Waren vielleicht nicht so schnell absetzen können.

Wir haben augenblicklich auch einen großen auswärtigen Handel. Manche Industrien können nicht alles ausführen, was für die Ausfuhr verlangt wird. Das ist die gefährlichste Erscheinung unseres Wirtschaftslebens, denn es werden nicht die Gegenstände ausgeführt, die im eigenen Lande nicht gebraucht werden, sondern es wird Raubbau getrieben: es werden Gegenstände ausgeführt, die wir entweder selbst dringend gebrauchen, oder deren Herstellung uns Rohstoffe und Arbeitskraft wegnimmt, die wir zum Aufbau unseres wirtschaftlichen Lebens haben müssen. Der jetzige Ausfuhrhandel baut sich auf der Verelendung unseres Volkes auf und ist nur möglich, weil wir durch unsere Valuta-Schmutzkonzurrenz im Auslande treiben. Dagegen sind selbst die Länder, die bisher Freihändler waren, aufgetreten. Es besteht die Gefahr, daß unser Ausfuhrhandel durch Ausnahmegesetze der von unserer Ausfuhr bedrohten Länder erdroffelt wird. Auf der Leipziger Messe war der Absatz nach dem Auslande so gering, wie man nicht erwartet hatte.

Vergegenwärtigen Sie sich die Gefahr, der wir im nächsten Winter gegenüberstehen: Teuerung und Arbeitslosigkeit, wie sie noch nicht da waren. Wenn die schlimmsten Anzeichen sich bewahrheiten, werden wir statt Hunderttausende von Arbeitslosen Millionen haben.

Alles, was bisher unter der Koalitionsregierung mit oder ohne Sozialdemokraten geschehen ist, hat diese Entwicklung nicht aufgehalten, sondern drängt unser Wirtschaftsleben immer weiter auf dieser Bahn. Vom Gen. Müller und anderen ist gesagt worden, wir seien für die nächsten Jahre auf die Koalitionspolitik angewiesen. Ich bin der Meinung, daß das gar nicht feststeht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß wir in wenigen Monaten in einem Zustand sind, in dem die Koalitionsregierung nicht mehr erträglich ist, wenn nicht alles zusammenbrechen soll. Wir werden vielleicht bald vor der Entscheidung stehen.

Es wird gesagt, wir sind durch den Krieg ein armes Volk geworden und müssen Opfer bringen. Aber nur die große Masse des arbeitenden Volkes ist es, die zu leiden hat; die Großkapitalisten ziehen aus der größten Not des Volkes den größten Gewinn.

Wir sind durch den Krieg und seine Folgen gezwungen, an das Ausland große Mengen an Geld abzuliefern. Dazu müssen wir ausländische Werte in Gold oder Papier haben. Da die Teuerung immer mehr zunimmt und unser Geld immer schlechter wird, ist es ein leichtes Geschäft, durch Devisenspekulation Geld zu verdienen. Mitte Mai dieses Jahres stand der Dollar, der im Frieden 4 Mk. wert war, auf 57 Mk., heute auf 101 Mk. Wer damals für einige Millionen Mark Dollar kaufte, hat bis auf den heutigen Tag fast ebensoviel verdient. Hieraus hat sich ein Geschäft entwickelt, das darin besteht, daß weiteste Kreise der besitzenden Klassen ihr Geld aus der Industrie herausziehen und Dollarwerte usw. kaufen, da sie wissen, daß das Reich gezwungen ist, diese Dollarwerte unter allen Umständen ihnen abzunehmen. Durch Zurückhalten dieser Werte wird der Dollarkurs immer mehr in die Höhe getrieben auf Kosten des Reichs. So handeln die Prozentpatrioten im eigenen Vaterlande. So wird zur Auswucherung der Gesamtheit gewirtschaftet.

Glauben Sie, daß die Arbeiterschaft das im nächsten Winter ruhig hinnehmen kann? Wir stehen jetzt vor einer Reihe von Fragen, die gelöst werden müssen und die, wenn sie nach dem Rezept der Koalition gelöst werden, geeignet sind, einerseits die Not des Volkes zu erhöhen und andererseits die Wut des Volkes aufs höchste zu steigern.

Wir müssen den Haushalt ausgleichen, denn sonst sind wir gezwungen, neue Schulden zu machen. Dies ist keine reine Steuerfrage, sondern auch eine Frage

unserer Wirtschaftsordnung. Die Summen, die aufgebracht werden sollen, sind so groß, daß wir sie nicht mit Steuern allein decken können. Genosse Robert Schmidt hat sich, als er in die Regierung wieder eintrat, ein großes Verdienst um unser Volk erworben, indem er und seine Mitarbeiter die allgemeine Aufmerksamkeit darauf gelenkt haben, daß in anderer Weise als bisher in unser Wirtschaftsleben eingegriffen werden müsse. Er hat den Gedanken ausgesprochen, daß dem Reiche ein unablässbarer Anteil an dem Ertrage der Großindustrie und des Großgrundbesitzes vor allen sonstigen Forderungen festgelegt werden soll. Die Großindustrie hat zunächst den Vorschlag als ganz richtig hingestellt, und das Finanzministerium hat sich mit allen Kräften gegen den Vorschlag gewehrt. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß der Grundgedanke von Schmidt verwirklicht werden muß. Infolgedessen hat die Industrie in den letzten Tagen vorgeschlagen, selbst einen Teil der notwendigen Gelder aufzubringen. Es kommen nämlich zwei vollständig zu trennende Gruppen von Ausgaben des Reiches in Betracht, einmal die, die zur Deckung der Inlandsausgaben notwendig sind, und die das äußerste sind, was wir durch Steuern vielleicht aufbringen können, und zum anderen derjenige Betrag, den wir den feindlichen Staaten schulden. Nun hat die Großindustrie den Vorschlag gemacht: das Geld für das Ausland, das im nächsten Jahre nach Abzug der Sachleistungen ein bis zwei Milliarden Goldmark ausmacht, soll die Großindustrie selbst aufbringen. Wir haben dabei die größte Vorsicht walten zu lassen, damit es nicht der Großindustrie gelingt, uns auch in der Steuerfrage lahmzulegen, wie es z. B. bei der Sozialisierung der Fall gewesen ist.

In Kassel haben wir Stellung zur Sozialisierung genommen. Der Genosse aus Jena, der gestern sprach, hat sich darauf berufen, daß ich in Kassel einen Antrag eingebracht habe, der forbert: wenn die Volksozialisierung der Kohlengruben auf den Widerstand der bürgerlichen Parteien im Reichstage stoßen sollte, haben wir das Volksbegehren durchzuführen. Er hat gefragt, warum aus dieser Sache nichts geworden ist. Wir sind im Reichstage für unsere Forderung eingetreten. Die Regierung hat sich damit in allgemeinen Redewendungen mehr oder weniger einverstanden erklärt, hat die Angelegenheit an den Reichswirtschaftsrat überwiesen, und dann ist das Großkapital gekommen und hat gesagt: Auch wir wollen sozialisieren; aber wir wissen einen Weg, der den Arbeitern viel mehr nützt und der Gesamtheit keinen Schaden bringt: das sind die kleinen Aktien. Damit ist die Sache verschleppt worden. Als dann die Sanktionen einsetzten, mußte die Angelegenheit vorläufig ruhen. Ja, wir sind sogar unter der Leitung des Fachministers der Deutschen Volkspartei von den ersten Anfängen der Sozialisierung zurückgedrängt worden. Wir haben im Gesetz über die Besteuerung der Zündhölzer die Bestimmung, daß mit dem 1. April des Jahres das Zündholzmonopol durchgeführt werden soll. Die bürgerlichen Parteien haben beschlossen, daß das aufgehoben wird. — Wir haben von jeder des Kommunalisierungsgesetz gefordert. Unter dem demokratischen Minister des Innern Koch ist die Sache verzögert worden. Ich habe vor Monaten darauf hingewiesen, Koch hat mir recht gegeben und bedauert, daß er die Angelegenheit nicht vorwärtsbringen könne. Dann ist die Sache bis in das Kabinett oder den Reichsrat gekommen und dort — begraben worden. Ich würde dem Genossen Gradnauer dankbar sein, wenn er uns sagen würde, wie es kommt, daß wir bis heute diesen notwendigen Gesetzentwurf noch nicht bekommen haben. Ich möchte noch auf die Kallindustrie hinweisen. Wir haben die Verstaatlichung der Kallgruben schon längst verlangt. Weil wir dies nicht durchsetzen konnten, ist die Kallindustrie in eine unhaltbare Lage gekommen; bei ihr ist eine unerträgliche Uebersproduktion eingetreten. Jetzt beginnt man die Förderung einzuschränken. Um aber dem Kapital seine Gewinne zu sichern, werden die Preise erhöht und

das arbeitende Volk muß eine neue Belastung tragen, denn wenn das Kali verteuert wird, werden auch die Getreidepreise weiter erhöht werden.

Dabei müssen wir fürchten, daß auch die Steuererhebung wieder in erster Linie das arbeitende Volk trifft und nicht die Wuchergewinne des Großkapitals erfährt. Wir wissen, welche ungeheuren Profite das Kapital macht. Ich habe die Befürchtung, daß die jetzigen Vorschläge der Großindustrie schließlich die Wirkung haben werden, unsere Kraft für das Eingreifen in das investierte Kapital zu schwächen und zunächst nur die Steuern fertigzumachen, die auf die Masse des arbeitenden Volkes abgewälzt werden.

Dabei hat der Vorschlag, den die Großkapitalisten machen, noch zwei große Gefahren. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Großkapitalisten die Unverschämtheit haben, der Regierung vorzuschlagen, die Summen, die wir brauchen, uns in der Weise zur Verfügung zu stellen, daß sie ihr die Devisen, die sie jetzt aufgeschamfirt haben, liefern, natürlich mit einem entsprechenden Aufschlag. Dann bewahren wir die Wucherer vor jedem Schaden, schieben ihnen sogar große Gewinne zu. Wenn der Gedanke des Großkapitals, uns zu helfen, einen Nutzen für uns haben soll, dann kann er nur unter der Bedingung in Betracht gezogen werden, daß diese Devisen und die Exportdevisen auscheiden; es kann sich nur darum handeln, daß das Großkapital als Ganzes unter Haftung mit seinen Betriebsmitteln ein Kreditabkommen mit dem Auslande abschließt und dann die Summen hieraus uns zur Verfügung stellt. Das hat aber ferner zur Voraussetzung, daß es langfristige Kredite sind.

Aber auch damit wären wir nicht über die Schwierigkeiten der Steuerfrage hinweg. Denn damit haben wir nur neue Schulden aufgenommen, die laufenden Einnahmen dagegen nicht vergrößert. Die zur Deckung der laufenden Ausgaben nötigen Beträge können wir nicht mit den Steuern aufbringen, die die Regierung vorschlägt. Deshalb bleibt trotz des Angebots der Großindustrie die Forderung des Eingreifens in die Substanz bestehen. Wir müssen dem Reiche einen Anteil an dem Ertrag des Großkapitals unter allen Umständen sichern.

Dabei wollen wir uns klar sein, daß das von unseren Gegnern als der Anfang der Sozialisierung aufgefaßt wird. Mit vollem Recht. Denn wir können nicht dabei stehen bleiben. Wir müssen ganz anders als bisher ans Großkapital herangehen. (Sehr richtig!) Das Großkapital hat eine solche Machtstellung in unserem wirtschaftlichen Leben, daß, solange die großkapitalistischen Arbeitsmittel in den Händen von Stinnes, Thyssen usw. sind, es überaus schwer sein wird, an das Großkapital mit dem nötigen Erfolge heranzukommen. Deshalb müssen wir für die Sozialisierung der Kohlen- und Eisengruben und der Hüttenwerke mit allen Kräften eintreten. Jeder Versuch, in das Wirtschaftsleben einzugreifen, wird dann zeigen, daß er mit weiteren Maßnahmen zur Sozialisierung verknüpft ist.

Der Skandal, der sich mit der Devisenspekulation abspielt, ist für unser wirtschaftliches Leben unerträglich. Die Börsenpresse hat in der letzten Zeit lange Artikel darüber gebracht; hat es doch in Frankreich sogar den Chauvinisten den Vorwand gegeben, zu sagen: Deutschland will einen betrügerischen Bankrott machen, um vorzutäuschen, daß es die vorgeführten Entschädigungen nicht bezahlen kann. Die Börsenpresse verurteilt natürlich die Spekulation und sagt dann: Ihr Devisenwucherer, seid doch gute Patrioten und laßt ab von der Spekulation. Wir wissen aber, daß sich kein Mensch um solche Moralpredigten kümmert. Ich kann wohl auch annehmen, daß die Reichsregierung sich nicht mit solchen Moralpredigten begnügt hat und daß die Genossen Schmidt und Gradnauer uns Auskunft geben werden, was in dieser Frage geschehen soll.

Ich habe im Anfang dieses Jahres im Reichstage zur Politik des Wirtschaftsministeriums Stellung genommen. Der damalige volksparteiliche so-

genannte Fachminister hat darauf mit ein paar schönen Redensarten geantwortet: wir werden alles tun, um gegen diese Mißstände aufzutreten. Gehtesen ist aber nichts. Die Wirtschaft geht weiter. Hoffentlich können unsere Genossen aus dem Kabinett uns mitteilen, daß die Regierung damit umgeht, die Exportdevisen und die Spekulationsdevisen mit Beschlagnahme zu belegen. Damit erfährt man aber nur die Devisen, die im regulären Handel vertrieben werden. Der Schleichhandel ist nicht zu fassen. Werden wir nicht mit Sozialisierungsmaßnahmen auch auf dem Gebiete des Großbankwesens vorzugehen haben?

Wir waren nicht einmal in der Lage, die besondere Verschärfung der Teuerung zu verhindern, die in der letzten Zeit eingetreten ist. Beim Kampf gegen die hohen Getreidepreise sind wir allein geblieben und von den Bürgerlichen überstimmt worden.

Hiernach wird es Ihnen klar sein, wie schwer es der Fraktion gemorden ist, wieder in die Regierung einzutreten. Wir haben es uns reichlich überlegt und sind nur zu dem Zweck in die Regierung eingetreten, um das Schlimmste zu vermeiden: daß das Ultimatum abgelehnt wurde. Wir sind in der Regierung geblieben, um zu verhindern, daß das Ultimatum sabotiert wird. Wir müssen uns klar sein, daß an der Rücksichtslosigkeit, mit der Frankreich und die anderen feindlichen Staaten in bezug auf wirtschaftliche Leistungen gegen uns vorgehen, das Großkapital in unserem Vaterlande einen Teil der Schuld trägt. In weiten Kreisen der feindlichen Regierungen ist der Anschein erweckt worden, als ob dieselben Herren, die während des Krieges uns gesagt haben: das Ausland wird alles bezahlen, planmäßig dagegen arbeiten, daß Deutschland das bezahlt, was es in Wahrheit bezahlen kann. Es ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, dem Auslande auch auf wirtschaftlichem Gebiete zu beweisen, daß wir alles zu tun bereit sind, um den Forderungen des feindlichen Auslandes gerecht zu werden, und ihnen zu zeigen, wo die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit sind. Dazu haben wir jetzt die Garantiekommision. Dazu ist aber auch nötig, daß alle die Maßnahmen gegen das Großkapital durchgeführt werden, die zur Gesundung unseres Wirtschaftslebens unerlässlich sind.

Sie haben soeben einen Beschluß gefaßt, der den Kasseler Parteitagbeschlüß über unsere Beteiligung an der Koalitionsregierung formell ändert. Wie wir auf Grund des jetzigen Beschlusses vorzugehen haben, ist damit noch nicht erledigt. Die Fraktion stand schon vor der Frage, was wir zu tun haben, um die neuen Steuern gerecht durchzuführen. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß wir auf diesem Gebiete nicht mit der Deutschen Volkspartei zu einer Verständigung kommen werden. Ich vermute sogar, daß auch die Koalition mit dem Zentrum und mit den Demokraten daran scheitern wird. Auf die lange Bank kann aber die Sache nicht geschoben werden. Wir werden die Probe in den nächsten Wochen zu machen haben. Wir haben einstimmig in der Fraktion bei allen Beratungen immer wieder beschlossen: wir erklären den Koalitionsparteien und dem Reichskanzler Wirth, daß wir nicht eher an die Beratung der jetzt vorliegenden indirekten Steuern herangehen, bis uns ein vollständiger Finanzplan namentlich auch über die Sicherung des Anteils für das Reich an dem Ertrage der Großbetriebe vorgelegt ist.

Wie ist die Lage der Dinge, wenn wir jetzt im Reichstage wieder zusammenkommen. Ich habe den Eindruck: dann sind wir eben so weit wie damals, als wir auseinandergegangen sind. Auch heute besteht noch kein so fester Plan für die Finanzpolitik, daß wir bereits die letzten Entwürfe in der Hand hätten. Ohne die Entwürfe können wir uns auf nichts einlassen. Unbestimmte Besprechungen sind wertlos. Wir müssen verbindliche Entwürfe oder maßgebende Grundsätze haben. Nach der Entwicklung, die die Teuerung genommen hat, wäre es unverantwortlich, wenn wir von diesem Boden abweichen würden.

Was soll dann geschehen? Es ist gesagt worden: dann werdet ihr aus der Regierung austreten. Aber damit allein ist nichts erreicht. Wir müssen versuchen, unsere Forderungen durchzusetzen. Der Gedanke einer Reichstagsauflösung ist auch in der Fraktion in Betracht gezogen worden. Eine endgültige Stellung dazu kann die Fraktion erst nehmen, wenn wir am Dienstag zusammenkommen, wenn wir sehen, was die Reichsregierung uns zu bieten hat und wie sich die bürgerlichen Parteien stellen. Aber darüber war sich auch die Fraktion einig, daß wir eine Reichstagsauflösung nur dann begrüßen können, wenn wir die Hoffnung haben, daß die Wahl zu einem anderen Ergebnis führt, daß wir aus der nächsten Reichstagswahl mit einer ganz anderen Kraft herausgehen. Das ist nur möglich, wenn es uns gelingt, der Masse des arbeitenden Volks klarzumachen, wie ernst unsere Verhältnisse sind. Wir müssen auf dem Wege zum Sozialismus unsere Politik treiben, wenn wir es nicht zu schweren inneren Kämpfen kommen lassen wollen, die unsere Notlage nur verschärfen würden.

Aus diesen Zuständen heraus müssen Sie das Verhalten der Fraktion würdigen. Es ist jetzt Ihre Aufgabe, zu den Einzelheiten Stellung zu nehmen. Aber ich bitte Sie: erschöpfen Sie sich nicht in Kleinigkeiten, behalten Sie vor Augen, in welcher ungeheurer Weltumwälzung wir uns augenblicklich befinden. Jederzeit, wenn eine Wirtschaftsordnung innerlich zusammengebrochen war, war sie äußerlich auf der Höhe ihrer Macht. Eine Wirtschaftsordnung kann ja erst dann von der folgenden überwunden werden, wenn sie sich ausgelebt hat, wenn sie die größte Macht nach außen erreicht hat. Wenn aber gerade deshalb im Innern die Verhältnisse unerträglich geworden sind, wenn die herrschende Wirtschaft nicht mehr in der Lage ist, die Lebensbedingungen der großen Masse zu erfüllen, dann kommt es zu schweren Kämpfen, bei denen das arbeitende Volk ungeheure Opfer bringen muß. Dann gilt es, das Ziel im Auge zu behalten und alle Kräfte darauf zu vereinigen. In dieser Lage hat die Fraktion arbeiten müssen und wird sie weiterarbeiten, und in dieser Lage der Verhältnisse haben Sie heute zu beraten. Ich bitte Sie, dazu beizutragen, daß wir die Kräfte des arbeitenden Volks in den nächsten Monaten immer mehr zusammenfassen können, daß wir einig und geschlossen zusammenstehen und zielbewußt darauf hinarbeiten: heraus aus dem Elend, vorwärts auf der Bahn zu besseren Verhältnissen, zum Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Bericht über die Ernährungsfrage.

Berichterstatter **Georg Schmidt** - Berlin-Köpenick:

Nachdem Genosse Hoch schon auf die Teuerung im allgemeinen eingegangen ist, bleibt mir nur noch übrig, über die landwirtschaftlichen Fragen und über die Volksernährung zu sprechen. Aus den Anträgen 178 bis 187 geht schon hervor, daß die Genossen im Lande sich von einer Verbilligungsaktion auf dem Gebiete der Ernährung keinen großen Erfolg mehr versprechen. Die öffentliche Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Produkte ist im wesentlichen aufgehoben. Das Umlageverfahren bedeutet nur einen Uebergang zur freien Wirtschaft. Sofort nach Annahme des Umlageverfahrens haben die bürgerlichen Parteien einen deutschnationalen Antrag angenommen, recht bald zur freien Wirtschaft überzugehen.

Die Genossen fordern, daß alle Bestrebungen der Fraktion sich darauf einstellen müssen, wo wir Weltmarktpreise haben, auch Weltmarktlöhne zu bekommen. Wir haben solche Anträge im Reichstag gestellt, sie wurden aber von den gesamten Bürgerlichen abgelehnt. Ebenso hatten wir beantragt, daß die öffentliche Bewirtschaftung des Getreides beibehalten werden soll. Ferner hatten wir beantragt, daß die Ablieferungsmenge beim Umlageverfahren 4,5 Mil-

lionen Tonnen betragen soll, weil dies der notwendige Bedarf für die Brotversorgung der versorgungsberechtigten Bevölkerung ist, und die überschüssige freibleibende Getreidemenge sollte der Reichsgetreidestelle zum geleglich festgelegten Höchstpreise zur Verfügung gestellt werden; ebenso sollte die Mehlmenge pro Tag erhöht werden. Alle diese Anträge wurden von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt.

Es kommt hinzu, daß bei zweierlei Brot die breite Masse ein schlechteres Brot bekommt als das Brot, das im freien Handel käuflich ist.

Man spricht immer so sehr von dem Zusammenbruch der Zwangswirtschaft. Ich will nur feststellen, daß das Lieferjoll auch während des Krieges unter der kaiserlichen Regierung niemals erreicht wurde. Die Vertreter der Landwirtschaft, vor allem die Landbundorganisationen, der frühere Bund der Landwirte, haben stets das Umlageverfahren gefordert. Jetzt, wo es da ist, wird es bekämpft, weil es die Landwirtschaft angeblich zu sehr belaste.

Dabei ein Wort über die Preisfrage. Im Volk herrscht immer die Meinung, daß der Reichstag in seiner Gesamtheit die Getreidepreise festsetze. Das trifft nicht zu, sondern die Festsetzung der Getreidepreise erfolgt im volkswirtschaftlichen Ausschuß, der noch aus der Kriegswirtschaft die Vollmacht hat, gemeinsam mit der Regierung die Getreidepreise zu bestimmen. Die sozialdemokratische Fraktion hat im volkswirtschaftlichen Ausschuß folgende Erklärung abgegeben:

Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion wären bereit gewesen, zu prüfen, ob die Preise für das Getreide der Ernte 1921 sachlich berechtigt sind. Nachdem aber der Reichstag unsere Anträge auf Beibehaltung der gegenwärtig geltenden öffentlichen Bewirtschaftung, sowie auch den Eventualantrag, im Umlageverfahren 4½ Millionen zu erfassen, abgelehnt hat, halten wir die beschlossene Erfassung von nur 2½ Millionen Tonnen für eine verschleierte Form der nun tatsächlich eintretenden freien Wirtschaft. Die Höhe des Getreidepreises wird nun bestimmt durch das Getreide, das in den freien Verkehr gelangt. Da ferner unsere Anträge zur Sicherung des Reallohnes abgelehnt wurden, können wir es nicht verantworten, durch Zustimmung zu der Vorlage uns an der Steigerung der Getreidepreise auch noch zu beteiligen.

Auf denselben Standpunkt, daß es gegenwärtig unsere Hauptaufgabe ist, dahin zu wirken, daß das Einkommen der breiten Masse des Volks erhöht wird, hat sich auch der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gestellt.

In den landwirtschaftlichen Organisationen und in ihrer Presse wird gegenwärtig die Ernte als so schlecht hingestellt, wie sie noch niemals gewesen sei. Es muß allerdings gesagt werden, daß auch die amtlichen Statistiken schwarz malen, wenn auch zugegeben wird, daß die Körnerernte in diesem Jahr besser ist als im vorigen Jahr. Auch in den amtlichen Statistiken wird von einem geringen Ernteertrag, von 7 bis 8 Zentner pro Morgen, gesprochen. Ich habe versucht, mir aus den verschiedensten Gebieten Material über den Ernteertrag zu verschaffen. Nach genauer Prüfung in den einzelnen Betrieben ergibt sich daraus, daß wir in etwa 35 verschiedenen Gebieten Deutschlands eine Roggenernte von durchschnittlich 12 Ztr. pro Morgen haben, eine Weizenernte von durchschnittlich 14 Ztr. pro Morgen. Es ist eine unerhörte Irreführung der Öffentlichkeit, wenn in den Kreisen der Landwirte immer von der allzu schlechten Ernte gesprochen wird. Unsere Aufgabe muß es sein, diesen Presseäußerungen entschieden entgegenzutreten. Vor kurzem ging eine Notiz des Landbundes für die Provinz Sachsen, also eines der höchstentwickeltesten landwirtschaftlichen Gebiete, durch die Presse, in der auf Grund einer Aufstellung angeblich aus 1000 Betrieben errechnet, gesagt wurde, daß der Ernteertrag durchschnittlich 7 Ztr. pro Morgen

betrage und in der dann versucht wurde, nachzuweisen, daß für den Landwirt eine durchschnittliche Einnahme von 102,42 Mk. für den Zentner herauskomme. Es wurde ausgerechnet, daß die Landwirte angeblich noch 95 Pf. auf ein Umlagebot hinzuzahlen müßten. (Lachen.) Ein theoretisch und sachlich gebildeter Landwirt hat die Sache in der Öffentlichkeit richtiggestellt. Der „Vorwärts“ hat diesen Artikel schon vor Wochen gebracht, und ich kann konstatieren, daß die agrarische Presse bis heute noch nicht darauf geantwortet hat. Es ist in jener Aufstellung des Landbundes für die Provinz Sachsen unter anderem „vergessen“ worden, daß es neben der Ernte an Getreide auch noch eine Ernte an Stroh gibt. Wenn man nur das Stroh hinzurechnet, dann kommt schon ein bedeutend höherer Gewinn heraus, der noch bedeutend höher wird, wenn man den wirklichen Ernteertrag in der Provinz Sachsen zugrunde legt und auch den Preis für das freie Getreide in Rechnung stellt.

Im Anschluß daran ein Wort an die Parteipresse. Ich glaube, unsere Genossen in der Presse müßten sich viel mehr mit den Veröffentlichungen der Landbundorganisationen befassen. (Sehr richtig!) Wir müssen dabei auch etwas Selbstkritik üben. Es ist nicht richtig, immer nur von dem Wucher der Landwirtschaft zu sprechen; denn wir haben den Wucher auch in Eisen, in den Textilwaren und anderen Gegenständen. (Sehr richtig) Wir dürfen auch nicht vergessen, daß der Zwischenhandel in erheblichem Maße dazu beiträgt, die landwirtschaftlichen Produkte zu verteuern, und zwar um 100 und mehr Prozent. (Zustimmung.) Wir wollen doch auch der Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit gegenüber gerecht sein. Wenn aber die Landbundorganisationen mit derartigen falschen Darstellungen kommen, dann wäre es Aufgabe unserer Landwirtschaftsministerien und besonders des Reichsernährungsministeriums, den wirklichen Ernteertrag einmal objektiv in der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Jeder, der im Lande herumkommt, weiß, daß glücklicherweise die Körnerernte in diesem Jahr nicht schlecht zu nennen ist. Ich will nicht von einer glänzenden Ernte sprechen; denn dazu sind die Vorbedingungen noch nicht geschaffen. Auch die Landwirtschaft leidet unter den Kriegsnachwirkungen, unter der mangelnden Bearbeitung der Acker während des Krieges, unter dem Mangel an Dung usw. Aber es ist mit die Aufgabe der Regierung, zur Beruhigung der Bevölkerung diesen offenkundig unwarahren Berechnungen der Landbundorganisationen entgegenzutreten. Es gibt auch Landwirte, die erklären, daß die Preise, die für das Umlagegetreide festgesetzt sind, ausreichend sein werden. Es gibt genug Landwirte, die es nicht verstanden haben, warum man dazu übergegangen ist, der Landwirtschaft die Weltmarktpreise zuzubilligen. Es ist überhaupt eine Irreführung, wenn man dazu übergeht, auszurechnen, was der Zentner Roggen kostet, weil man nicht ein Produkt der Landwirtschaft herausnehmen kann, sondern die Betriebskosten insgesamt zu errechnen sind. Selbst im Kleinbäuerlichen Betrieb kann die Ernte ganz verschieden sein, je nach der Bodenlage. Nach dem Material, das ich erhalten habe, gibt es allerdings in einzelnen Gebieten auch Ernten von 7 Ztr. pro Morgen; aber dafür gibt es auch andere Gebiete mit einem Ertrage von 12, 14, ja 16 Zentnern und noch höhere Erträge.

Man spricht weiter heute davon, daß die Hadfruchternte schlecht ausfällt. Bei der Kartoffel mag das in vielen Gebieten der Fall sein, besonders in Höhenlagen. Aber es trifft nicht zu für die Niederungen. Auch die Zuckerrübe hat natürlich unter der Trockenheit gelitten. Wenn man aber gerade diese intensive Wirtschaft in Betracht zieht, so muß gesagt werden, daß der Zuckergehalt der Rüben in diesem Sommer durch die vielen Sonnentage bedeutend höher ist als früher. Das Gewicht der Rüben ist geringer als in nassen Jahren; aber die Rübe ist zuckerreicher. Daher ist ein Ausgleich vorhanden. Wie sich aus den

Feststellungen in Mitteldeutschland ergibt, ist der Zuckergehalt der Rüben von 16 Proz. auf 20 Proz. gestiegen. Die Zuckerrübenfabriken schließen doch Verträge mit der Landwirtschaft ab, in denen der Preis nach dem Zuckergehalt der Rüben bestimmt wird. Ich bitte nochmals die Parteigenossen, sich mehr um diese Sache zu kümmern und in den Versammlungen auf dem Lande nicht immer bloß vom Wucher der Landwirtschaft zu sprechen, sondern auch darauf hinzuweisen, daß die anderen Produkte erheblich im Preise gestiegen sind.

Die Zwangswirtschaft in der Landwirtschaft ließ sich nicht mehr halten, weil die Landwirtschaft das einzige Gewerbe war, das noch unter Zwangswirtschaft stand. Nun kommen heute die Deutschnationalen in den Landtagen und in dem Reichstag und erklären, daß die Getreideumlage nicht erfüllt werden könne. Die Getreideumlage, die ein durchschnittliches Lieferloß von 2 Ztr. pro Morgen beträgt, kann von der Landwirtschaft aufgebracht werden. (Sehr richtig) Wenn die Landwirte wollen, daß der Wucher beseitigt wird, dann haben sie es ja in der Hand, die Reichsgetreidestelle recht bald wenigstens mit dem Umlagegetreide zu versorgen. Die Preise für das Getreide sind im allgemeinen bekannt. Es muß aber gesagt werden, daß heute der Marktpreis für das freie Getreide wieder gestiegen ist. Mitte August betrug der Preis für den Doppelzentner Roggen 332 Mk. Heute ist er schon um annähernd 20 Mk. wieder gestiegen.

Nun haben die Deutschnationalen für den Reichstag schon eine Interpellation Hergt und Genossen eingebracht, in der gesagt wird:

In der Bevölkerung Deutschlands gewinnt das Gerücht immer mehr neue Nahrung, daß die heutige Preisgestaltung für Getreide durch Verschiebung von Inlandsgetreide in das Ausland namentlich an der West- und Ostgrenze beeinflusst wird.

Das ist richtig, und dem muß entgegengetreten werden. Aber ich glaube, man muß auch hier eine schärfere Kontrolle beim Erzeuger durchführen. Wenn die deutschnationalen Kreise immer davon sprechen, daß das deutsche Volk gesunden solle, dann brauchen sie nur damit zu beginnen, auch das freie Getreide, das sie abgeben können, der Reichsgetreidestelle zur Verfügung zu stellen. Dann würde unsere Baluta bald gebessert werden. Meine Ueberzeugung ist, daß dann die Regierung nicht noch Milliarden aufwenden müsse, um Auslandsgetreide einzuführen.

Eine andere Frage betrifft die Erfassung der Sachwerte in der Landwirtschaft, auf die ich hier kurz eingehen will. Natürlich darf dabei nicht schematisch verfahren und nun etwa die Steuer einfach nur nach der Betriebsgröße bestimmt werden. Wir müssen dabei vielmehr auch Rücksicht nehmen auf die wirtschaftliche Lage der einzelnen Betriebe. Wir müssen uns von rein sachlichen Gesichtspunkten leiten lassen. Ich habe niemals die Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit für die Mißstände in der Landwirtschaft verantwortlich gemacht und sage nochmals: In der Öffentlichkeit färbten eigentlich nur die Landbündler, die auch die Feinde der Republik sind und die Genosse Hermann Müller in seiner Eröffnungsrede so treffend geschildert hat. Prof. Aereboe, dessen Werk über die landwirtschaftliche Betriebsfrage eine weite Verbreitung gefunden hat, sagt in einem Gutachten an den Reichswirtschaftsrat, daß, je größer der Besitz ist, desto progressiver die Besteuerung gestaltet werden muß. Zur Begründung verweist er darauf, daß die tüchtigsten Landwirte auch dann, wenn sie erheblich zur Steuer herangezogen werden, immer noch gut wirtschaften. Er glaubt, daß gerade dadurch eine gesunde Gestaltung der landwirtschaftlichen Betriebsgröße in Deutschland erzielt wird. Auf die Verdienste der Industrie will ich nicht näher eingehen. Es ist nicht nur die Industrie, die erhebliche Gewinne macht, die 50 Proz. und noch mehr Dividenden und dazu Gratisaktien verteilt, sondern auch der Zwischen-

handel. In einem Artikel, der dieser Tage durch die Parteipresse ging unter der Ueberschrift: „Schwerverdiener und Proletarier“, ist ein reichhaltiges Material dafür beigebracht worden. Dort wird auch darauf hingewiesen, daß der Landesverband bayerischer Viehhändler nicht weniger als 1275 Proz. Dividende verteilt hat.

Ich glaube, das ist nicht der einzige Viehhändlerverband, der riesig verdient hat. Wir haben also allen Anlaß, auch darauf zu achten, daß der Zwischenhandel nicht die notwendigen Lebensmittel noch mehr verteuert.

Nun zu der Frage: Was soll getan werden? Wir können heute von einer Verbilligungsaktion nichts mehr erwarten. Es wird auch überaus schwierig sein, einen zum Parteitag eingebrachten Antrag durchzuführen, in dem verlangt wird, daß für die armen Kreise des Volkes, für die Invaliden usw., besonders billiges Brot abgegeben wird. Nach allem, was bisher auf diesem Gebiete geschehen ist, verlangt jede Kontrolle auf diesem Gebiet.

Ich lege dem Parteitag folgende Entschliebung vor:

Entgegen den Warnungen der Sozialdemokratischen Partei wurde die öffentliche Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Produkte bis auf Getreide aufgehoben. Für die Erfassung eines Teiles der Getreiderente ist das Umlageverfahren eingeführt worden. Die Höhe der zu erfassenden Getreidemengen reicht nicht aus, um den Brotbedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung sicherzustellen. Das Umlageverfahren ist nur ein Uebergang zur vollen freien Wirtschaft beim Getreide. Der Preis des bewirtschafteten Getreides wurde bedeutend erhöht. Der Preis des freien Getreides ist dem Weltmarktpreis nahegekommen und wird den Brotpreis erhöhend beeinflussen.

Die weitere Verteuerung dieses wichtigsten Nahrungsmittels ist neben der Geldentwertung mit die wesentlichste Ursache für die nun eingetretene allgemeine Verteuerung aller Bedarfsartikel des täglichen Lebens. Dadurch wurde die Lebenshaltung der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Rentempfänger erheblich verschlechtert. Die bürgerliche Mehrheit des Reichstages hat alle Vorschläge der sozialdemokratischen Fraktion, zum Schutze des Reallohnes gesetzliche Maßnahmen zu treffen, abgelehnt, ebenso die Vorschläge, die Mehrgewinne der industriellen Unternehmer und der Landwirte der Allgemeinheit nutzbar zu machen. Die Verantwortung für die von uns vorausgesagten und nun tatsächlich eingetretenen Folgen tragen die bürgerlichen Parteien.

Der Parteitag fordert die Regierung auf, alle Bestrebungen der breiten Masse des Volkes auf Erhöhung ihres Einkommens, um einen Ausgleich herbeizuführen, tatkräftig zu unterstützen, ferner dem ziellosen Bestreben des Finanzkapitals, der industriellen Unternehmer und der Landwirte, in Zeiten der bitteren Not des Volkes sich durch unerhörte Gewinne zu bereichern, durch wirksame Maßnahmen entgegenzutreten und die Verschiebung von Getreide und anderer Nahrungsmittel nach dem Auslande wirksam, schon beim Erzeuger, zu unterbinden.

Die Landwirtschaft hat heute die freie Wirtschaft. Ich glaube, der Tag ist nicht mehr fern, wo auch die Landwirte wieder einmal in dieselbe Lage kommen wie unter Caprivi, wo sie wieder an die Sozialdemokratische Partei herantreten und von der Not der Landwirtschaft sprechen werden. Dann ist vielleicht die Zeit gekommen, um mit dem vernünftigen Teil der deutschen Landwirte zusammen eine Wirtschaft aufzurichten, bei der das Interesse der Volksgemeinschaft und nicht der Eigennutz entscheidend ist. (Lebhafter Beifall.)

Schluß der Sitzung 6 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 21. September 1921, vormittags 9 Uhr.

Der Vorsitzende **Taubadel** eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 25 Minuten.

Schriftführer: **Broßwitz-Frankfurt a. M.**, **Bethge-Berlin** und **Pinkert-Dresden**.

Der Vorsitzende teilt mit, daß die Diskussion getrennt geführt werden solle, und zwar zunächst Aussprache über den allgemeinen Bericht der Fraktion und dann getrennte Debatte über Steuerungsfrage und Steuerfrage.

Hoch-Hanau bittet, die drei Fragen nicht auseinanderzureißen. Die Steuerfrage sei eine hervorragend wirtschaftliche Frage und müsse mit der allgemeinen Frage zusammen behandelt werden.

Wels-Berlin weist darauf hin, daß am Sonntag beschlossen worden sei, die Debatte getrennt zu führen. Wenn dieser Beschluß aufgehoben würde, wäre das Bureau damit durchaus einverstanden.

Der Parteitag erhebt keinen Widerspruch dagegen, daß die Debatte über alle Fragen zusammen geführt wird.

Der Vorsitzende **Taubadel** erteilt hierauf **Reil-Ludwigsburg** das Wort zum Bericht über die Steuerfrage.

Reil-Ludwigsburg: Eine dankbare Aufgabe ist es nicht, über die Finanzen des Deutschen Reiches und die Aufgaben der Steuerpolitik zu sprechen, aber angesichts des furchtbaren Ernstes, der diesen Fragen innewohnt, und der großen Bedeutung, die sie für unser ganzes Wirtschaftsleben und damit zugleich für die Lebensinteressen der Arbeiterklasse haben, muß ich für kurze Zeit um Aufmerksamkeit bitten.

Die Finanzlage Deutschlands ist trostlos und ein Weg zu ihrer Befundung kann zu finden. Wäre der innere Wert der Reichsschuld und des deutschen Volksvermögens heute noch der gleiche wie in der Vorkriegszeit, so wäre die Gegenwartschuld des Reiches ohne die Verpflichtungen des Friedensvertrages bereits größer als das gesamte öffentliche und private Volksvermögen Deutschlands. Die sichtbare Reichsschuld betrug am Schlusse des Rechnungsjahres 1920 304 Milliarden Mark. Sie bestand aus 96 Milliarden sogenannter fundierter oder langfristiger und 200 Milliarden schwebender oder kurzfristiger, zusammen 296 Milliarden innerer Schuld, wozu noch 8 Milliarden äußerer Schuld kamen. Dazu tritt die unsichtbare Schuld, die in den Verpflichtungen des Reiches gegenüber den Auslandsdeutschen, die allein auf rund 130 Milliarden bemessen werden, und in der sogenannten Wiedergutmachungsschuld besteht. Nicht miteingerechnet sind auch die Schulden der Länder, die Ende des Rechnungsjahres 1920 auf 7 Milliarden geschätzt wurden, und die Schulden der Gemeinden, Kreise und Provinzialverbände, die im gleichen Zeitpunkt auf 30 Milliarden geschätzt wurden. Auch die 25 Milliarden Eisenbahnschuld, die das Reich bei der Übernahme der Eisenbahnen übernommen hat und der allerdings der Wert der Eisenbahnen gegenübersteht, ist in der Schuldsomme nicht enthalten.

Die Schuldenmilliarden sind aber nicht mehr dieselben wie 1914, und das selbe gilt von den Vermögensmilliarden. Die Schuldenmilliarden sind Papiermilliarden geworden. Bestünde eine Möglichkeit, die Reichsschuld jetzt rasch abzutragen, so würden wir verhältnismäßig billig davontommen. Auch den Wert des Volksvermögens in Papiermark unzurechnen, ist nicht angängig. Schon die ständigen großen Schwankungen des Papiermarkkurses stünden dem im Wege. Bei der Bewertung des Volksvermögens nach Goldmark ist aber zu beachten, daß die heutige Goldmark nicht mehr dieselbe ist wie 1914. Als maßgebende

Währung, von der auch der innere Wert der Goldmark abhängt, gilt der Dollar, der aber auch entwertet ist. Zur Erwerbung der Warenmenge, die man 1914 für einen Dollar bekam, müssen heute etwa 2 Dollar erlegt werden. Daraus ergibt sich, daß auch der Wert des deutschen Volkvermögens, wenn es unverändert geblieben wäre, sich heute auf das Doppelte so viel Goldmark beziffern müßte als vor dem Kriege. Nimmt man an, daß das in Sachwerten bestehende Volkvermögen durch das Vernichtungswert des Krieges und die Gebietsverluste um die Hälfte vermindert worden ist, so kommt man zu dem Ergebnis, daß das deutsche Volkvermögen sich heute etwa auf denselben Goldmarkbetrag beläuft wie vor dem Kriege, d. h. auf etwa 350 Milliarden Mark.

Diese Feststellung ist für die Lösung der finanzpolitischen Aufgabe, vor der die Regierungsgesetzgebung steht, nicht ohne Bedeutung. Der schwache Trost, den sie bietet, wird aber noch weiter abgeschwächt, wenn wir uns das Bild des Reichshaushaltes des laufenden Jahres vor Augen führen. Der Bedarf des ordentlichen Reichsetats für 1921 läßt sich einschließlich des Aufwandes für die vor kurzem bewilligten neuen Steuerzulagen, die allein über 10 Milliarden erfordern, auf 60 Milliarden Mark veranschlagen. Der außerordentliche Etat belief sich bei seiner Aufstellung auf gleichfalls rund 60 Milliarden, und zwar waren darin mitenthalten die Fehlbeträge der Reichspost und der Reichseisenbahnen, die Zuschüsse für Lebensmittelbewilligung, für Wohnungsbau, für Arbeitslosenunterstützung und andere soziale Aufgaben. 26½ Milliarden Mark des außerordentlichen Bedarfs waren zur Durchführung des Friedensvertrages bestimmt. Aber es muß hervorgehoben werden, daß das nicht die Gesamterpflichtung ist, die uns die Entente auferlegt hat. Diese beträgt nach dem gegenwärtigen Stande unserer als Inhaber dienenden Ausfuhr bekanntlich jährlich 3,3 Milliarden Goldmark. Der Reichstanzler hat diese Summe Anfang Juli dieses Jahres in 42 Milliarden Papiermark umgerechnet. Aber diese Rechnung ist durch den Wertaufschlag der letzten Wochen über den Hausen geworfen worden. Der Papiermarkwert der Ententeforderungen wird heute auf mindestens 60 Milliarden Mark zu berechnen sein. Dazu kommt ein Betrag von etwa 11 Milliarden für Verpflichtungen, die im Londoner Ultimatum nicht enthalten sind, nämlich die Kosten der Befehlsarmee, der Ueberwachungskommissionen und anderes. Im ganzen kommen wir so zu einer Kontributionslast von mehr als 70 Papiermilliarden. Da auf diesen Ausgabeposten etwa 20 Milliarden Mark von den 60 Milliarden des außerordentlichen Etats anzurechnen sind, so bleibt ein Rest von 50 Milliarden Mark, um den sich der gesamte Bedarf des Etats, den ich auf 120 Milliarden angab, erhöht. Wir kommen also unter Berücksichtigung des derzeitigen Wertaufstandes insgesamt zu einem Bedarf des Reiches in der phantastischen Höhe von 170 Milliarden Mark. Jede weitere Verschlechterung der Walaute kann die Summe erhöhen, jede Walautebesserung kann sie ermäßigen.

Wie steht es mit den Einnahmen? Der Etatsentwurf sieht vor 47 Milliarden ordentliche Einnahmen aus bestehenden, 4,2 Milliarden aus neu zu beschließenden Steuern. Diese wollte das Kabinett Fehrenbach-Heinze, das den Etat vorbereitete, durch einen besonderen Gesetzgebungsakt vorweg genehmigen lassen, und zwar u. a. durch Erhöhung der Zuckersteuer. Wir haben es abgelehnt, neue Verbrauchssteuern vorauszubewilligen, und nun sind auch die erwähnten 4,2 Milliarden in die Rechnung der sogenannten Reparationssteuergesetzgebung aufgenommen. An außerordentlichen Einnahmen stehen im Etat 8 Milliarden aus dem Reichsnotopfer, von denen bekanntlich im laufenden Jahre ein Drittel erhoben wird, zusammen also Einnahmen 55 Milliarden Mark gegenüber einem Bedarf von 170 Milliarden. Es fehlen etwa 115 Milliarden Mark.

Nun ist es möglich, daß der Ertrag der laufenden Steuern größer sein wird, als geschätzt ist. Im ersten Vierteljahr 1921 sind bereits 17 Milliarden an Steuern eingegangen. Aber es ist ebenjo wahrscheinlich, daß auch die Ausgaben sich noch weiter steigern werden, denn durch die Annäherung der inneren Preise an die Weltmarktpreise, die die Folge der freien Wirtschaft ist, verschärft sich die Teuerung, die erhöhte Aufwendungen für Gehälter und Löhne nach sich ziehen muß.

Wir brauchen kein Wort darüber zu verlieren, wie wir in dieses Finanzjeld hineingeraten sind. Da aber die geschäftsunbigen und geschichtsfällenden Demagogen, die auf das kurze Gedächtnis und oberflächliche Urteil der breiten Volksmassen spekulieren, immer aufs neue behaupten, daß die Revolution und die demokratische Republik unsere Finanzen zerrütet haben, so können wir nicht oft genug darauf hinweisen, daß in Wahrheit der Krieg und die leichtfertige Kriegsfinanzpolitik den Grund zu dem Finanzjeld gelegt haben, und daß dieses Jeld durch die Kriegsniederlage verschärft worden ist, für die weder die Revolution noch die demokratische Republik die Schuld trifft, sondern für die dieselben Demagogen mitverantwortlich sind, die heute diese Tatsachen zu fälschen versuchen. (Sehr richtig!)

Der erste Wortführer dieser zwar überführten, aber dennoch leugnenden Volkserberber ist der ehemalige Reichskanzler Helfferich. Durch schwindelhafte Staatsmanöver hat er den Schein erweckt, als ob die selbstverständliche Voraussetzung einer soliden Finanzverwaltung, nämlich die Deckung der laufenden Ausgaben durch laufende Einnahmen, von ihm erfüllt worden wäre. Er übertrug laufende, also ordentliche, Ausgaben, die von Monat zu Monat wuchsen und in die Milliarden gingen, auf den außerordentlichen, d. h. den Anleiheetat, und führte unter den laufenden Einnahmen Beträge auf, die in die Hunderte von Millionen gingen, die aber längst verfliegt waren. Diese Täuschungsmanöver wurden auch vom Nachfolger Helfferichs fortgeführt. So kam es, daß im Reichsetat für 1917, also zur Zeit der Helfferichschen Vizekanzlerschaft, die Zolleinnahmen noch mit 713 Millionen Mark aufmarschierten, obgleich sie nur 232 Millionen brachten. Als Branntweinsteuer wurden wie im Frieden 194 Millionen in Einnahme gestellt, sie brachte in Wahrheit 19,6 Millionen, genau den zehnten Teil. Als Biersteuer wurden 55 Millionen eingestellt, sie brachte 20 Millionen. Helfferich spottete über England, das nur einen „bescheidenen Bruchteil“ des Kriegsbudgets durch Steuern aufbringe, wohlgernekt neben der soliden Deckung seiner laufenden Verwaltung! Aber England hat in den vier Kriegsjahren neben dieser Deckung der laufenden Verwaltung doch 12,5 Proz. des eigentlichen Kriegsaufwandes sofort durch Steuern gedeckt. Helfferich hat nicht nur keinen Pfennig der Kriegskosten durch Steuern gedeckt, sondern lediglich die große Pumpmaschine in Bewegung gesetzt und aus deren Erträgen selbst große Teile der laufenden Verwaltung bestritten. Helfferich wollte beim Friedensschluß unsern Gegnern „die Rechnung präsentieren“. Als aber der Friedensschluß herantam, hatte Helfferich nicht nur durch den fassen U-Boot-Trumpf, den er ausspielte, und der nicht fiach, sondern auch durch seine eigene Finanzpolitik, die es den Besitzenden so leicht gemacht hatte, durch ihren Eroberungswahn den Krieg bis zum Zusammenbruch zu verlängern, seinen Teil dazu beigetragen, daß die Gegner uns die Rechnung präsentieren und das Bleigewicht der Milliardenlast anhängen konnten.

Als das Unglück über uns hereinbrach, rächte sich der Leichtsinm der Kriegsfinanzpolitik Helfferichs in erhöhtem Maße, denn jetzt fehlte es an den Einnahmequellen, die während des Krieges erschlossen werden mußten, damit sie nach Schluß des Krieges sofort flossen. Wenn noch weitere Jahre vergingen, bis diese

Quellen anfangen, ergiebig zu fließen, so trifft auch hierfür die Schuld den lieberlichsten aller Reichsfinanzminister, Helfferich. (Zustimmung.)

Auch damit nicht genug, richtete sich der ganze persönliche Haß des ehemaligen Schatzkanzlers Helfferich jetzt gegen den Mann, unter dessen Führung seine eigenen Verschämnisse nach Möglichkeit nachgeholt wurden, gegen Erzberger. Es muß festgestellt werden, daß ausgerechnet Helfferich, dem wir unser Finanzjubiläum verdanken, der Held und gewesen ist, der den Banditen bei Griesbach das Wild vor die Mündungen der Brownings getrieben hat. (Sehr richtig!) Würde noch ein Funken von menschlichem Gewissen in der Brust dieses Mannes sein, so würde er sich hüten, je wieder den Boden der deutschen Volksvertretung zu betreten. (Lebhafte Zustimmung.)

Kaum waren die neuen Steuergesetze zustande gekommen, begann auch schon der Kampf für ihre Aufhebung. Man verwies auf die Hörsitzung. Man reichte aneinander die 100 Proz. der Kriegsvermögenszuwachssteuer, die 65 Proz. des Reichsnotopfers, die 60 Proz. der Einkommensteuer, die 70 Proz. der Erbschaftssteuer bei Leibeserben. Aber man verschwieg, daß das Gesetz eine 100prozentige Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Kriegszeit erst vorsah bei den über 375 000 Mk. hinausgehenden Zuwachsbeträgen, daß 65 Proz. Reichsnotopfer nur gelten für das über 7 Millionen hinausgehende Vermögen, daß 60 Proz. Einkommensteuer erst für die über 1/2 Million Jahresinkommen hinausgehenden Einkommensteile gelten, daß 70 Proz. Erbschaftssteuer erst in Frage kommen, wenn ein Abkömmling, der schon Millionen besitzt, Millionen hinuerbt. Man verschwieg, daß England schon vor dem Kriege eine halbe Milliarde aus seiner Erbschaftssteuer einnahm, Deutschland kaum den zehnten Teil davon, daß England sofort bei Kriegsbeginn seine Erbschaftssteuer noch verschärfte, während Deutschland damit bis 1919 wartete, und daß selbst im Jahre 1920/21 das Aufkommen an Erbschaftssteuer in Deutschland erst 256 Millionen, also kaum halb so viel wie in England in der Vorkriegszeit, betrug. Es scheint übrigens, als ob die Veranlagung der Erbschaftssteuer durch ein Verfahren geschieht, das zu gewaltigen und langfristigen Rückständen führt. Hierüber muß der Reichstag demnächst Grund machen.

Man verschwieg ferner, wie die neuen Besitzsteuern gegen unseren Willen ausgestaltet worden sind. Betriebsvermögen, darunter auch das im betriebstätige Geldkapital, wird z. B. zum Reichsnotopfer nur zu 80 Proz. herangezogen, landwirtschaftliches Grundvermögen zu einem unerhöht niedrig bemessenen Ertragswert. Man verschwieg, daß die neuen Sätze der Erbschaftssteuer bis zum Jahre 1935 nur zu einem Bruchteil erhoben werden. Man verschwieg, daß die weitgehendsten Abschreibungsmöglichkeiten bei der Einkommensteuer eröffnet wurden, daß die Abtragung der Kriegsgewinnsteuer und des Reichsnotopfers in selbstgezeichnete Kriegsanleihe während einer langen Frist gestattet ist und daß die auf 70 Proz. gesunkene Anleihe bei der Steuerleistung zum Nennwert angenommen wird. Man verschwieg, daß bei den Vermögensfeststellungen auf den 30. Juni 1919 für die Zwecke der Kriegsvermögenszuwachssteuer und am 31. Dezember 1919 für die Zwecke der Erhebung des Reichsnotopfers alte Goldmarkbeträge zugrunde gelegt wurden, während die Steuerleistung in Papiergeld erfolgt. Man erzählte auch nicht, daß in dem Siegerstaat England die Steuersätze der Einkommensteuer in den oberen Stufen schon im Kriege die Höhe erreichten, die sie bei uns nach dem Gesetz von 1920 erreichen, und daß selbst in dem einkommensteuereisernen Frankreich die Einkommensteuer an der Stelle, wo sie bei uns 57,6 Proz. erreicht, bereits 51,8 Proz. beträgt.

Allen diesen Tatsachen zum Hohn sprachen Helfferich und seine Trabanten von der Zermalmung des Großbesitzes durch die Erzbergerische Steuergesetzgebung und forderten ihren Abbau. Mir scheint, als ob die Luxusbäder, die

Kennplätze, die Herrschaftshäuser besonders auf den großen Rittergütern nichts von einer Zermalmung des Großbesitzes zu erzählen wissen. (Sehr richtig!) Man kann vielmehr in der Presse lesen von der glänzenden Saison in den ersten Bädern, von Modeschauen, bei denen der Sekt mit dem Regen um die Wette floß. Wohl aber erzählen uns die bleichwangigen Arbeiterkinder, die sorgenden proletarischen Hausmütter, die abgerissenen Kleider der Arbeiter und die erneuerungsbedürftigen Ausstattungen ihrer Wohnungen von der durch die Teuerung und die Steuern tief herabgedrückten Lebenshaltung der Lohn- und Gehaltsempfänger.

Wir stehen vor der Frage, ob die Steuergesetzgebung nach der bisherigen Methode fortgesetzt werden soll, ob es überhaupt noch einen Weg zur Gesundung gibt, oder ob wir uns willenlos in die Bahnen Oesterreichs, Polens und Sowjet-Rußlands treiben lassen wollen. Die Last, die wir tragen sollen, ist durch das Diktat der Entente ins Grauensvolle gesteigert. Möglich, daß sich unsere Unfähigkeit zur Abtragung dieser Lasten schon 1922, wie Keynes annimmt, herausstellt. Ob das zutrifft oder ob sich die Dinge anders entwickeln: in jedem Falle müssen wir ehrlich versuchen, zu leisten, was in unserer Kraft steht. Nur so können wir auf eine Minderung unserer Lasten hoffen, wenn sich unsere Kraft als zu schwach zur Erfüllung der Ententeforderungen erweist. Wer aber wie Helfferich in München erklärt, „wir lehnen es ab, Wege zur Erfüllung des Ultimatums zu zeigen“, der setzt die Politik der Provokationen fort, die unser Unglück heraufbeschworen hat, und verschuldet es, wenn dem deutschen Volk die Daumenschrauben von den siegestollen Militaristen der Entente noch fester angezogen werden. (Sehr richtig!) Auch wenn die Last des Ultimatums wesentlich gemildert würde, was wir erstreben, bliebe uns die Schaffung neuer großer Einnahmen des Reiches nicht erspart, denn unser eigener Etat weist noch sehr große Fehlbeträge auf, die wir auf jeden Fall selbst decken müssen. Das Gleichgewicht im Reichsetat muß aber unbedingt hergestellt werden; sonst gibt es keine Eindämmung der Rotenflut, die schlimmer wirkt als die schrittweise Umsatzsteuer, kein Halten im Abstieg des Marktfusses, der gleichfalls wie eine lawinenartige Verbrauchssteuer wirkt.

Aber nicht lediglich mit Steuern der bisherigen Art kann die Sanierung der Finanzen erreicht werden. Auch die neuen Steuerpläne des Reichsfinanzministeriums sehen noch keine rechnungsmäßige Deckung des ganzen Fehlbetrags des Reiches vor, ganz abgesehen von den bedenklichen Wirkungen, die sie zeitigen müssen. Die Steuern der letzten zwei Jahre haben die Papiergeldempfänger, insbesondere die Festbesoldeten und die Arbeiter, überlastet. Sie haben bei den Einkommen aus fest verzinslichen Kapitalien nichts gefragt nach der großen Entwertung dieser Vermögenswerte, die einer Expropriation von etwa neun Zehnteln gleichkommt. Aber die bisherigen Steuern haben die Vermögen, die in realen Werten bestehen, und die Einkommen, die aus diesem Vermögen gewonnen werden, in unerhöhter Weise begünstigt.

Der Wert der industriellen Vermögen spiegelt sich heute in den beispiellosen Kurssteigerungen für Aktien und in dem wilden Börsenspiel wider. Die Werte der landwirtschaftlichen Vermögen finden ihren Ausdruck in den phantastischen Verkaufspreisen für landwirtschaftliche Grundstücke. Daß die Wucherer und Schieber sich trotz der Erzbergerischen Steuergesetzgebung noch glänzende Tage leisten können, brauche ich nicht zu beweisen.

Die Ueberbelastung der Lohn- und Gehaltsempfänger hat zu Lohnforderungen, zur Steigerung der Teuerung, zur Erhöhung des Einnahmebedarfs der öffentlichen Körperschaften, zur Vermehrung der öffentlichen Schuld und des Rotenumlauts, zur weiteren Entwertung der Mark mit neuem Teuerungsantrieb usw. geführt. Diesen Kreislauf dürfen wir nicht fortsetzen, wenn wir ernstlich

die finanzielle Rettung wollen. Wir müssen zwar unsere Steuergesetzgebung weiter ausbauen, müssen aber auch erkennen, daß mit rein steuerlichen Maßnahmen allein die Riesenaufgabe nicht zu lösen ist.

Bei den steuerlichen Maßnahmen werden wir auch indirekte Steuern schließen müssen. Das ergibt sich nicht nur aus der Koalitionspolitik, sondern auch aus der Größe der Aufgabe. Hundert Milliarden laufender Jahreseinnahmen lassen sich nicht aus dem Besitz herausholen, weil der Besitz laufende Erträge in dieser Höhe nicht abwirft. Greift man aber auf den Besitz selbst zurück, statt auf seine Erträge, so kann man ihn nur einmal, nicht fortlaufend erfassen. Besitzteile, die in diesem Jahre durch steuerlichen Zugriff weggenommen werden, sind im nächsten Jahre nicht mehr da und liefern also keine Erträge mehr. Das schließt nicht aus, den Besitz als solchen kräftig heranzuziehen, man muß sich nur der in der Natur der Sache liegenden Grenzen bewußt sein.

Die Reichsfinanzverwaltung hat leider nicht rechtzeitig Vorschläge zur Erhebung der möglichen Besitzsteuern gemacht. (Sehr wahr!) Sie hätte schon vor der Annahme des Ultimatums Vorkehrungen zur Balancierung des inneren Etats treffen müssen. Sie konnte zu diesem Zweck die längst notwendige Besteuerung des verschwenderischen Luxus, die sowohl eine finanzpolitische wie eine moralische Notwendigkeit ist, in die Wege leiten. Bei unserem Verarmungszustand kann keinem Steuerpflichtigen gestattet werden, Millionen im Jahre zu verzehren. Zuerst müssen alle das Notwendige haben, bevor einzelne ein Vielfaches der pro Kopf zur Verfügung stehenden Warenmenge für sich verwenden dürfen. (Beisfall.) Dieser von Erzberger als richtig anerkannte Gedanke ist bis jetzt nicht zur Tat geworden, weil auch Zentrum und Demokraten ihn ablehnen. Wir werden diese Forderung im Reichstag mit aller Entschiedenheit vertreten müssen. Eher darf nicht an eine weitere Belastung der notleidenden Massen herangegangen werden.

Warum hat die Reichsfinanzverwaltung nicht längst die Börsensteuern viel stärker angepannt? Die Börsenspekulation kennt heute keine Grenzen mehr. Sie vollzieht sich auf dem Rücken des schwer leidenden deutschen Volks. Aus dem Valutaedel und der Devisennot schneiden die lautesten Uebernationalisten ihre Riemen. Kein Helfferich wendet sich gegen dieses unproduktive Schmarozgerium, das am Mark der deutschen Wirtschaft nagt. Die leitenden Finanzbureautraten aber scheuen vor einem entschlossenen Schritt zurück aus Angst vor dem Widerstand der Interessenten in den bürgerlichen Lagern. Warum sollen nicht die Börsensteuern mindestens das Zehnfache ihres früheren Ertrages bringen, wenn selbst das kleine produktive Einkommen, das Arbeitseinkommen, auf direktem und indirektem Wege weit mehr als das Zehnfache der früheren Lasten tragen muß.

Notwendig ist ferner die Streichung der Uebergangsvorschrift im Erbschaftsteuergesetz, die die Steuerjäge bis zum Jahre 1935 niedrig hält, die Durchführung des Pflichtteils des Reichs bei kleiner Erbengahl. Notwendig ist eine Revision der Wertbemessungsvorschriften bei der Erbschaftsteuer und zum Teil auch bei der Einkommensteuer. Notwendig ist die Erhebung wirksamer Ausfuhrabgaben. Wenn bei einem Valutastand von mehr als 100 Mf. für den Dollar die früher schon viel zu niedrige Ausfuhrabgabe von wenigen Prozent heute noch weiter erhoben wird, so ist das ein wirtschaftspolitischer Skandal. Spielend leicht kann die deutsche Exportindustrie heute bei den enormen Valutagewinnen die volle Ausfuhrabgabe von 26 Proz. selbst tragen, wobei innere Ausgleichungen vorbehalten sind. Wir wollen wahrlich die Ausfuhr nicht hemmen, sondern mit aller Kraft fördern. Aber an den Ausfuhrerträgen, die um so größer sind, je krasser unser Währungssehd wird, soll die Gesamtheit der deutschen Wirtschaft ihren entsprechenden Anteil haben. Darum rasche und durch-

greifende Erhöhung der Ausfuhrabgabe! Ueberlassen wir es nicht dem Ausland, sich durch eigene Maßnahmen gegen das deutsche Dumping zu schützen und damit den Rahm abzuschöpfen, den das deutsche Reich selbst abschöpfen könnte.

Die Einfuhr entbehrlicher Waren muß möglichst beschränkt werden. In unserer sich auf 7 Milliarden belaufenden Einfuhr sind rund 3 Milliarden für entbehrliche Dinge: Weine, Spirituosen usw. enthalten. Soll unsere passive Handelsbilanz je wieder zu einer aktiven werden, so ist das nicht nur mit einer Steigerung der Ausfuhr zu erreichen, sondern die Beschränkung der entbehrlichen Einfuhr muß hinzutreten.

Alle diese Dinge bringen gewiß noch keine Rettung, aber sie sind hundertmal begründeter als eine exorbitante Anspannung der Verbrauchssteuern, die wir uns auch von der Entente nicht stillschweigend aufzwingen lassen können. Die Vergleichung der einzelnen indirekten Steuern in Deutschland und in den Ententeländern läßt wichtige Tatsachen unbeachtet. Sie berücksichtigt nicht die Wirkungen der Geldbewertung, nicht die Volksgewohnheiten, sie läßt die Totalität der steuerlichen Belastungen in den Vergleichsländern außer acht. In England mag die eine oder andere indirekte Steuer höher sein als in Deutschland. England aber hat keine Generalverbrauchssteuer wie unsere Umsatzsteuer, England hat keine Kohlensteuer. Jeder weiteren Anspannung der Verbrauchssteuern muß vorangehen die nicht rein steuerliche Maßnahme der Inanspruchnahme der Sach- oder Goldwerte. Diese ist geboten zunächst aus Gründen der steuerlichen Gerechtigkeit. Wenn das kleinste Spartapital nach seinem vollen Papierwert erfaßt, wenn das Papiereinkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger in seiner ganzen Höhe herangezogen wird, so ist es ein himmelschreiendes Unrecht, die von der Entwertung verschont gebliebenen Sachvermögen noch nach ihrem alten Goldwert zur Steuer heranzuziehen. Die Maßnahme ist auch eine finanzpolitische Notwendigkeit. Ohne sie ist an eine Rettung aus unserer Finanznot nimmer zu denken. Solange die deutsche Handelsbilanz einen Fehlbetrag von 2 bis 3 Goldmilliarden aufweist, wird der Ertrag der Arbeit, aus dem letzten Endes doch alle Steuern bestritten werden müssen, nie ausreichen zur Deckung des Defizits. Die Decke wird stets zu kurz sein, an welchem Zipfel man auch ziehen mag. Darum bleibt nichts anderes übrig als der Zugriff auf einen Teil der Vermögenssubstanzen. Aber das darf nicht auf dem Wege der Freiwilligkeit oder des Geschehens geschehen. Dem Reiche muß das gesetzliche Verfügungsrecht über diese Vermögenswerte eingeräumt werden, die es zur Erhaltung seiner selbst braucht.

Ob das in Form der uneräußerlichen Anteile an den industriellen Unternehmungen oder in irgendeiner anderen Rechtsform geschieht, darüber werden wir uns heute nicht endgültig entscheiden können, weil diese Fragen noch nicht genügend geklärt sind. Wenn aber die deutsche Industrie und die deutschen Banken sich genötigt gesehen haben, das Angebot zu machen, unter Verpfändung ihrer Sachvermögen eine Devisenanleihe im Auslande aufzunehmen, so liegt darin zunächst einmal ein Zugeständnis, daß sie doch viel mehr zu leisten vermögen, als sie bisher zugegeben haben. (Sehr richtig!) Wollen sie aber ihre Konzession als eine freiwillige betrachten und wollen sie ihre Leistung auf spätere Steuern anrechnen lassen, so erlauben wir uns, dazu zu bemerken, daß das deutsche Volk vom Besitz ein gesetzlich festgelegtes Opfer und nicht einen freiwilligen Vorstoß verlangt. (Lebhafte Zustimmung.) Diesen Standpunkt wird unsere Fraktion im Reichstag mit aller Unbeugbarkeit und Schärfe vertreten müssen. Dem Wirtschaftsleben sollen die Produktionsmittel nicht entzogen werden. Das Verfügungsrecht über sie aber soll zum Teil auf das Reich übergehen. Der Zweck ist zunächst, das Reich unmittelbar am Ertrag

der Wirtschaft zu beteiligen, sodann ihm Wertobjekte in die Hand zu geben, die seinen Kredit im Auslande stärken und die äußerstenfalls auch verpfändet werden.

Wendet man dagegen ein, daß das eine Verschleuderung deutscher Vermögenswerte an das Ausland bedeute, so ist zu erwidern, daß diese Verschleuderung seit Jahr und Tag in unbegrenztem Maße und unfontrolliert vor sich geht, und nie hemmungsloser vor sich gegangen ist als gegenwärtig infolge des niedrigen Valutastandes. (Sehr richtig!) Durch ein Verschahren, wie wir es fordern, würde die etwaige Verpfändung deutscher Vermögenswerte an das Ausland in organisatorische Bahnen geleitet werden.

Wendet man ferner ein, das deutsche Wirtschaftsleben ertrage einen solchen Eingriff nicht, so ist zu antworten, daß der Besitz nach unseren Erfahrungen nur zu gern geneigt ist, seine Sonderinteressen mit den Interessen des allgemeinen wirtschaftlichen Lebens zu verwechseln. Die allgemeinen wirtschaftlichen Interessen sind zugleich die Interessen der deutschen Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft wird den Mist nicht abfügen, auf dem sie sitzt, sie wird das Wirtschaftsleben nicht zerstören. Wenn aber zur Erhaltung eines selbständigen deutschen Staatswesens und damit der Lebensfähigkeit der deutschen Wirtschaft ein Eingriff in den großen Privatbesitz nötig ist, so werden die Arbeiter danor um so weniger halt machen, weil schließlich ihrer Arbeit dieser Privatbesitz entstammt. (Sehr gut!)

Die Erfassung der Sachwerte wird in dem Maße notwendiger, in dem die deutsche Valuta sinkt. (Zustimmung.) Denn in diesem Maße steigen die Gewinne der Sachwertbesitzer. Hat die deutsche Landwirtschaft schon aus der Aufhebung der Zwangswirtschaft Gewinne gezogen, die sich nach vielen Milliarden berechnen, so steigen diese Gewinne infolge der Anpassung der inneren Preise an die Weltmarktpreise in dem Maße weiter, in dem die Valutazerüttung unsere inneren Preise weiter hinaufreibt. Aus diesen Gründen werden wir auf eine den Bedürfnissen des Reiches genügende Inanspruchnahme der Sachvermögen nicht verzichten können. Als grundlegende Bedingung stellen wir das gesetzliche Verfügungsrecht des Reiches auf.

Leitender Gesichtspunkt unserer Steuerpolitik muß sein, die Arbeitskraft der deutschen Arbeiter zu schonen und zu schützen. Sie ist das unentbehrlichste Produktionsmittel. Mit der Zerrüttung der Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter würde die Zerrüttung des deutschen Wirtschaftslebens untrennbar verbunden sein. Weil wir das Wirtschaftsleben härten wollen, kämpfen wir für den Schutz der menschlichen Arbeitskraft.

Ich hätte noch über manche Einzelfragen, auch über Fragen der Steuerverwaltung zu sprechen. Ich möchte dabei nicht allgemeine Vorwürfe gegen die Steuerbeamten erheben, unter denen sicherlich manche sind, die die moderne Steuergesetzgebung nicht mit Begeisterung begrüßen. Im ganzen hat die Steuerverwaltung in den letzten Jahren immerhin ein großes Stück Arbeit geleistet. Eine noch in der Neubildung begriffene Verwaltungsorganisation hat in einem Jahre etwa ein halbes Duzend grundlegender neuer Steuergesetze durchzuführen gehabt, während früher die einzelsaatlichen Steuerverwaltungen zur Durchführung eines Gesetzes eine halbes Duzend Jahre zur Verfügung hatte. Diese Situation müssen wir bei Würdigung der Leistungen der Steuerverwaltung in Rechnung stellen. Daß bei dieser Sachlage nicht alles klappt, ist erklärlich. Dennoch müssen wir die möglichste Beschleunigung in der Durchführung der Besteuerungen fordern. Wir müssen weiter, wenn nötig durch Gesetzesänderung, der Arbeiterschaft eine breitere Mitwirkung bei der Steuerveranlagung sichern. (Sehr richtig!) Wir müssen jede Rückwärtsrevidierung

der Reichsabgabenordnung, die in den Kreisen der Industrie und des Handels erstrebt wird, z. B. die Wiederherstellung des vollen Bank- und Sparkassengeheimnisses, verhindern. (Sehr gut!)

Parteigenossen, wir stehen vor schweren Kämpfen, die möglicherweise unser ganzes politisches Leben erschüttern werden. Zunächst hat die Reichstagsfraktion den Kampf zu führen. Aber es ist nicht ausgeschlossen, daß die ganze Partei und die gesamte Arbeiterschaft eines Tages zum Kampf antreten müssen. Für diesen Fall gilt es bereit und gerüstet zu sein. Die Frage wird dann so lauten: Soll der Besitz endlich dem deutschen Vaterlande die Opfer darbringen, die ihm seine Wortführer so oft in überpatriotischen Phrasen in Aussicht gestellt haben, oder soll die deutsche Arbeiterschaft vollends verbluten? Wir werden Kämpfe, die Staats- und Wirtschaftsleben erschüttern können, wahrlich nicht mutwillig heraufbeschwören, aber wir dürfen ihnen auch nicht aus dem Wege gehen, wenn sie notwendig werden sollten. (Lebhafter Beifall.)

Kadbruch-Riel: Parteigenossinnen und Parteigenossen! In den Anträgen, die dem Parteitag vorliegen, wird mit ehrlicher Entrüstung und in starken Worten zur Justiz Stellung genommen. Bevor ich zum Börtcher Parteitag kam, war ich in Bamberg auf dem Juristentage. Da wurde mit ebenso ehrlicher Entrüstung und mit ebenso starken Worten gegen das Stellung genommen, was man Verleumdung der Justiz nannte. (Lachen.) Ich bin gewohnt, wenn mir mit dem Tone ehrlicher Entrüstung eine Gegenansicht entgegentritt, meine eigene Ansicht immer wieder nachzuprüfen. Aber nun frage ich mich: Ist es Verleumdung, daß nach eineinhalb Jahren noch kein Kappverbrecher verurteilt ist? (Sehr richtig!) Ist es Verleumdung, daß der Erzkapitän, der Kapitänleutnant Ehrhardt, im Reichswehrministerium, im Münchener Polizeipräsidium ein- und ausgehen konnte, ohne daß ein Haftbefehl gegen ihn erging? Ist es Verleumdung, daß demgegenüber gegen die Kommunisten des Märzputsches übermäßig schwere Strafen zur Anwendung gekommen sind, daß in zahllosen Urteilen kommunistische Betätigung in der gegenwärtigen Zeitlage an sich schon als ehrlos und infolgedessen zuchthauswürdig bezeichnet wurde? Hat doch der Reichsjustizminister durch die Begnadigung, die er jetzt eintreten läßt, selbst gezeigt, daß es sich um der Korrektur dringend bedürftige Urteile handelt. (Sehr wahr!) Ist es weiter Verleumdung, daß ein deutscher Staatsanwalt einen wegen Tötungsversuchs Verurteilten, den Utzig v. Hirschfeld, aus Gesundheitsrückfällen zeitweise aus der Haft entlassen hat, da doch jeder weiß, wie schwer es ist, selbst einen tuberkulösen Gefangenen auch nur zeitweise aus der Strafe zu befreien? Ist es Verleumdung, daß die Festungshaft, die in der sogenannten Festung Niederschönenfeld an den Münchener Kommunisten vollstreckt wird, wider das Strafgesetzbuch zu einem Mittelglied zwischen Gefängnis- und Zuchthausstrafe hinaufgesteigert wird? Ist es Verleumdung, daß in ganz Bayern sich kein Richter gefunden hat, der die auf sehr zweifelhafter Grundlage stehenden bayerischen Volksgerichte für verfassungswidrig erklärt hat? (Sehr richtig!) Ist das und manches andere alles Verleumdung oder ist es nicht etwa so, daß in fast allen politisch gefährdeten Streitfällen unsere Justiz furchtbar versagt hat? (Lebhafte Zustimmung.)

Auf dem Juristentage wurde weiter immer von neuem dagegen protestiert, daß gegen die richterliche Unabhängigkeit, gegen die richterlichen Standesrechte der Unabsehbarkeit und Unverletzbarkeit Angriffe erhoben würden. Mir ist nicht bekannt, daß die Unabsehbarkeit und Unverletzbarkeit der Richter bisher bestritten ist, und ich glaube auch nicht, daß das geschehen wird; denn wir haben andere wirksame Mittel zur Erneuerung des Geistes unserer Justiz.

Es ist die hohe Aufgabe des Richters, das Recht auszulegen und es in der Auslegung im Geiste der herrschenden Rechtsordnung fortzubilden. Glauben Sie nun, daß ein Richter fähig ist, unsere Rechtsordnung in ihrem Geiste fortzubilden, der die Grundlage dieser Rechtsordnung, der unsere republikanische Verfassung für einen bösen Traum weniger Jahre hält, aus der er eines Tages unversehens zur alten Kaiserherrlichkeit aufwachen wird, der in alledem nur ein böses Zwischenspiel erblickt? Wir fordern nicht, daß der Richter Begeisterungs- und Besinnungsrepublikaner sei. Gefühlen und Ueberzeugungen kann man nicht gebieten. Was wir aber fordern dürfen, ist, daß sie Berstandesrepublikaner sind, daß sie die Republik als eine unwiderrüßliche historische Notwendigkeit betrachten, mag sie ihnen nun passen oder nicht, mögen sie auch zugleich die Monarchie als einen schönen Traum an den Himmel einer fernen Zukunft malen. (Sehr gut!) Wir fordern mit anderen Worten von den Richtern, wenn sie gute Richter sein sollen, daselbe, was wir gestern von jeder Partei gefordert haben, mit der wir politisch zusammenarbeiten sollen.

Wir sind als die größte deutsche Partei aber nicht nur verpflichtet, Kritik zu üben, sondern auch Wege zu weisen, wir sind die eigentliche Aufbaupartei. (Lebhafte Zustimmung.) Der Wege zu einer Erneuerung der Justiz gibt es drei. Der Richter ist zwar unabhängig, unabhöfbar und unversehbar. Aber der Staatsanwalt ist abhöfbar und versehbar. (Sehr gut!) Wir hoffen, daß künftig die Justizministerien sich auf dieses Recht besinnen, wie es im Falle Schön in Hamburg bereits geschehen ist, und daß man sich etwa Staatsanwälte wie denjenigen, der in jenem Fall, wo sogenannter schlesischer Selbstschuß ein Hotel umringte und einen Schriftsteller mißhandelt hat, nach wenigen Tagen das Verfahren eingestellt hat, weil man den Täter absolut nicht bekommen könne, einmal scharf ansieht. (Sehr gut!) Das wird Wunder wirken. Das zweite Mittel: Der angestellte Richter ist zwar unabhöfbar, aber die Justizverwaltung hat die freie Wahl, wen sie anstellen will, und wir verlangen eine sehr scharfe Auslese des juristischen Nachwuchses. Wir verlangen vor allem einmal, daß dieser juristische Nachwuchs in einer Weise erzogen wird, die geeignet ist, ihn in den Gegenwartsstaat hineinzuföhren. (Sehr wahr!) Wir verlangen, um es in einem kurzen Schlagwort zu sagen, daß jeder Jurist mindestens zur Hälfte auch Sozialpolitiker und Nationalökonom ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Was machen wir nun mit denjenigen Urteilen, die von politisch befangenen Richtern ergangen sind? Da ist das Reichsjustizministerium schon vorangegangen. Ich habe schon erwähnt, daß die Urteile der Sondergerichte jetzt durchweg nachgeprüft werden, ob diese zur Begnadigung geeignet sind. Wir verlangen auch von den Justizministern der Länder, daß sämtliche Urteile der außerordentlichen Gerichte auf die Möglichkeit der Begnadigung hin nachgeprüft werden. (Sehr richtig!)

An die Unabhängigkeit der Gerichte tasten wir nicht. Freilich glauben wir auch nicht, daß die Unabhöfbarkeit und Unversehbarkeit der Richter bereits die Unabhängigkeit bedeutet. (Sehr gut!) Was Unabhängigkeit bedeutet, das können wir uns an zwei Gerichten klarmachen, die das Vertrauen des gesamten Volkes genießen, obgleich sie nicht unabhöfbare und unversehbare Richter haben: das sind die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. (Zustimmung.) Sie haben im Volke aus zwei Gründen Boden gewonnen, zunächst einmal deshalb, weil sie in ihrem ganzen Aufbau auf das Zeitalter des Klassenkampfes eingestellt sind. Neben dem Richter sitzen zwei Beisöfzer aus den kämpfenden Klassen, die dazu dienen, den Streit, der sich vor dem Richter zwischen zwei Einzelpersonen abspielt, als eine Leiterscheinung des gewaltigen Klassen-

kampfes darzustellen. In prinzipieller Form wiederholt sich der Klassenkampf noch einmal im Gericht selbst, der sich in einer Einzelpersöfnung vor dem Richter in Gestalt der streitenden Parteien abspielt. Mag nun auch der Richter schließlich, weil seine beiden Beisöfzer entgegengesetzter Ansicht sind, allein entscheiden, so entscheidet er doch ganz anders, als er ohne diese Beisöfzer entscheiden hätte, die ihm in jedem Augenblick ihrer Tötigkeit das Wesen des Klassenkampfes greifbar vor Augen föhren.

Nun die andere Seite des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts: Unsere ordentlichen Gerichte stehen unter dem Grundsatz der Trennung von Justiz und Verwaltung. Der Vorzug des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts ist aber gerade die Verbindung von Justiz und Verwaltung, ist der Umstand, daß der Richter des Kaufmanns- und Gewerbegerichts zugleich mitten in der kommunalen Verwaltung, in enger Beziehung zur Arbeitsverwaltung, zum braufenden Leben steht.

Nach dem Muster der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte sollen nun auch nach unserem Wunsch die kommenden Arbeitsgerichte aufgebaut werden. Sie wissen, daß Bestrebungen im Gange sind, die künftigen Arbeitsgerichte und mit und in ihnen auch die Kaufmanns- und Gewerbegerichte den Amtsgerichten anzugliedern. Wir sagen einstweilen: Hände weg von den Kaufmanns- und Gewerbegerichten. (Lebhafte Zustimmung.) Die Angliederung der Kaufmanns- und Gewerbegerichte an die ordentlichen Gerichte kann erst dann in Frage kommen, wenn die ordentlichen Gerichte so umgestaltet worden sind und das Vertrauen des Volkes in dem Maße genießen wie heute die Kaufmanns- und Gewerbegerichte.

Nun zu den Strafgerichten. Wir verlangen Laienbeteiligung an allen Strafgerichten nicht nur erster, sondern auch höherer Instanz; Laienbeteiligung auch an den Strafkammern, und zwar nicht die Beteiligung von Schöffen und Geschworenen, die im Dunkel irgendeines Ausschusses bestimmt worden sind, sondern die Beteiligung von Schöffen und Geschworenen, die offen in der Verhältnismahl gewählt worden sind. Wir verlangen Frauen als Schöffen und Geschworene, Frauen für alle Justizämter, und wir erwarten von der Beteiligung der Frauen nicht etwa nur die Erfüllung eines Frauenrechts, sondern eine gewaltige Förderung unseres ganzen Rechtslebens. Man merkt es unserem Recht nur gar zu sehr an, daß es durch die Jahrtausende hindurch reines Männerrecht gewesen ist. (Sehr richtig!) Es gibt eine ganze Reihe von Bestimmungen, die gar nicht möglich gewesen wären, wenn Frauen mit zu ihrer Handhabung berufen worden wären. Ich denke an das Recht der unehelichen Kinder, an das Ehescheidungsrecht, an die Abtreibungsparagraphen usw.

Darüber hinaus erwarten wir aber die Verreichlichung der Justiz. (Sehr richtig!) Wir sind überhaupt Unitarier; wir sind in erster Linie Unitarier für die Justiz schon deshalb, weil bei dem heute bestehenden unübersichtlichen System der Verantwortungen man schließlich überhaupt nicht mehr weiß, wen man für die Justiz verantwortlich machen soll. Der Reichsjustizminister verweist uns auf die Länder, die Landesjustizminister verweisen auf die Unabhängigkeit der Gerichte, die Gerichte verweisen auf die Polizei, die wiederum einem anderen Minister, dem Minister des Innern, untersteht. Mit der Teilung der Verantwortung zwischen Reich und Land muß man Schluß machen.

Vielfach sind die Vorwürfe, die gegen die Rechtspflege erhoben werden, nun freilich in Wahrheit Vorwürfe gegen das Gesetz selbst. Unsere großen Gesetze sind fast alle reformbedürftig, die Strafprozessordnung wie die Zivilprozessordnung, das Bürgerliche Gesetzbuch wie das Strafgesetzbuch. (Sehr richtig!) Von Hamburger Genossen ist der Parteitag aufgefordert worden, zu dem Ent-

wurf des neuen Strafgesetzbuchs Stellung zu nehmen. Ich möchte Ihnen deshalb grundsätzlich in ganz kurzen Worten sagen, wie wir uns zu diesem einstweilen der öffentlichen Kritik unterbreiteten und den Parlamenten noch nicht vorgelegten Entwurf etwa zu stellen hätten. Einen gewaltigen Fortschritt bringt der Entwurf, den Fortschritt von dem heute lediglich der Vergeltung und Abschreckung dienenden Strafgesetz zu einem neuen, auf Sicherung und Besserung eingestellten sozialen Strafrecht, eingestellt auf Erziehung, vor allem der Jugend. Der allgemeine Teil des Entwurfs bringt gewaltige Fortschritte, aber er behält die Todesstrafe und den Ehrverlust bei, der jetzt auch von bürgerlichen Juristen verworfen wird. Er behält bei Reste der verhängnisvollen und verderblichen Polizeiaufsicht und er gewährt dem Richter eine Freiheit des Ermessens, die bisweilen von dem untersten Rand des Strafsystems hinauf bis zu 15 Jahren Zuchthaus geht und dem Richter innerhalb dieses gewaltigen Strafrahmens die freie Auswahl der Strafe läßt, eine Freiheit des Ermessens, die gerade bei dem vorhandenen Mißtrauen gegen die Rechtspflege außerordentlich bedenklich ist. Viel stärkere Bedenken haben wir gegen den besonderen Teil des Strafgesetzbuchs, gegen die Behandlung der einzelnen Verbrechen. Da ist zunächst zwar der bestehende Schutz des Vermögens beibehalten, aber das einzige Vermögen des arbeitenden Volkes, seine Arbeitskraft, ist nicht in gleicher Weise unter grundsätzlichen Schutz genommen. Der Schutz der Arbeitskraft soll nach wie vor auf viele einzelne Gesetze verzettelt bleiben. Wir verlangen, daß er in das Strafgesetzbuch selbst aufgenommen wird. Die Nötigungs- und Erpressungsparagraphen sind so gestaltet, daß sie ihrem Wortlaut nach auf Arbeitskämpfe Anwendung finden könnten. Ihre Einschränkung soll dem kommenden Arbeitsrecht überlassen bleiben. Wir verlangen eine Formulierung dieser Paragraphen, die ihre Anwendung in Arbeitskämpfen verhüten. Wir verlangen ferner eine gründliche Umgestaltung des engherzigen Rechts bei Geschlechtsdelikten und des Abtreibungsstrafsrechts. In meiner Resolution habe ich die Einschränkung der Abtreibungsstrafen verlangt. Ich halte die Frage für so brennend, daß sie bereits vor der Strafrechtsreform geordnet werden muß. Wir halten das Gesetz über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten für die geeignete Gelegenheit, unsere Anträge über die Abtreibung zur Sprache zu bringen. Ich bitte dem Beschluß zuzustimmen, den unser Frauenausschuß bereits gefaßt hat, nämlich das Gesetz über die Geschlechtskrankheiten möglichst zu beschleunigen und in diesem Zusammenhange auch die Abtreibungsfrage zu regeln.

Zwei Fragen aus dem bürgerlichen Recht bedürfen sofortiger Regelung. Das ist einmal die Frage der unehelichen Kinder. Der Juristentag hat merkwürdig weitgehende Beschlüsse gefaßt, aber sich gescheut, den letzten Schritt zu tun, nämlich den unehelichen Kindern das Erbrecht einzuräumen. Wir werden auch das verlangen. Die zweite Frage ist das Ehescheidungsrecht. Auf diesen beiden Gebieten fallen täglich „Menschenopfer unerhört“; man braucht sich nur einmal die Sterblichkeitsziffern der Unehelichen anzusehen.

Es ist keine Freude, an der Justiz scharfe Kritik zu üben. Wir sind alle der Meinung, daß die Justiz außerhalb der Politik stehen sollte, und wir würden uns freuen, wenn die Achtung vor dem Recht und das Vertrauen in die Rechtspflege wieder hergestellt würde und wir endlich über dieses üble Thema schweigen könnten. Ich bitte Sie, der Entschließung 327 Ihre Zustimmung zu geben, dann würden Sie den Reichstags- und Landtagsfraktionen für ihre Rechtspolitik eine wertvolle Grundlage unter die Füße geben. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Wels: Wir kommen nunmehr zur Feststellung der Anträge, die vom Parteitag zu diesem Punkte der Tagesordnung beraten werden sollen.

Antrag 79 wird hinreichend unterstützt, ebenso die Anträge 83, 87, 88, 90, 100 bis 110.

Die Anträge 111, 112, 126, 128, 129, 132, 133, 185, die zur Steuerfrage Stellung nehmen, werden ebenfalls hinreichend unterstützt.

Antrag 127 ist der Programmkommission überwiesen, ebenso 307 und 308. Ausreichende Unterstützung finden auch die Anträge 131, 134 bis 138.

Mit der Frage der Justiz befassen sich die Anträge 139, 140, 142 bis 149, 160 bis 164. Auch sie werden ausreichend unterstützt.

Ferner werden unterstützt die Anträge 150 bis 152.

Antrag 153 wird zurückgezogen.

Ausreichend unterstützt werden fobann die Anträge 155 bis 159, 165 bis 171.

Antrag 172 wird nicht hinreichend unterstützt.

Dagegen finden die Anträge 173 bis 178 die nötige Unterstützung.

Nicht genügend unterstützt wird Antrag 179.

Für die Anträge 180 bis 183 reicht die Unterstützung aus.

Antrag 184 wird nicht ausreichend unterstützt.

Unterstützt werden die Anträge 186 bis 202.

Antrag 203 wird nicht ausreichend unterstützt.

Die Anträge 204 bis 209 sind, weil sie gesetzgeberische Materien darstellen, beim Punkt 1 der Tagesordnung nicht mit zur Abstimmung gebracht, sondern sollen später zur Abstimmung gebracht werden. Sie werden hinreichend unterstützt, ebenso die Anträge 210 bis 214.

Die Anträge 215 bis 226 werden ausreichend unterstützt.

Der Antrag 227 erfährt keine ausreichende Unterstützung. Die Anträge 228 bis 230 werden genügend unterstützt.

Stellvertreter der Vorsitzender Taubadel: Ich habe dem Parteitag eine sehr traurige Nachricht zu übermitteln. Nach soeben eingelaufener Mitteilung der „Frankfurter Volksstimme“ ist heute die chemische Fabrik in Oppau bei Ludwigshafen, ein Stickstoffwerk, in die Luft geflogen. Bis jetzt sind 700 Tote festgestellt. (Große Bewegung. — Der Parteitag erhebt sich von den Plätzen.) Viele Tausende sind verwundet. Ganze Straßenzüge sind niedergelegt, in Mainz und in Frankfurt am Main die Fenster zerfchlagen. (Lebhafte Bewegung.)

Sie sind alle mit mir aufs tiefste von dieser schrecklichen Katastrophe erschüttert, und ich glaube, im Namen des gesamten Parteitags allen Opfern dieser bedauernswerten Katastrophe unser tiefstes Mitgefühl auszprechen zu dürfen. — Sie haben sich zu Ehren dieser Opfer, die bei dieser Katastrophe ihr Leben gelassen haben, von den Plätzen erhoben; ich konstatiere das und danke Ihnen.

Wir treten nunmehr in die Diskussion ein.

Frau Jabe-Hamburg: Ich habe die Ausführungen des Genossen Hoch so aufgefaßt, daß die Auswüchse des Kapitals, die Schlemmerei und Profferei, an den Niedergang Roms erinnern. Wir als Vertreter der Arbeiterchaft sind aber doch etwas mitschuldig, wenn heute große Massen der Arbeiterchaft versinken. Wir haben ihnen immer gesagt, daß sie bescheidener sein sollen, daß sich heute der Friedensvertrag an uns auswirkt. Wir hätten als die Vertreter von Millionen arbeitender Menschen die Pflicht gehabt, auch die Arbeitslöhne den Weltmarktlöhnen näher zu bringen. Auf der einen Seite treiben wir Wohlfaßrspflege, die natürlich ganz unzureichend ist, und auf der anderen Seite machen wir unsere Leute unselbständig. Der arbeitende Mensch hat Anspruch auf soviel Lohn und Gehalt, daß er seine Familie ausreichend erhalten kann. Wenn wir uns dieser Pflicht nicht bewußt werden und den

Kampf nicht energischer führen, werden die Massen mutlos werden und nicht recht wissen, weshalb wir da sind. Wir müssen diese Kämpfe intensiver gestalten. Die Bürgerlichen führen ihre Kämpfe um die Machtposition mit den brutalsten Mitteln. Wir müssen die Macht unserer Leute, die die Arbeit vollführen, mehr ausnutzen. Wir haben uns in den Parlamenten zu sehr von den bürgerlichen Fachministern befehlen lassen. Wir sollten als Sozialisten unsere eigene Politik, die Politik der Menschlichkeit machen. (Sehr richtig!)

Auf uns sehen Millionen Menschen, die sehnlichst darauf warten, daß wir dafür sorgen, daß sie ihre Existenz haben. Das Existenzminimum ist im Verhältnis zur Vorkriegszeit um 50 Proz. zurückgegangen. Das ist ein so großer Ausfall an notwendigen Lebensmitteln und Kleidung, daß es unverantwortlich ist, daß wir nur mit Reden die Genußsucht und Profitgier der bürgerlichen Kreise bekämpfen. Wir haben nicht laut genug über die Verteuerung des Brotes gesprochen, die bedeutet, daß Millionen Arbeiter sich nicht fattessen können. Die Verteuerung der Milch bedeutet, daß täglich Tausende von Säuglingen zugrunde gehen. Die Verteuerung der Kohlen am 1. Oktober bedeutet, daß die reichen Leute sich vorher mit Kohlen versehen haben, daß aber die Arbeiter mit Frauen an den Winter denken müssen, weil sie sich nicht haben eindecken können und im Winter noch weniger Geld haben. Wir müssen wirkliche Kämpfe führen und nicht bloß Reden halten. Die Erwerbslosenunterstützung für Mann und Frau ist ungleich. Gehen wir Sozialisten noch immer von dem Grundsatz aus, daß die Frauen weniger brauchen als die Männer, um satt zu werden? Wenn unsere Fraktion arbeitet und nicht weiter kommt, so muß sie dem Lande mehr Mitteilungen zukommen lassen. Wir sind durch die bürgerliche Presse förmlich eingefaselt. Wir müssen erwägen, wie wir mindestens durch ein wöchentlich erscheinendes Blatt das ganze Volk aufrütteln, die Profitgier der Bürgerlichen heheln.

Genosse Kadbruch hat gesagt, daß das Laienelement bei Gericht mehr vertreten werden muß. Für uns Sozialdemokraten hängt das davon ab, wieviel Entschädigung gezahlt wird. Sätze von 20 und 30 Mk. sind vollkommen unzureichend. Unsere Anhänger haben als Vermögen nur ihre Arbeitskraft, und wenn sie einen Ausfall des Verdienstes haben, können sie leider nicht an den Gerichtssitzungen teilnehmen. Deshalb muß vor allem im Parlament auf eine Erhöhung der Entschädigung hingearbeitet werden.

Wir sind mit dem Genossen Kadbruch einer Meinung, daß endlich die einseitige Männerbeurteilung im Gericht aufhören muß. Die Männer verstehen es sehr gut, wenn ein Mann seine Frau in einer Eifersuchtszene tötet. Aber daß diese Frauen, wenn sie gequält sind, auch einmal zu einem radikalen Mittel greifen, dafür haben sie kein Verständnis. (Widerpruch.)

Die Reform des Strafvollzugs ist eine Aufgabe der einzelnen Landesparlamente. Wir sind in Hamburg dabei, den Strafvollzug zu reformieren, werden aber dabei zum Teil noch durch die deutschnationalen Beamten gehindert. Unser Direktor in Hamburg hat gesagt, unsere Strafanstalt soll ein Krankenhaus sein, aber die deutschnationalen Beamten versuchen, diese Arbeit zu sabotieren. Wir finden häufig, daß die unteren Beamten nicht den Mut haben, uns zu helfen. Das Sperrgesetz ist ein großes Uebel für uns. (Bravo!)

Loeb-Frankfurt am Main: Ich vertritt in erster Linie einen Antrag, der noch nicht gedruckt vorliegt, die Reichstagsfraktion zu ersuchen, beim Reichsfinanzministerium ein Reichskommissariat gegen Steuerhinterziehung zu errichten, in zweiter Linie einen Zusatzantrag zum Antrag Keil.

Am 21. August halte Deutschland wider durch die Schüsse, die den Mann erschlugen, der bei Gründung des Reichsnotopfers aussprach: es darf in

Deutschland keine neuen Millionäre mehr geben. Helfferich ist es im deutschen Reichstag gelungen, einen Antrag durchzubringen, der die sogenannten Spekulationsgewinne dahingehend verbesserte, daß es sehr schwer ist, sie zu erfassen, ohne sie zum einmaligen Veräußerungsgewinn heranzuziehen. Auf dem letzten Bankiertag hat sich der Volksparteiler Kießer dagegen verwahrt, als ein roter Hund unter der schwarzen Meute den Mut hatte zu sagen, daß die Devisenspekulation mit Unterstützung aller Bankiers eine so ungeheuerliche Form angenommen hat. Auf dem Bankiertag ist ein fast einstimmiger Beschluß durchgegangen, wonach die Parteien dafür sorgen sollen, daß das Bankgeheimnis wieder hergestellt wird, daß insbesondere die Reichsabgabenordnung revidiert werde. Auf dem Deutschen Industrie- und Handelstag hat Geheimrat Duisberg und andere dieselben Forderungen erhoben, und man hat sich gegen die heutigen Steuern gewandt. Strefemann und Gothein haben eine Finanzreform vertreten, die wahrlich nichts mit dem zu tun hat, was Genosse Keil vorhin referierte.

Der Präsident des Reichsfinanzhofs hat auf dem Deutschen Juristentag erklärt, daß er im Reichsfinanzhof 75 Proz. aller Arreste, die die Landesfinanzämter gegen die Steuerhinterzieher erlassen haben, aufgehoben habe. Der Juristentag hat fast einstimmig beschlossen, daß die Reichsabgabenordnung zugunsten des Steuerzahlers, nicht zugunsten des notleidenden Reichs revidiert werden müsse, daß die einzige Möglichkeit, um dem Beispiel der Kaufmanns- und Gewerbegerichte nachzukommen, nämlich die Finanzgerichte durch direkte Wahl zu erhalten, abgelehnt würde und die Ausübung der Reichsfinanzhoheit den ordentlichen Gerichten übertragen würde.

Die Vorschläge des Reichsfinanzministeriums wären unmöglich, wenn die Finanzreform nicht von oben herunter sabotiert worden wäre. Aus diesem Grunde müssen etwas schärfere Worte in dem Zusatzantrag gebraucht werden, als sie im Antrag Keil enthalten sind. Alle Finanzämter erklären, daß sie sich nicht mehr durchfinden, daß sie nicht die Arbeitskraft aufbringen können, um die Einschätzung der Gelder der Steuerzahler zu erreichen. Ich sage dazu: weil es um die Republik und um Erzberger geht, wollen sie die Mittel nicht aufbringen, die wir unbedingt erhalten müssen. (Sehr richtig!) Das Reichsfinanzministerium hat die Veranlagung und die Erklärung zum Reichsnotopfer und zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs von Monat zu Monat verschoben. Es muß möglich sein, die Vermögen innerhalb von 4 Wochen nach einem durchgegangenen Gesetz festzustellen. Wir sehen aus den Vorlagen, die uns die Reichsregierung gemacht hat, daß selbst im Reichsfinanzministerium die erheblichsten Widerstände gegen den Reichskanzler und Reichsfinanzminister Birth immer wieder getrieben werden. (Hört, hört!) Die Staatssekretäre Schroeder und Zapf sagen: Es ist unmöglich, weitere Gesetze zu machen, wir müssen sie scharf an die alten anlehnen, und wir sagen den Bankrott der Finanzverwaltung an, weil wir jetzt diejenigen Beträge erfassen müssen, die wir vorher nicht erfassen konnten. Wo war denn der Staatskommissar für Handel und Gewerbe, wo waren die Abgeordneten, die dafür gefordert haben, daß dem freien Verkehr an der Börse Einhalt geboten wird? Sie haben es nicht getan, weil sie sich der Ohnmacht ihrer eigenen Haltung gegenüber dem Kapital bewußt sind.

Wenn wir die Reichsabgabenordnung und die Steuern richtig durchgeführt hätten, würden wir diese Zustände nicht haben, die heute bestehen. Zwei Jahre nach dem Inkrafttreten der Reichsabgabenordnung haben wir noch keine Finanzgerichte und zum großen Teil noch keine Finanzausschüsse gebildet. Wir brauchen die Verordnung, die wir im Antrag 229 empfohlen haben, Devisen

nur gegen die Fakturenvorlage oder gegen die Ordervorlage abzugeben und sie später durch die Zollkontrolle kontrollieren zu lassen.

Dann haben wir sehr schwere Momente in der Entwicklung der Finanzgebarung gesehen, soweit es sich um Entwertung der Sachwerte handelt.

Ich bin anderer Ansicht wie Genosse Keil. Genosse Keil sagte, daß er die Form, in der man diese Sachwerte erfäßt, heute nicht feststellen könne, um sich nicht parlamentarisch die Arbeit zu erschweren. Aber eins muß doch hervorgehoben werden. Diese Form muß unablässig sein. Es darf nicht dem Kapital die Möglichkeit gegeben werden, etwa eine Erfassung von 25 Proz. abzukaufen, sondern die Beteiligung des Reiches an den Realwerten muß unlösbar sein. Das ist notwendig zur Durchführung seiner Währungsreform. (Sehr richtig!) Ich weise in bezug hierauf darauf hin, daß auch die schwebende Schuld unter allen Umständen mit in die Resolution Keil einbezogen werden muß. Was ist es mir, wenn der Notenumlauf gekürzt wird und die Schatzwechsel riesenhaft in die Höhe gehen? Der Reichswirtschaftsminister Schmidt schätzt in seiner Denkschrift das Rationaleinkommen heute auf 28 Milliarden Goldmark. Das wären 280 Milliarden Papiermark. Nehmen wir an, daß die Reichseinkommensteuer durchschnittlich nur 20 Proz. oder auch nur 12 Proz. beträgt, dann müßte die Reichseinkommensteuer ca. 30 Milliarden erbringen. Nach dem Juniausweis der deutschen Reichseinnahmen erbringt sie lediglich ca. 20 Milliarden, demnach werden für zirka 100 Milliarden Einkommen die Steuern hinterzogen. Sie sehen also, wie die Entwicklung geht. Das Umsatzsteueraufkommen steigt ins Riesenhafte. Die Dividenden, die die Aktionäre bekommen, sind in Wirklichkeit keine Papierdividenden. Derjenige, der im Jahre 1914 100 000 Mk. Aktien besessen hat, besitzt heute zirka 7 000 000 Mk. Aktien. Wo findet sich in den Entwürfen des Reichsfinanzministeriums eine Besteuerung dieser ungeheuren Bezugsrechte, die dem deutschen Kapital gewährt werden? (Sehr wahr!)

Ich frage weiter: haben sich diejenigen, die sich mit dem jetzigen Angebot der deutschen Industrie einigermassen befreunden, überlegt, wie dieses Angebot in den Büchern der deutschen Industrie aussieht? Wenn dieses Angebot auch nur in irgendeiner einigermassen annehmbaren Form durchgeht, dann werden wir in den nächsten Jahren einen weiteren Rückgang der Körperschaftssteuer, der Kapitalertragssteuer und der Einkommensteuer erleben, weil es das glänzendste Mittel ist, um Reserven zu schaffen, die nicht versteuerbar sind. Wir dürfen uns doch nicht fortwährend vom Kapital an der Nase herumführen lassen. Genosse Keil hat darauf hingewiesen, daß der Staatssekretär Schröder in Brüssel versucht hat, die deutschen indirekten Steuern gegen die direkten Steuern auszuspielen, und Lloyd George hat ja dem Minister des Auswärtigen, Simons, auf der Konferenz in London erklärt, daß die Deutschen mit einem anderen Steuersystem als dem direkten an den Verhandlungstisch kommen müßten. Wenn Sie Gelegenheit haben, an den Sitzungen der Industrie und des Handels teilzunehmen, dann sehen Sie, daß der Plan in erster Linie darauf geht, zu zeigen, daß wir nicht zahlen können und möglichst die Entente zu zwingen, uns auf Grund des § 12 Anlage II Teil 8 Wiebergutmachung Absatz b indirekte Steuern in verstärktem Maße aufzuerlegen. Der internationale Kapitalismus ist in dieser Sache so solidarisch, daß es fast unmöglich ist, ihm beizukommen.

Wir müssen uns leider damit abfinden, daß die Steuerhinterziehungen des Kapitalismus immer größer werden. Um diesen Steuerhinterziehungen wenigstens in etwas entgegenzutreten zu können, brauchen wir eine solidere Ueberwachung der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft durch sachverständige Leute, die hoch genug bezahlt werden, damit sie andererseits der Besteuerung nicht anheimfallen. Amerika hat mit diesem System gute Erfolge gehabt, und

es ist heute in der Lage, seine direkten und indirekten Steuern abzubauen. Das kommt lediglich daher, daß man die unmoralische Steuerhinterziehung mit ebenso unmoralischen Mitteln bekämpft. Ich weiß, daß sehr viele Leute sagen: ja, wir können doch einem deutschen Bürger keine Prozente dafür geben, daß er Steuerhinterziehungen herausfindet; das ist unmoralisch. In Art. 1 der deutschen Reichsverfassung steht: „Das Deutsche Reich ist eine Republik; die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Jeder Staatsbürger ist also danach an der Regierung beteiligt, weil er seine Stimme abgeben darf, und was dem Staatsbürger recht ist, sollte der Vereinigung der Staatsbürger, der Republik, billig sein. Aus diesem Grunde verlange ich die Errichtung eines Reichskommissariats gegen Steuerhinterziehung, das sich ebenso gut bewähren wird, wie das in Amerika der Fall gewesen ist.

Dann habe ich weiter die Anregung zu geben, daß die Devisenbeschaffung endlich geklärt wird. Ich kenne die Schwierigkeiten, die vorliegen. Aber solange sie das Deutsche Reich nicht unablässig an den Realwerten beteiligen, solange ist ein Fortschritt in der Entwicklung, eine Finanzreform, nicht möglich. Ich fordere daher die unablässige Beteiligung. (Lebhafter Beifall.)

Blester-Hoyshüttel: Ich will einmal die Steuerfrage vom Standpunkte der Verwaltung aus betrachten. Genosse Keil hat die außerordentlich trübe Lage des Reiches geschildert. Noch verzweifelter ist die Lage der Kommunalverbände sowie die Lage der einzelnen Gemeinden. Den Gemeindeverbänden, den Selbstverwaltungskörpern weist man dauernd neue Aufgaben zu, nimmt ihnen aber immer wieder aufs neue Einnahmequellen. Sie sind daher, wenn es so weitergeht, gezwungen, ihre Arbeit, soweit Staatsaufträge in Frage kommen, einzustellen und zunächst ihre eigenen Arbeiten zu erledigen. Die einzige Steuer, die für sie von Wert ist, ist die Grundsteuer. Die Gemeinden können aber diese Grundsteuer nicht ohne Gefahr weiter erhöhen. Wir haben in unserem Kreise Gemeinden, die 20 pro Mille Grund- und Gebäudesteuer erheben. Wenn wir diese Steuer mit der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer vergleichen, dann kommen wir in einzelnen Fällen auf 20 000 Proz. der staatlichen Grund- und Gebäudesteuer. Wir sind in den Kreisauerschüssen soweit, daß wir jede Anleihe glatt genehmigen könnten; denn nicht wir genehmigen in Wirklichkeit die Anleihe, sondern die Bankiers. Wenn wir unsere Aufgabe erfüllen sollen, dann muß uns das Reich auch die Mittel zur Verfügung stellen, die notwendig sind. Die Ueberweisung von Reichsmitteln wird aber in diesem Jahr wieder verringert. Wir müssen die Reichstagsfraktion bitten, die Zentralisation der Reichsverwaltung nicht zu überspannen, sondern daran zu denken, daß die Selbstverwaltungskörper notwendige Ausgaben haben, für die sie sonst keine Beträge einsammeln können.

Dann zu den Finanzämtern ein ganz kurzes Wort. Sie haben bislang ihre Aufgabe darin gesehen, Steuererklärungen entgegenzunehmen, große Verwaltungsräume zu mieten, und sie erkliden in der Flut des Papiers. Die Einrichtung der Reichsfinanzämter in der heutigen Form stellt eine kostspielige und unsinnige Einrichtung dar, wenn sie nicht gezwungen werden, mehr als bisher auf die Selbstverwaltungskörper Rücksicht zu nehmen.

Für außerordentlich bedenklich halten wir es, daß unsere Fraktion sich für die Beibehaltung der bisherigen Zwangswirtschaft eingesetzt hat. Die bisherige Zwangswirtschaft ist zum Tode verurteilt, weil sie ein unmögliches System darstellt. Was aber das Umlageverfahren anlangt, so stellt das jetzige Umlageverfahren die Kommunalverbände vor die Frage des Bankrotts. Dafür ein Beispiel. Unser Kreis hatte in bezug auf seine Lieferungsspflicht bis 20 Millionen Mark. Gehen davon auch nur 10 Millionen Mark verloren, so bedeutet das

einen Verlust in der Höhe unseres gesamten Etats. Man hat für die Gemeinden das Umlagefoll festgesetzt, aber vergessen, das Lieferungsoll festzulegen. Man hat eine Beschwerdekommision gegründet, die die Beschwerden der Bauern gegen die Umlage der Kommunalverbände erledigen soll. In dieser Kommission sitzen der Landrat, ein Verbraucher und drei Erzeuger. Die Beschwerden werden unbeanstandet durchgelassen; das Lieferungsoll wird gestrichen. Das Umlagefoll ist aber da, und die Gemeinde soll den Unterschied zahlen, den wir in vielen Kreisen vorsichtig mit Millionen von Mark einsetzen müssen. Ein solches Umlageverfahren ist ein Ding der Unmöglichkeit, ist die Kosten nicht wert, die die Verwaltung erfordert. Hinweg mit einem Umlageverfahren, das an die freie Wirtschaft grenzt, einem Verfahren, das man durch sorgfältigen Einbau von Sabotagezellen schon beim Entstehen unwirksam gemacht hat.

Um gesunde Rechtspredung zu sichern, verlangt man von uns, unsere Genossen in die Rechtspredung zu bringen. Wir können es aber in den Kreisen nicht mehr verantworten, unsere Genossen als Schöffen und Geschworene vorzuschlagen, weil wir sie vermögensrechtlich aufs äußerste schädigen. Ein Mann, der 65 und 70 Mk. Tageslohn verdient, erhält 30 Mk. Entschädigung. Da kann man nicht erwarten, daß er nun für eine Zeit von vierzehn Tagen diese großen Verluste trägt. Unsere Reichstagsfraktion muß durchsehen, daß der Ausfall an Arbeitslohn bezahlt wird; sonst ist jede Forderung der Demokratisierung der Justiz Unsinn.

Zur Fraktion selber das: die Genossen im Lande sind empört darüber, daß sie über die in Angriff genommenen gesetzlichen Maßregeln nicht genügend unterrichtet werden, während die Bürgerlichen ihre Vertreter außerordentlich gut unterrichten. Die Fraktion hat die Pflicht, uns so zu informieren, daß wir den Bürgerlichen gewachsen sind.

Ein kurzes Wort zum Verhältnis von Stadt und Land. Der Vorsitzende des Landarbeiterverbandes, Georg Schmidt, hat Ausführungen gemacht, die für unsere Zukunft wichtig sind. Industriearbeiter und Landbevölkerung drohen vollständig auseinanderzugehen, wenn nicht endlich dafür gesorgt wird, daß die Industrie, die Landarbeiter und Kleinbauern in ein gegenseitiges erträgliches Verhältnis kommen. Unsere nächste Aufgabe wird sein, die Kleinbauern zu neutralisieren. Wir können sie zwar noch nicht für uns gewinnen; aber wir müssen wenigstens versuchen, uns in die Psyche der Kleinbauern hineinzubewegen und sie vorerst zu neutralisieren. Wir müssen uns die Frage ernstlich vorlegen, wie neutralisieren und wie gewinnen wir alle diejenigen, die Kopf- und Handarbeiter sind, die vom Arbeitsverdienst leben. Das kann man aber nur, wenn unsere Fraktion nicht nur Gesetze fordert und zum Beschluß erheben läßt, sondern es muß auch die Möglichkeit gegeben werden, sie zur Durchführung zu bringen. (Beifall.)

Schwach-Zweibrücken: Das Fundament eines jeden Gemeinwesens ist die Finanzwirtschaft. Durch den verbrecherischen Krieg und die Kriegsfianzpolitik ist die Finanzlage des Reiches, der Länder und der Kommunen trostlos geworden. Man dürfte nicht zuviel behaupten, wenn man von einem katastrophalen Zustande spricht. Nun ist die Frage die: wollen wir uns willenlos diesem fürchterlichen Schicksal des Staatsbankrotts ausliefern? Wir brauchen keine Worte darüber zu verlieren, daß das nicht geschehen darf.

Wie steht es nun mit der Opferwilligkeit des deutschen Volkes? Die Lohn- und Gehaltsempfänger haben ihre Pflicht auf diesem Gebiete mehr als erfüllt. Dazu kommt, daß die breite Masse des Volkes mit einer fast unerträglichem Last indirekter Steuern belastet ist. Der Besitz dagegen ist uns schon aus der Vorkriegszeit durch seine Steuerscheu bekannt geworden. Dieselben Kreise, die fort-

gesetzt zum Kriege geheizt haben, deren Söhne während des Krieges reklamiert waren oder in den Etappen fette Pründen innegehabt haben, sind frech genug, gewissermaßen mit dem Revolver in der Hand ihr angebliches Recht, die Befreiung von Steuern, verteidigen zu wollen. Wir brauchen unbedingt Mittel, um das Reich zu erhalten. Es sind Ausgaben zu erfüllen, die die letzte Stütze unseres Wirtschaftslebens bilden. Ich erinnere nur an die Behebung der Wohnungsnot, für die man von Reichs wegen bis jetzt nur die außerordentlich geringe Summe von 4,5 Milliarden ausgegeben hat. Wenn wir die Wohnungsnot einigermaßen beheben wollten, müßten wir mehr als zwanzigmal soviel aufwenden. Es kann also gar keine Rede davon sein, daß wir in der Lage wären, der Wohnungsnot wirksam abzuwehren. Trotzdem muß es die vornehmste Aufgabe unserer Fraktion sein, darauf hinzuwirken, daß für diesen Zweck unbedingt Mittel bereitgestellt werden. Die indirekte Besteuerung kann nicht herangezogen werden. Vielmehr muß der Besitz unter allen Umständen da gefast werden, wo er zu fassen ist. Der pfälzische Parteitag hat sich in dem Antrag 115 an den deutschen Parteitag mit dem Ersuchen gewandt, der Reichstagsfraktion den Auftrag mit auf den Weg zu geben, gegen die indirekten Steuern unter allen Umständen Front zu machen. Ich bitte Sie, diesen Antrag anzunehmen. (Beifall.)

Vorsitzender Laubadel: Ich habe Ihnen mitzuteilen, daß von unseren Genossen in Ludwigshafen folgendes Telegramm eingelaufen ist:

Kurz vor acht Uhr heute früh brach über Ludwigshafen und Umgebung ein jetzt noch unübersehbares Unglück herein. In der Badischen Anilin- und Sodafabrik, Abteilung Stidstoff, in Oppau erfolgten kurz hintereinander zwei ungeheure Explosionen, die einen großen Teil der Oppauer Werke in Trümmer legten. Das Unglück ist in seiner ganzen Schwere noch nicht zu überschauen. Bis Heidelberg, Frankfurt, Grünkast, Landau waren die Wirkungen der Explosion zu spüren. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist riesig groß. Weitere Nachrichten folgen.

Der Parteivorstand hat unmittelbar nach Eintreffen der ersten Unglücksnachricht eine Sammlung für die Opfer dieser schrecklichen Katastrophe angeregt. Er hat als erster in die Sammelliste den Betrag von 5000 Mk. eingezeichnet. (Lebhafte Bravo!) Das weitere wird von uns veranlaßt werden.

Wierbthl-Hamburg: Gegenüber der erschütternden Tatsache, die uns soeben mitgeteilt worden ist, müssen wir uns als die Vertreter der unterdrückten Massen fühlen und haben als solche die Pflicht, dem Staat die Mittel zu schaffen, die Arbeiterbeschulungsgebung und seine sozialen Aufgaben zu erfüllen. Die Berichtserstatter, die auf die Erfassung der Sachwerte eingegangen sind, haben nicht gesagt, wie sie zur Schaffung dieser Sachwerte beitragen wollen. Wir müssen in der Landwirtschaft die Höchstleistung hervorrufen, indem wir eine vernünftige Bodenpolitik treiben, wir müssen von unserer Fraktion fordern, daß die Steuergesetze so auf das Landgebiet konzentriert werden, daß der unbebaute Boden nach seinem gemeinen Werte eingestuft wird, als wenn er bebaut wäre. In diesem Sinne ist auch die Wohnungspolitik zu betreiben. Der Anteil des Staates an diesen Sachwerten muß sichergestellt werden. Daher empfehle ich, den Antrag 106 anzunehmen. Der Rostschrei der Invaliden nach billigem Brot muß uns veranlassen, derer zu gedenken, deren Vertreter wir sind. Die deutsche Arbeiterschaft sieht in der Sozialdemokratie ihre gegebenen Vertreter, die Sozialdemokratie hat sich auf Koalitionspolitik eingestellt und zu deutscher Politik bekannt. Wir müssen jede indirekte Steuer ablehnen, bevor unsere Forderungen auf Heranziehung des Besitzes sichergestellt sind, sonst werden wir das Vertrauen der Arbeiterschaft verlieren. Wenn die Politiker sich

in dieser Beziehung festgelegt haben, müssen wir das Volk entscheiden lassen. Mit der Parole: Keine indirekten Steuern, bevor der Besitz entsprechend herangezogen ist, können wir ruhig einen Wahlkampf wagen.

Hellmann-Hamburg: Der hamburgische Antrag 153, der Kritik an der Existenz und Arbeitsweise des Reichsschulsausschusses übt, ist zurückgezogen worden, weil unsere Landesorganisationen bei seiner Fassung von irigen Voraussetzungen ausgegangen sind. Dagegen empfehlen wir Ihnen den Antrag 157, der sich gegen eine neunjährige höhere Schule als Fortsetzung der Grundschule wendet. Diese neunjährige höhere Schule ist ein Vorstoß der Schulreaktion, namentlich der auf ihre Ständes- und Kastenpolitik eingestellten Oberlehrerschaft, gegen die Idee und die Verwirklichung der Einheitschule. Deswegen lege ich den Schwerpunkt auf die wirtschaftlichen Gründe, die sowohl vom Standpunkt unserer Staatswesen wie vom Standpunkt der Eltern begabter, aufstiegfähiger Kinder es verbieten, daß man bei unseren heutigen Verhältnissen die Schule dreizehnjährig macht. Damit wird es der großen Mehrzahl des Teiles unseres Nachwuchses, der für die Einheitschule in Betracht kommt, unmöglich gemacht, aufzusteigen, und die Einheitschule wird verkümmert, ehe sie geboren ist. Das ist offensichtlich der Zweck des Vorgehens, und darum muß sich der Parteitag mit aller Schärfe dagegen aussprechen. Wir haben hier deutlich den Punkt vor Augen, wo der kulturelle Aufstieg der Massen von dem wirtschaftlichen Glend gefährdet wird, das Genosse Keil geschildert hat. (Sehr richtig!) Nicht nur der einzelne geistig arbeitende Proletarier darbt, auch die Schule als solche sowie unsere Kunst- und Kulturinstitute leiden Hunger, während eine kleine Oberschicht immer noch schwelgt. Die Schule, d. h. die Zukunft unseres Volkes, wird in der Entwicklung gehemmt, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse es uns verbieten, mit der Durchführung der Einheitschule voranzukommen. In dieser Not machen die Gegner aus einer neunjährigen höheren Schule gewissermaßen eine Zidatelle, von wo aus sie jeden Fortschritt der Einheitschule unmöglich machen wollen. Unsere ganze Schulreform ertarrt, wenn es uns nicht gelingt, diesen toten Punkt zu überwinden. Deswegen empfehle ich Ihnen, den Antrag 157 anzunehmen.

Antrag 158 richtet sich gegen die Ueberkonfessionalisierung des deutschen Volksschulwesens, gegen die Benachteiligung der weltlichen Schulen. Der Antrag hat aber den Mangel, daß er in seinen wesentlichen begründeten Teilen überall nur negativ spricht, und den politischen Mangel, daß er verlangt, der vorliegende Entwurf des Reichsschulgesetzes solle von der Reichstagsfraktion „unter allen Umständen“ abgelehnt werden. So kann man auch eine Schulpolitik nicht treiben. (Sehr richtig!) Wir wissen ja noch gar nicht, wie weit es uns möglich sein wird, den Entwurf zu verbessern. Darum schlage ich Ihnen vor, dafür den Antrag 328 anzunehmen. Damit würde unser Antrag 158 und auch die beiden Anträge 154 und 155 erledigt sein.

Wir müssen für die weltliche Schule einstehen, für die wir die Bahn durch das Dickicht der augenblicklichen Schulzerpitterung und das Dunkel der Schulreaktion freimachen müssen. Daher müssen wir ein Gesetz fordern, das der weltlichen Schule die Lebensmöglichkeit garantiert. Der Entwurf hat gewiß mit unserem Schulideal und unserer schulpolitischen Tradition nichts zu tun, aber kein wirklich politisch geschultes Auge kann verkennen, daß sich in dem Entwurf leider die augenblickliche Machtverteilung der Weltanschauungsparteien abspiegelt, wie sie durch die traditionelle konfessionelle Zerpitterung Deutschlands vorläufig gegeben sind. Deshalb halte ich es für richtig, diese sachliche Lage zu berücksichtigen und von da aus Stellung zu dem vorliegenden Entwurf zu nehmen, den wir in seiner jetzigen Form ablehnen, und dann auch gleich positiv zu sagen, was wir an die Stelle setzen wollen.

Ich beklage es und sehe darin eine Unreise, eine politische Würdelosigkeit und Kurzsichtigkeit, daß von einem kleinen Teile der Genossen die Abneigung gegen diesen Entwurf in kleinstädtisch hergebrachter Weise auf einzelne Persönlichkeiten unserer Partei gerichtet ist, die infolge der politischen Verhältnisse an diesem Entwurf haben mitarbeiten müssen. Wir dürfen nicht bewährten Genossen vorwerfen, daß sie mit ihrem Namen und ihrer Hilfe eine „Kultur-schmach“ gedeckt haben und „ärgstes Mißtrauen“ verdienen. Ich wünsche für die Zukunft, daß die Entstrüfung eingeseht werde zur Aufklärung der Massen, zur Gewinnung der Väter und Mütter in unseren eigenen Reihen für die weltliche Schule und sich in politische Energie umlege zur Ueberwindung der tatsächlich vorhandenen Hindernisse, die in der geschichtlichen Entwicklung unseres Volkes liegen.

Der Fortgang der Schule hängt nicht von den Schulpolitikern und nicht von den Schulministern ab, sondern von der großen Masse der Eltern, die Einsicht gewinnen in die Notwendigkeit und die Wege der Schulreform und die Macht gewinnen, verantwortlich und entscheidend bei ihrer Durchsetzung mitzuwirken. Deshalb ist die möglichste Berücksichtigung des Willens der Erziehungsberechtigten in allen Erziehungs- und Schulfragen ein Grundsatz, auf dessen Boden wir uns ebenfalls zu stellen haben. Ich bitte Sie daher, sich auf den Standpunkt dieses Antrages zu stellen und nicht nur in formellen Resolutionen, sondern in lebendigem Kampfe für die Aufklärung in den Reihen unseres Volkes für die weltliche Schule einzutreten. (Lebhafter Beifall.)

Tregner-Bredened: Als unsere Partei nach der Revolution die Regierung übernahm, war die erste Forderung, unser Wirtschaftsleben unangestastet zu lassen und möglichst ungeschwächt zu erhalten. Andererseits wurde dem erwerbsstätigen Volke Friede, Arbeit und Brot versprochen. Heute sehen wir, daß diese beiden Vorhaben durch die bisher herrschenden Klassen Illusionen gemacht worden sind. Die Kreise, die das Wirtschaftsleben beherrschen, haben ungeheure Vorteile herausgeschunden, während das Glend der erwerbsstätigen Bevölkerung immer größer wurde, so daß das Wirtschaftsleben nicht mehr stabil ist und wir die Aufgaben des Friedensvertrages nicht erfüllen können. Von dem Aufbau unseres Wirtschaftslebens haben wir bisher wenig gesehen. Das Fundament unseres Volkes und unseres Wirtschaftslebens liegt in der Landwirtschaft. Während die Konzentration des Großkapitals in der Industrie schon große Gefahren für die Allgemeinheit bedeutet, ist es mit der Konzentration des Großkapitals in der Landwirtschaft viel schlimmer. Hier sitzen die Kreise, die die Allgemeinheit immer nur dazu benutzt haben und noch benutzen, um selbst ein bequemes Dasein führen zu können. Es hat daher eine Entwicklung Platz gegriffen, die an mittelalterliche Zustände erinnert. Landarbeiter, Kleinbauern und Pächter leben auf manchen Gutsbezirken in Verhältnissen, die mit der heutigen Staatsform nicht in Einklang zu bringen sind. Ein Gutsbesitzer kann heute in manchen Bezirken über Wohl und Wehe der gesamten Einwohnerschaft verfügen. Unsere Fraktion muß daher dafür eintreten, daß diese der modernen Auffassung widersprechenden Einrichtungen beseitigt werden. Ich bitte daher den Parteitag, die Anträge 134, 135 und 136 zu unterstützen, damit es uns möglich wird, eine freiheitliche Entwicklung durchzuführen und so der Allgemeinheit zu dienen. In erster Linie müssen wir darauf dringen, daß unsere erwerbsstätige Bevölkerung billig ernährt wird und an Lohn das erhält, was sie zur Lebenshaltung braucht. Dazu muß aber unbedingt eine Verbilligung der ganzen Lebenshaltung herbeigeführt werden.

Dazu ist es notwendig, daß wir die Grundlagen unseres Wirtschaftslebens untersuchen. Deshalb haben wir unsere Anträge gestellt, damit hier endlich

sozialdemokratische Partei

Deutschlands

Kemeder geschaffen wird. Die Gewalthaber des Wirtschaftslebens richten ihr Leben so ein, wie es den Herrschaften paßt. Wir müssen denen, die stets nach dem starken Mann rufen, mit unseren proletarischen Arbeitsfäusten zeigen, wie sie zur treuesten Pflichterfüllung und zu Opfern für die Allgemeinheit gebracht werden können. Wenn uns das nicht möglich ist, nützt uns der Ruf nach Einigkeit nichts. In diesem Sinne müssen die Fraktionen und die Mitglieder der Regierung alle Kräfte anspannen. Ist es nicht eine Schande, daß das deutsche Volk sich noch einen Helfferich im Reichstag gefallen läßt, dem wir die Verhältnisse zuzuschreiben haben, unter denen wir leiden? Hätte dieser Mann eine andere Steuerpolitik im Kriege geführt, so wären wir jetzt nicht in diesem Elend. Wir fordern scharfes Zugreifen. Zeigen wir jenen Kreisen, daß wir den starken Mann abgeben können, der sie zu treuester Pflichterfüllung auf allen Gebieten anhält. (Beifall.)

Der Vorsitzende **Laubadel** teilt mit, daß es im Antrag 329 in der ersten Zeile statt „nur“ heißen muß: „nicht“.

Die Beschwerdekommision wird gebeten, morgen vormittag 10 Uhr zu einer Sitzung im Restaurant der Stadthalle zusammenzutreten.

Genosse **Brouckère** hat telegraphisch seine Ankunft mitgeteilt und wird zu Beginn der Nachmittagsitzung dem Parteitag die Grüße der belgischen Sozialisten übermitteln. (Bravo!)

Vom Genossen **Wissel** ist folgendes Schreiben eingegangen:

An das Bureau des Parteitags.

Ich muß heute einer wichtigen Sitzung wegen nach Genf fahren und bitte deshalb meine Abwesenheit für die nun folgende Zeit entschuldigen zu wollen.

Görlich, den 20. September 1921.

Rud. Wissel.

Schluß der Sitzung 1 Uhr.

Nachmittagsitzung.

Schriftführer: Frau **Bollmann-Halberstadt**, **Luß-Worms** und **Vogel-Nürnberg**.

Vorsitzender **Wels**: Parteigenossen! Sie haben mit lebhaftem Beifall die Mitteilung begrüßt, daß der belgische Parteivorstand beschloßen hat, unseren Parteitag durch den Genossen **Brouckère** zu beschicken. Er war durch wichtige geschäftliche Dinge in Belgien abgehalten worden, früher einzutreffen. Ich handele in Ihrer aller Sinne, wenn ich ihn bitte, das Wort zu ergreifen, um die Grüße der belgischen Partei zu überbringen. Er hat dem Wunsch Ausdruck gegeben, dies Ihnen gegenüber zu tun. (Lebhafter Beifall.)

Brouckère-Brüssel hält in französischer Sprache seine Begrüßungsansprache, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wird.

Zur Uebersetzung erhält das Wort:

Adolf Braun-Berlin: Genossen! Die Tagesordnung Ihres Parteitags ist zu wichtig, um lange hier zu sprechen. Aber ich würde eine Unterlassungsfünde begehen, wenn ich Ihnen nicht den Willkommensgruß der belgischen Partei überbrächte. Wichtige Fragen der Politik haben mich aufgehalten. Trotzdem hat der Vorstand der belgischen Partei mich beauftragt, wenn auch verspätet, zu Ihnen zu kommen, um Ihnen zum Ausdruck zu bringen, wie eng die Verbindung der belgischen Partei mit der deutschen Partei ist. (Bravo!)

Zu den Anlässen, die mich schon oft im Laufe der letzten Jahre nach Deutschland geführt haben, kommt diesmal noch ein weiterer: Ich hatte Ihnen

einen Gegenbesuch zu machen für den, mit dem uns ein Vertreter der deutschen Arbeiter vor kurzem erfreut hat.

Ein deutscher Parteigenosse von großem Ansehen, **Sassenbach**, der seit langem mit uns befreundet war, war bei uns zu Besuch. Das hat einige Zwischenfälle herbeigerufen. Die Nationalisten haben gegen diesen Besuch manifestiert. Auf die Nachricht von dieser Absicht haben die Arbeiter des ganzen Bezirks ihre Fabriken verlassen und die Bergwerke geleert. (Lebhafter Beifall.) 15 000 belgische Arbeiter haben sich versammelt, um sich einer Demonstration von 150 Nationalisten entgegenzusetzen. (Bravo!) Die Ankunft **Sassenbachs** und die Manifestation haben bedeutungsvolle politische Folgen.

Wir sind im vollen Wahlkampfe; es scheint, daß sich unsere bürgerlichen Parteien mit Gewalt auf den Zwischenfall **Sassenbach** werfen wollen. Gerne treten wir auf dieses Kampffeld. Ich habe die Gewißheit, daß das belgische Volk durch seine Abstimmung zeigen wird, daß es lebhaft eine Politik des freundlichen Zusammenwirkens und des Friedens wünscht. Weil das unsere Gegner nicht wollen, werden wir stolz die Frage der Internationale in den Vordergrund unserer Wahlbewegung stellen.

Die belgischen Genossen hegen die heißesten Wünsche für die Arbeiten dieses Parteitags. Ein großes Interesse folgt Ihren Verhandlungen. Die belgischen Genossen wissen, von welcher ungeheurer Bedeutung die Einheit des Proletariats sein wird. Sie folgen mit dem größten Interesse den Beschlüssen dieses Parteitags und auch Ihrer Resolution vom gestrigen Tage. Die Einheit der Arbeiterbewegung in Deutschland wird auch für die ganze Internationale von größter Bedeutung sein. Diese Einheit der Arbeiterbewegung ist der Schlüssel zum Siege der Arbeiterklasse.

Ich freue mich über die Fortschritte der Sozialdemokratischen Partei in Deutschland. Wir wissen, daß die Sozialdemokratische Partei in Deutschland die Verteidigerin der Republik ist. Mit der größten Aufmerksamkeit haben wir die Demonstration der 500 000 Berliner Arbeiter und der Millionen Arbeiter in Deutschland für die Sicherung der Republik verfolgt. Das sind Ereignisse, die auch auf Belgien zurückwirken und dort die größte Freude hervorrufen. Die Verteidigung und Konsolidierung der deutschen Republik ist die sicherste Gewähr des dauernden Friedens für Europa.

Europa kann nicht auf den Frieden verzichten, auf den wahren Frieden, der kein Volk außerhalb des Völkerrechts und außerhalb der Gemeinschaft der Völker läßt. Die Bedingung hierfür ist die Aufrechterhaltung der deutschen Republik. Wir werden nicht unsere Pflicht vernachlässigen, hieran ohne Unterlaß unsere herrschenden Gewalten zu erinnern.

Wir empfinden auch die Verantwortlichkeit für die Internationale, deswegen sehen wir mit großer Freude, wie die Sozialdemokratie in Deutschland sich stärkt.

Die Republik muß in Deutschland gesichert werden. Aber wir haben auch das größte Interesse daran, daß die Wirtschaft in Deutschland gesichert wird. Die deutsche Reichsmark lebt nicht isoliert in der Welt. Die belgischen und französischen Franken steigen und fallen mit der Mark. So wenig wahrscheinlich es erschießt, es hat sich ergeben, daß die Solidarität der europäischen Wirtschaft immer wieder zum Ausdruck gelangt.

Sie wissen, daß neben Ihren sonstigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Reparationsverpflichtungen für Sie eine schwere Sorge sind. Auch bei uns liegen ähnliche Probleme vor, um die Wiederherstellung des Zustandes vor dem Kriege herbeizuführen. So sehen wir, daß die Probleme in Deutschland Probleme der ganzen Welt sind. Wir müssen nach einer Lösung suchen auf Grund

der Gerechtigkeit und des guten Willens. Wichtig ist für uns vor allen Dingen die Wiederherstellung der Internationale, das völlige Ende der Methode des Krieges. In diesem Sinne freue ich mich, hier, wo Sozialismus und Demokratie gefordert werden, die besten Wünsche der belgischen Sozialdemokratie überbringen zu können. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Wels: Der Dank der deutschen Arbeiterschaft klang Ihnen, Genosse Brouquière, aus dem Beifall des Sozialdemokratischen Parteitag entgegen. Seien Sie überzeugt: nicht einer ist hier im Saale, dem das Herz nicht bebte vor freudiger Erregung über die Solidaritätstunde der belgischen Arbeiter für den Vertreter der deutschen Arbeiter, Genossen Sassenbach, gegen nationalstiftischen Uebermut und nationalstiftische Hege. Wir geloben Ihnen, daß unser Kampf gilt der Niederwerfung der Reaktion in Deutschland, die Sie auch auf Ihrem Gebiete bekämpfen werden. (Lebhafter Beifall.)

Wir fahren in den Verhandlungen fort.

Wimmer-Wüchgen: Genosse Hoch wie Genosse Keil haben in ihren Schilderungen ein sehr düsteres Bild unserer wirtschaftlichen und finanziellen Zukunft gegeben. Wir müssen bei unserer Kritik betrachten, was in den letzten Jahren geschehen ist und was anders gemacht hätte werden können. Eine große Rolle spielt dabei die mit Riesenschritten vor sich gehende Verelendung der deutschen Arbeiterklasse. Wir haben in der Zeit vor dem Kriege behauptet, daß die Arbeiterklasse sich in der relativen Verelendung befindet. Während und nach dem Kriege hat sich dieses Verhältnis in das System der absoluten Verelendung umgestaltet. Wenn wir heute aussprechen müssen, daß wir diese Verelendung nicht aufhalten konnten, so wissen wir, daß die wirtschaftlichen Probleme letzten Endes Fragen der politischen Macht sind. Solange wir die politische Macht nicht restlos besitzen, werden wir diesen Uebelstand nicht abstellen können. Manchmal gibt es aber Gelegenheiten, wo Ausgleich geschaffen werden können. Solche Gelegenheiten gab es auch im vergangenen Jahre. Das Reich hat als Arbeitgeber bei den Lohnbewegungen aller im Staat Beschäftigten nicht immer, auch mit unserer Mitwirkung, die Lösung gefunden, die wir als Sozialisten grundsätzlich immer gefordert haben. Das gilt insbesondere auch für die Besoldungsreform der Beamten, die durch die Teuerung schon überholt ist. Zu Beginn dieses Jahres wurden erneute Verhandlungen geführt, deren Resultat die prozentuale Erhöhung war, die namentlich die unteren Schichten nicht befriedigt. Wenn bei der weiteren Steigerung der Preise diese Frage wieder akut wird, muß unter allen Umständen eine andere Lösung möglich sein. Eine solche Gelegenheit war erst unlängst geboten. Die Reichsregierung hat sich vor den entscheidenden Verhandlungen mit den Fraktionsvertretern besprochen. Dabei ist auch das System, das im Januar sehr bekämpft worden ist, wieder angewandt worden. Die Reichstagsfraktion muß mit aller Deutlichkeit aussprechen, daß auf dieser Grundlage unmöglich weitergearbeitet werden kann. (Sehr richtig!) Denn die Auswirkungen sind so unsozial, daß sie mit den Grundsätzen unserer Partei nicht vereinbar sind. Tausende von unteren Beamten zählen sich zu unserer Partei, und deswegen sind wir verpflichtet, ihnen das zu geben, was sie absolut zur Bestreitung des erhöhten Lebensaufwands brauchen.

In diesem Zusammenhang komme ich auf die Kinderzulagen und den Soziallohn im Gegensatz zum Reallohn. Die in Staat, Reich oder Gemeinde Beschäftigten stehen zweifellos etwas gesicherter da als die in der Privatindustrie tätigen Arbeiter und Angestellten. Die Kinderzulagen müssen für alle Arbeiter ausgebaut werden, soweit ihre Einkünfte unter einem noch festzustellenden Existenzminimum liegen. Das läßt sich ermöglichen. Wenn entgegeng gehalten wird, daß wir dazu die Mittel nicht haben, so stellen wir uns als Sozialisten

auf den Standpunkt: sind die Mittel für den einen Teil vorhanden, so müssen sie auch für den anderen Teil da sein, denn wenn wir schon zugrunde gehen sollen, so sollen wir gleichmäßig zugrunde gehen. Wenn feststeht, daß Reichs- und Staatsbeamte mit 35 000 und 40 000 Mark jährlichem Einkommen Kinderzulagen von jährlich 1800 Mark beziehen, während die Arbeiter mit 10 000 und 12 000 Mark Einkommen in dieser Zeit der Teuerung nichts bekommen für ihre Kinder, so ist es an der Zeit, danach zu streben, auch den Untersten auf diesem Gebiet daselbe zu geben im Interesse der Erhaltung ihrer Familie.

Ich komme ganz kurz auf ein Gebiet zu sprechen, das ebenfalls hier behandelt werden sollte, nämlich auf das Gebiet der Steuerleistung der schaffenden Volkskreise. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das System des Steuerabzugs das gerechteste System ist, weil es dem Staat am ehesten zu den Mitteln verhilft, die er braucht, andererseits aber auch die Leistungsfähigkeit berückichtigt. Dieses System des Lohnabzugs ist mittlerweile zu dem sogenannten Lohnsteuergesetz umgestaltet worden. Wir sehen aber auf der anderen Seite, daß die deutschen Arbeitgeber bis zum heutigen Tage nicht in derselben Weise wie die schaffenden Kreise zur Steuer herangezogen worden sind. Ich möchte den Genossen Hoch und Keil eine Anregung unterbreiten, die dahin geht, von jedem Arbeitgeber pro Arbeiter für die einzelnen Monate einen gewissen Teil von dem Einkommen einzuziehen, das er durch die Mehrwerte aus den von den Arbeitern geschaffenen Produkten zieht, so daß also der Arbeitgeber ebenso in Raten herangezogen wird wie der Arbeiter. Diese Anregung ließe sich vielleicht, wenn sie richtig durchgearbeitet wird, verwerten. Wir müssen in der heutigen Zeit zu außerordentlichen Maßnahmen schreiten, um aus dem Glend herauszukommen. Wenn auf diesem Gebiet gearbeitet wird, dann glaube ich, daß wir neue Anhänger für unsere Partei gewinnen und daß wir vertrauensvoll in die Zukunft blicken können. (Lebhafter Beifall.)

Frau Schröder-Altona: Genossen und Genossinnen! Ich möchte Sie bitten, dem Antrag 300, der von Kiel gestellt ist, Ihre Zustimmung zu geben. Er betrifft eine besondere Wahrnehmung der Interessen der Taubstummen seitens der Reichstagsfraktion. Wir sind uns wohl alle darüber einig, daß den Wünschen der Taubstummen soweit wie möglich entgegengekommen werden muß, um ihr schweres Schicksal zu erleichtern.

Ich möchte mir dann noch einige Worte zu der Resolution Radbruch Nr. 327 und zum Antrag Nr. 322 (Knack) gestatten. Es handelt sich dabei um Fragen, die heute noch so wenig geklärt sind, daß selbst eine Einigkeit innerhalb der einzelnen Fraktionen nicht vorhanden ist. Wir haben bereits bei der Verfassung, die uns den Weg für diese Fragen ebnet, erlebt, daß weder die Koalition noch einzelne Fraktionen in diesen Fragen einig waren. Ich meine hier namentlich die Frage des unehelichen Kindes und der unehelichen Mutter-schaft, dann den § 218, der die Schwangerschaftsunterbrechung betrifft, und die Frage der Frau im Justizwesen. Im Reichstag erleben wir bei der Verhandlung dieser Fragen immer etwas, auf das ich besonders hinweisen möchte. Genosse Radbruch hat so warm hervorgehoben, wie wichtig es ist, den unehelichen Kindern ihr Recht zu verschaffen. Es ist aber ganz aussichtslos, in der Frage der unehelichen Mutterschaft weiterzukommen, solange das Reich und der Staat als Arbeitgeber die uneheliche Mutterschaft noch für eine derartige Schande hält, daß sie glauben, die uneheliche Mutter werdende Beamtin nicht in ihrem Betriebe behalten zu können. Als wir im Reichstag diese Frage erörterten und den Antrag stellten, wonach keine Beamtin entlassen werden sollte lediglich, weil sie unehelich Mutter ist, ist dieser Antrag mit einer einzigen Stimme Mehrheit abgelehnt worden. Das geschah nicht etwa, weil

tatsächlich das Parlament in seiner knappen Mehrheit Gegner unseres Antrages war, sondern deswegen, weil es im letzten Augenblick den Vertreterinnen der Beamtenorganisationen gelungen ist, Reichstagsabgeordnete, sowohl männliche wie weibliche, der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei, die innerlich auf dem Boden unseres Antrages standen, zur Stimmenthaltung zu veranlassen.

Dasselbe erleben wir bei der Frage des § 218 und bei der Frage der Frau als Schöffe und Geschworene. Von seiten der Gegner unserer Anschauungen wird unausgesetzt versucht, nicht nur die öffentliche Meinung, sondern auch die Abgeordneten, d. h. die Gesetzgeber, in ihrem Sinne zu beeinflussen. Wir erhalten im Reichstag täglich einen Stoß von Eingaben mit Hunderten und Tausenden von Unterschriften, die von Organisationen und von einzelnen Personen gesammelt werden, die ein Interesse an der Ablehnung unserer Anträge haben. Wir können es erleben, daß unsere gesamte bürgerliche Presse gegen unsere Anträge Stellung nimmt. Aber wir erleben es leider nicht, daß von denen, die hinter uns stehen, Eingaben eingereicht werden. Wir erleben es viel zu wenig, daß unsere eigene Presse sich auf unsern Standpunkt stellt. (Sehr richtig!) Hier ist es notwendig, daß unsere Presse und unsere Organisation öffentlich zeigen, daß sie hinter uns stehen. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb wollte ich Sie bitten, in Ihrer Agitation, in Ihren Versammlungen immer wieder zu verlangen, daß die Stellung der Frau eine solche wird, wie sie einzig und allein der deutschen Republik würdig ist. Das ist in erster Linie Aufgabe unserer Genossinnen, aber dabei müssen die Organisationsvorsitzenden, die Genossen unseren Genossinnen helfen. Ich habe mir erzählen lassen, daß es heute noch Vorstände von Ortsvereinen gibt, die glauben, ihre Mitglieberversammlungen nicht mit solchen Fragen beschäftigen zu dürfen, weil sie nicht wichtig genug wären. Wir haben soeben mit innerer Erregung das wundervolle Bild gesehen, daß der Genosse Wels sich mit dem Vertreter unserer belgischen Bruderpartei die Hand gereicht hat. Unsere Herzen haben deswegen höher geschlagen, weil der fürchterliche Krieg hinter uns liegt. Wenn wir aber wollen, daß künftig Kriege verhindert werden, dann ist es in erster Linie notwendig, daß die Frauen Kinder erziehen, die keine weiteren Kriege wollen. (Sehr richtig!) Dazu ist es erforderlich, daß die alten Vorurteile überwunden werden, daß Presse und Organisation zusammen mit den Abgeordneten überall zu diesem Zweck zusammenarbeiten. Genossen, helfen Sie uns ein Frauengeschlecht zu schaffen, das neue Menschen zu gebären und zu erziehen imstande ist. (Lebhafte Beifall.)

Leber-Jena: Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf einen Gegenstand lenken, den der Genosse Hoch in seinem mündlichen Bericht nicht erwähnt hat, der aber im schriftlichen Bericht über die Reichstagsfraktion Erwähnung findet. Die Frage der Beförderungsregelung der Reichs- und Staatsbeamten ist jedenfalls so wichtig, daß auch diese Frage einmal besprochen werden muß, zumal die Genossen in den einzelnen Landesparlamenten damit viel zu tun haben. Das Reich hat ein Sperrgesetz erlassen, welches den Ländern eine besondere Regelung der Beförderung der Staatsbeamten verbietet oder wenigstens nicht in vollstem Umfange zuläßt. Gegen dieses Sperrgesetz an sich haben wir Sozialdemokraten auch in Thüringen nichts einzuwenden, aber wie die Beförderungsordnung durch das Sperrgesetz festgelegt worden ist, kann unsere Zustimmung nicht finden. Das Sperrgesetz schreibt vor, daß die Beförderungsordnung aus 13 verschiedenen Gruppen besteht und daß außerdem noch drei Sondergruppen in Frage kommen. Acht Beförderungsgruppen würden vollkommen genügen. (Sehr richtig!) Wir in Thüringen sind weiter der Meinung, daß man mindestens die ersten drei Gruppen zusammenfassen kann. Was hat es für einen Zweck, daß ein Par-

wärter, ein Diener am Amts- oder Landgericht in einer besonderen Gruppe eingestuft werden? Auch genügt das Existenzminimum, das für diese Gruppen festgelegt ist, bei weitem nicht. Mit 9200 Mark kann ein solcher Beamter mit seiner Familie nicht auskommen. Wir als Abgeordnete im Thüringer Landtag hätten das Einkommen dieser Beamten zweifellos bedeutend erhöht, wenn nicht das Sperrgesetz dem entgegenstände. Unsere Parteigenossen im Reichstag müßten den bürgerlichen Abgeordneten begreiflich machen, daß die Differenz zwischen 9200 und 50 000 Mark in den obersten Beamtengruppen viel zu groß ist. Damit würden sie den Abgeordneten in den Landesparlamenten einen außerordentlich großen Dienst erwiesen. Erst wenn die Landesparlamente, von denen ich gesprochen habe, vorgenommen werden, wird es möglich sein, einigermaßen Zufriedenheit unter der Beamtenschaft herbeizuführen.

Ich komme weiter zu der Frage der Sozialisierung. Genosse Hoch hat darüber berichtet, wieweit wir in bezug auf die Sozialisierungsfrage heute gekommen sind. Auf dem Parteitag in Cassel erklärte der Genosse Müller, es müsse jetzt mit aller Energie darangegangen werden, daß Kohle, Eisen usw. in der allernächsten Zeit sozialisiert werden. Wenn nun seit einem Jahr in dieser wichtigen Frage keine Fortschritte gemacht worden sind, dann müssen wir die Reichstagsfraktion dringend ersuchen, die Frage der Sozialisierung energischer zu betreiben, als es bisher geschehen ist. Wir sind der Meinung, daß Kohle, Erze, Eisen usw. zweifellos zur Sozialisierung reif sind. Auch in den Ländern spielt die Frage der Sozialisierung mitunter eine Rolle, und wir müssen bei gewissen Vorlagen auch dazu Stellung nehmen. Da wird uns aber immer vom Ministerium gesagt: „Ja, hier kommt das Reich in Frage, und solange das Reich nicht mit gutem Beispiel vorangeht, sind wir nicht in der Lage, irgendetwas in dieser Sache zu tun. Ich bitte nochmals dringend, in dieser Beziehung in Zukunft nicht nur Versprechungen zu machen, sondern auch etwas Positives zu leisten.“

Wir haben hier mehrere Anträge zu verteidigen. Es liegt ein Antrag aus Jena vor, in dem verlangt wird, daß das vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angenommene Programm zur Sozialisierung der Kohlenwirtschaft vom Parteitag angenommen wird. Ein weiterer Antrag fordert die Annahme eines Kohlenwirtschaftsgesetzentwurfs (Vorschlag I der Sozialisierungskommission) durch den Parteitag. Wenn diese beiden Anträge angenommen werden, dann besteht die Hoffnung, daß es vielleicht vorwärts gehen könnte. Wir sind der Auffassung, daß gerade diese wichtige Frage außerordentlich ernst genommen werden muß und daß in Zukunft mehr zu geschehen hat, um den Arbeitern nun endlich etwas Positives auf diesem Gebiete zu unterbreiten. (Beifall.)

Kann-Frankfurt a. M.: Wir in Frankfurt haben zusammen mit der U.S.P. und der R.P.D. einer Resolution zugestimmt, die sich für die Freilassung der politischen Gefangenen ausgesprochen hat. Diese Resolution hat wie so manches andere, was wir in Frankfurt getan haben, das Mißfallen der Parteileitung erregt. Ich will Ihnen sagen, warum wir für diese Resolution eingetreten sind. Wir sind in Frankfurt der Meinung gewesen, daß die Gerechtigkeit eine Sache ist, die alle anständigen Menschen ohne Unterschied der parteipolitischen Stellungnahme angeht. Wir lassen uns nicht suggerieren, wie es geschehen ist, daß wir für die Gewaltpolitik eines Max Hötz zu haben sind, daß wir irgendwelche Schwierigkeiten machen, wenn es gilt, einmal nach rechts energig durchzugreifen. Aber wir haben klar erkannt, daß es auf diesem Wege nicht weitergeht. Ich selber arbeite mit einem kommunistischen Anwalt zusammen und ich weiß, wieweit das, was in den letzten Monaten in Deutschland geschehen ist, von Gerechtigkeit entfernt ist. Wer die Urteile, die in der letzten Zeit ergangen sind,

aufmerksam verfolgt, der weiß, woher der Wind weht. Man hat jetzt oft das Empfinden, als hätte die Göttin der Gerechtigkeit, die man sich früher mit einer Blinde vor den Augen vorstellte, nach rechts Scheitlappen, um nicht zu sehen, was dort vorgeht, und als habe sie ein giftiges Auge gegen links, das mehr erkennt, als tatsächlich geschieht. Der Wamberger Juristentag hat bestritten, daß die augenblickliche Rechtsprechung ein Mittel zur Erreichung staatlicher Zwecke sei. Er hat betont, daß sie lediglich der Gerechtigkeit diene. Ich glaube, daß die Rechtsprechung in Deutschland sogar parteipolitischen Interessen dient. Von den Rapperebergern ist immer noch keiner hinter Schloß und Riegel. Ich erinnere an die Hanswurstaube, mit der Jagow das Reichsministerium verspoitete hat; ich erinnere weiter an den Mulochprozeß in Breslau, bei dem das Reichsgericht die Amnestie für diese Banditen zur Anwendung gebracht hat. Wenn überhaupt ein Ministerium in Preußen von uns befehrt werden soll, dann das Justizministerium. Ich gehe nicht in allen Punkten mit dem Genossen Radbruch konform. In der Zivilgerichtsbarkeit wird es dabei bleiben müssen, daß gelehrte Richter rechtsprechen. Wir verlangen den Ausbau der paritätischen Gerichte, einen Ausbau des Bürgerlichen Gesetzbuchs in dem Sinne, daß die Arbeitskraft geschützt wird, daß die wirtschaftlich Schwachen geschützt werden und daß alle diesigen Bestimmungen beseitigt werden, die auf eine Lebertragung des Eigentums hinauslaufen. Etwas ganz anderes ist es mit der Strafgerichtsbarkeit. Ich verweise auf unsern Antrag Nr. 333. Die Strafgerichtsbarkeit ist eine rein proletarische Angelegenheit. Wir verlangen, wie es auch tatsächlich im Gerichtsverfassungsgesetz steht, daß der Staatsanwalt lediglich als politischer Beamter gilt und daß die verantwortlichen Generalkassationsanwälte mit der politischen Konstellation wechseln. Wir verlangen weiter, daß der Entwurf des neuen Strafgesetzbuchs in unserem Sinne ausgebaut wird. Ich erinnere unter dem Eindruck des Unglücks in Oppau daran, daß unser Gesetzbuch keine Bestimmung hat, die die Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen gewährleistet.

Mit sehr schwerem Herzen haben wir den Antrag 331 gestellt. Ich bin der Meinung, daß das deutsche Richteramt das Vertrauen, das wir in das Richteramt setzen, mißbraucht hat, und die breite Masse wird es nicht verstehen, wenn wir uns unbedingt an der Unabsehbarkeit der Richter festklammern. Wir bitten, eine Kommission einzusetzen oder der Parteileitung diesen Auftrag zu geben, um Mittel und Wege zu finden, auf denen es gelingt, über das Problem der Unabsehbarkeit der Richter hinwegzukommen. Bis dahin verlangen wir die Wahl des Laienrichtertums durch das Volk unter Ausschluß jeder Art von Verwaltungsbehörde. Der jetzige Zustand schafft nur nach links Märtyrer, die außerordentlich gefährlich sind, und nach rechts gibt er den reaktionären Kreisen das Gefühl der Sicherheit, daß ihnen doch nichts passieren kann. Lesen Sie das Buch: „Drei Jahre Mord“ von Gumbel, und Sie werden an den nackten Tatsachen erkennen können, wie berechtigt unsere Forderungen sind. Der Königsberger Philosoph hat einmal gesagt, daß, wenn es keine Gerechtigkeit mehr gebe, es sich überhaupt nicht rentiere, daß Menschen leben. Für uns ist Gerechtigkeit und Sozialismus dasselbe. Wir kämpfen für beides um der größeren Freiheit willen. (Lebhafte Beifall.)

Dr. Ansd.-Hamburg: Ich bitte in dem Antrag 322 die Aenderung vorzunehmen, daß in dem einleitenden Satz in der zweiten Zeile statt „Reichsregierung“ gesagt wird „Reichstag“, und später dann folgerichtig statt „daß sie“ gesagt wird „daß er“.

Es ist vom Genossen Radbruch unter allgemeinem Beifall darauf hingewiesen worden, welche Erfolge von der Mitarbeit der Frauen in der Recht-

sprechung zu erwarten sind. Wenn wir aber auf diesem Standpunkt stehen, müssen wir uns mit aller Energie hinter die Resolution stellen, die auf der Reichskonferenz gefaßt worden ist. Diese Resolution enthält in geschickter Zusammenstellung die wesentlichen Probleme auf dem Gebiet der Sexualreform, die in kürzester Zeit gelöst werden müssen. Derjenige, welcher weiß, mit welcher tiefem Ernst die Frauen versuchen, dem Geist der neuen Sittlichkeit vorzuarbeiten, muß sie darin rückhaltlos unterstützen. Wer das gewaltige Elend kennt, das tagtäglich die geschlechtlichen Anstaltungen über die Jugend bringen, wer da weiß, wie manches Frauenleben dadurch zugrunde geht und wie zahllose Frauen chronischem Siechtum verfallen dadurch, daß der § 218 RStG. immer noch besteht, muß fordern, daß in dieser Frage baldmöglichst zur geschlechtlichen Tat geschritten wird. Ich halte es für gefährlich, Abänderungsanträge in dieser Frage nur zur kommenden Strafrechtsform zu stellen, wie es der Antrag 162 aus Göttingen tat. Wir wissen nicht, wann die Strafrechtsreform kommt, wir haben dabei ja schon mancherlei Enttäuschungen erlebt. Diese Fragen müssen aber baldmöglichst erledigt werden. In der Frage der Abtreibung sind die bessergestellten Gesellschaftskreise längst fast aller Not überhoben, das Pfeifen die Spazier von den Dächern; die Bestimmungen wirken sich meist nur als einseitige Bestimmungen gegen die minderbemittelte weibliche Bevölkerung aus, die dabei einer Klassenjustiz und einer Klassenwissenschaft ausgeliefert werden.

Die in dem Antrag der Reichsfrauentagung geforderten Abänderungen auf dem Gebiete der Sexualreform müssen wir als Hamburger besonders deshalb verlangen, weil die Hamburger Bürgerschaft den Mut gehabt hat, als erste Vertreterin eines deutschen Landes auf dem Gebiete des Prostitutionswesens den neuen Geist erst kürzlich durch gesetzliche Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Wir haben beschlossen, die Reglementierung und Kasernierung der Prostitution aufzuheben beziehungsweise abzubauen, und es ist damit bereits begonnen worden. Wir geraten jetzt aber in eine schwierige Situation, wenn nicht bald die reichsgesetzliche Regelung durch Erlaß eines scharf gefaßten, allen modernen Reformforderungen gerecht werdenden Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten erfolgt.

Wir wollen die Reichstagsfraktion selbstverständlich nicht in allen Einzelheiten engherzig an die Resolution der Reichsfrauentagung binden. Sie soll nur die energische Aufforderung sein, endlich nach den Richtlinien zu handeln, die heute schon in weitesten freizeittlich eingestellten wissenschaftlichen Kreisen keiner Meinungsverschiedenheit unterliegen. Besonders aber wünsche ich, daß von der Reichstagsfraktion bei ihren Enstschlüssen über diese Frage nicht nur die Sachleute gehört werden, die zufällig in der Reichstagsfraktion sitzen, sondern daß man sich auch an weitere Kreise der Partei wendet und den Rat möglichst vieler Ärzte, Juristen und Bevölkerungswissenschaftler in Anspruch nimmt. Es kann nicht angehen, daß durch den Gegensatz zwischen Radbruch und Grotzahn, die als Mitglieder der Reichstagsfraktion angehören, diese Reformen weiter verschleppt werden. Klarheit wird man sehr leicht gewinnen, wenn weitere Kreise gutachtlich zu Worte kommen.

Im Zusammenhang mit der Forderung der Beseitigung einer unsozialen Strafgesetzgebung steht die Frage der sozialen Versicherungsreform. Angesichts des furchtbaren Unglücks von Oppau müssen wir uns sagen, daß die heute bestehenden Versicherungsgeetze den unglücklichen überlebenden Opfern und den Hinterbliebenen der zahlreichen Toten nur lächerlich geringe Summen zuerkennen. Es ist schwer, diese Summen wesentlich zu erhöhen, ehe die Bereinlichung der sozialen Gesetzgebung noch großzügig durchgeführt ist. Das Elend der Arbeiter- und Kriegsinvaliden wie auch der kleinen Rentner schreit

nach Abänderung dieses Zustandes. Bei der Unzulänglichkeit der übrigen Versicherungs-gesetzgebung müssen wir darauf hinwirken, daß das Reich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln den unglücklichen Opfern von Oppau zu Hilfe kommt. Das grauenhafte Unglück von Oppau stellt uns aber auch vor die Frage, ob die Arbeiterschutzesetzgebung so ausgebaut ist, wie sie sein müßte, und ob das Unglück sich durch besser ausgebauten Arbeiterschutzesmaßnahmen nicht hätte vermeiden lassen. Der Einfluß der Arbeiter selbst ist längst noch nicht genügend in der Kontrolle der Arbeiterschutzesvorrichtungen ausgebaut.

In einem von anderer Seite gestellten Antrag ist die Frage des Achtstundentages berührt worden. In einigen Kreisen unserer Partei hat man unbegreiflicher Weise mit dem Gedanken gespielt, diesen Achtstundentag zu Wohlfahrts- oder sonstigen Zwecken vielleicht zu erweitern. Ich hoffe, daß der Parteitag in dem schärfsten Protest gegen jede Diskussion über die Frage der Abschaffung des Achtstundentages einig ist, der die Grundlage für jeden gesunden Aufbau darstellt und der beste Arbeiterschutz ist.

Wir begrüßen den Antrag Weidemann, der die Schaffung eines einheitlichen Reichsbeamtenrechts wünscht. Die wichtigste Frage bleibt daneben aber die Beamtenbesoldung. Hier begrüße ich, daß der Antrag einen Gedanken wieder aufgreift, den wir in Hamburg bisher vergeblich durchzuführen versucht haben, da wir durch das Sperrgesetz gebunden waren, daß nämlich die Teuerungszulagen nicht mehr wie bisher prozentual einheitlich gesteigert werden, sondern daß eine unbedingte Staffelung derselben durchgeführt wird. Der einzige Weg, auf dem wir zu einer sozialen Gestaltung der Beamtenbesoldung kommen, ist der, daß die Teuerungszulagen prozentual abgestuft werden und daß dafür gesorgt wird, daß die unteren und mittleren Beamten-schichten mehr bekommen entsprechend dem Gebot der Zeit, und die höheren Beamten nicht mehr in so großzügiger Form bedacht werden, wie es bisher unter dem Druck der bürgerlichen Parteien gesehen ist. Hier kann das Sperrgesetz des Reiches unsozial wirken, wenn wir auch nicht bestreiten wollen, daß das Sperrgesetz das Gute einer einheitlichen Regelung festlegt. Es darf auch allerdings nicht dahin kommen, daß sich die einzelnen Länder und Gemeinden den Rang in der Beamtenbesoldung gegenseitig ablaufen. An eine Verringerung der Beamtenbesoldungsgruppen können wir ja kaum denken. Der soziale gerechte Ausgleich muß durch die Gestaltung der Orts- und Teuerungszulagen durchgeführt werden.

Wenn der Genosse Leber gesagt hat, daß wir in Hamburg die Gehälter der Beamten über die Grenze des Sperrgesetzes hinaus gesteigert hätten, so stimmt das nicht. Wir sind allerdings der Ansicht, daß die jetzigen Beamtengehälter den Verhältnissen einer Großstadt wie Hamburg nicht entsprechen, durch das Sperrgesetz ist es uns aber nicht möglich, die Beamtengehälter weiter zu erhöhen. Ich wundere mich, aus welcher Quelle der Genosse Leber diese irreführende Mitteilung bekommen hat.

Die Aeußerungen des Genossen aus Frankfurt am Main über Anlehnung in bestimmten Beschlüssen an die KPD, kann ich nicht unwidersprochen lassen. Wer die zahllosen Opfer des letzten Aufstandes erlebt hat, muß bei jedem Versuch eines taktischen Zusammengehens mit der KPD, außerordentlich kritisch sein und nicht immer nur Straffreiheit der politischen Gefangenen fordern. Es muß allen Elementen von rechts und von links zum Bewußtsein gebracht werden, daß jeder Versuch, die verfassungsrechtlich bestehenden Verhältnisse umzustößen, mit den schärfsten Mitteln geahndet wird. Wenn man die Leute um Hörs aus Gefühlsduselei möglichst ergulpiert, wird man eines Tages auch die Wärdler Erzbergers ergulpiert müssen. In Hamburg haben wir bisher immer erfahren, daß das Interesse der arbeitenden Bevölkerung am besten dadurch gewahrt wird,

daß wir nach links und nach rechts in gleich scharfer Weise vorgegangen sind, wenn es sich um Verbrecher handelte; das sind wir der dringenden Forderung der Staatsautorität schuldig. Dabei kann trotzdem Milde gehandhabt werden, wenn es sich nur um bedauerlicherweise irreführende einzelne Personen handelt.

Dr. Schumacher-Stuttgart: Die Stuttgarter zeigen Ihnen im Antrag 102 einen Weg, wie die Republik gesichert werden kann. Nach diesem Antrag soll die Reichstagsfraktion ersucht werden, mit allen Mitteln für die Aufhebung des Verbots des Reichswirtschaftsverbandes deutscher derzeitiger und ehemaliger Berufs-soldaten einzutreten. Der RDB. ist am 15. Juli zusammen mit dem Offiziersbund verboten worden, und zwar auf eine Verfügung des Reichswehrministers hin. Nach § 37 des Reichswehrgesetzes dürfen nur politische Vereine und solche, die die Zucht und Ordnung gefährden, verboten werden. Beides trifft für den RDB. nicht zu. Der Reichswehrminister hat u. a. als Grund angegeben, daß der RDB. einmal eine bewaffnete Gewerkschaft werden könne. Er hat aber dann wieder zugeben müssen, daß der RDB. keine gewerkschaftlichen Tendenzen zeigt. Der frühere Vorsitzende des RDB., ein guter Bekannter und Parteifreund des Ministers Gessler, schreibt heute gegen das Koalitionsrecht der Berufs-soldaten. Noch merkwürdiger wird die Sache, wenn Gessler in seiner Begründung auf interne Vorgänge im RDB. hinweist und in der Ablehnung des früheren Vorsitzenden ein bedenkliches Moment findet. Ferner macht Gessler dem Verband zum Vorwurf, daß in ihm Unteroffiziere und Mannschaften zusammenwirken, das wäre eine Gefährdung der Disziplin. Dabei sitzen in solchen Vereinigungen bei der Marine sogar die Offiziere mit den Mannschaften zusammen, ohne daß darin eine Gefährdung der Disziplin gefunden wird. Alle diese Gründe sind leere Ausflüchte. Das hat auch der Reichstag anerkannt, als er sich auf den Standpunkt stellte, daß der RDB. eine politische einwandfreie Organisation und nicht als Gewerkschaft zu betrachten sei. Auf den Standpunkt der Unzulässigkeit dieses Verbots hat sich nicht nur die rein sozialistische Braunschweiger, sondern auch die rein bürgerliche württembergische Regierung gestellt. Die wahren Gründe dürften in der einwandfreien republikanischen Haltung der Organisation während der Kapptage liegen.

Man treibt heute soziale Fürsorge für die Soldaten, aber nicht so, daß der einfache Mann und Korporal sie als ihr gutes Recht empfängt, sondern daß er sie als ein Gnabengeschenk aus der Hand der Offiziere entgegennimmt. So geht man systematisch daran, mit dem Geld der Republik eine Prätorianergarde zu züchten. Wir denken nicht daran, die Reichswehr zu politisieren, aber wir wollen dem Soldaten zeigen, daß er im Gegensatz zu früher heute als Mensch, Staatsbürger und Soldat geachtet wird und darum gewisse Rechte zu beanspruchen hat, daß er nicht nur der ausführende Schließautomat in der Hand seiner Vorgesetzten ist. Das alte Heer war unpolitisch, aber nicht farblos, es war schwarz-weiß-rot. Wir brauchen ein Heer, das schwarz-rot-gold ist.

Der Antrag Keil zur Steuerdebatte hat verschiedene Amendements erfahren, u. a. eins im Antrag 329. Der Antrag Keil ist aber als ein Ganzes zu werten. Verbesserungen sind gut, wenn es wirklich Verbesserungen sind. Es ist im Antrag 329 die Forderung aufgestellt worden, die schwebenden Schulden zu sun-dieren. Dabei muß man dreierlei erwägen: erstens: wem nützt sie? zweitens: hat die aufgewendete Zeit und Arbeitskraft auch das entsprechende Resultat? drittens: ist sie möglich?

Eine solche Fundierung der Schulden könnte eine gewisse Verbesserung bedeuten, aber in erster Linie kommt eine Fundierung dem zugute, der Gläubiger des Staates ist, und Gläubiger des Staates ist der Kapitalismus. Die Fundierung der Schuld ist schön und gut, ist aber keine spezifisch proletarische For-

derung. Glauben Sie an die Möglichkeit, eine Anleihe unterzubringen? Die Pleite bei der Prämienanleihe sollte uns eine Warnung sein. Man wird im Inland kaum eine Anleihe unterbringen können, und erst recht nicht im Ausland. Genau dasselbe, was für die Sicherung der Republik gilt, gilt auch hier: wir müssen zur Konzentration auf ein bestimmtes Ziel kommen; von der Phrase zur Tat. (Bravo!)

Treu-Nürnberg: Während der bisherigen Verhandlungen des Parteitags sind wiederholt die bayerischen Verhältnisse besprochen worden. Wir Bayern haben bisher aus politischen und taktischen Gründen geschwiegen. In dieser Stunde vollzieht sich in München die Wahl des neuen Ministerpräsidenten. Wer der neue Mann sein wird, ist noch nicht bekannt. Nach Mitteilungen unserer Genossen aus der Landtagsfraktion steht nur fest, daß Kahr für seine Person erliegt ist. (Lebhafte Bravo-Rufe.) Ob damit auch das System Kahr gefallen ist, wissen wir noch nicht. Wir hoffen es im Interesse Bayerns und der deutschen Republik. (Lebhafte Beifall.)

Wir halten es für unsere heilige Pflicht, in diesem Augenblick zu sprechen. Was ich Ihnen im Namen der bayerischen Delegation zu sagen habe, ist ein Versprechen und eine Bitte.

Durch die Politik der Regierung Kahr haben sich die Verhältnisse so entwickelt, daß Bayern heute neben Ungarn als das reaktionärste Land in ganz Europa verrufen ist. (Pfuui!) Bayern ist zu einer akuten Gefahr für den Bestand der deutschen Republik geworden. (Sehr wahr!) Diese Gefahr für immer zu beseitigen, ist Aufgabe der bayerischen Sozialdemokratie, entweder mit oder gegen die neue Regierung. (Bravo!) Es darf nicht mehr sein, daß die Regierung des zweitgrößten Bundesstaats dauernd die Reichsverfassung sabotiert. (Sehr richtig!) Es geht nicht an, daß in Bayern der Ausnahmezustand zu einem dauernden Rechtszustand wird. (Sehr richtig!) Es ist ein unhaltbarer Zustand, wenn in Bayern Leute wegen einer ungeschickten Aeußerung auf Jahre in die Gefängnisse gesteckt werden, während die wirklichen Landesverräter unbehelligt im Lande herumlaufen. (Sehr richtig!) Wie von der bisherigen bayerischen Regierung die Reichsverfassung nicht respektiert worden ist, ist bekannt. Sämtliche deutschen Staaten, auch die süddeutschen Regierungen arbeiten gemeinsam mit der Reichsregierung im Rahmen der Weimarer Verfassung, um die ungeheuren Schwierigkeiten zu überwinden, die uns der Krieg gebracht hat. Nur die bisherige bayerische Regierung hat dabei eine Ausnahme gemacht. In Bayern wird die Verfassung in einer Weise sabotiert, die jeder Beschreibung spottet. (Hört, hört! und Pfuui!) Am letzten Sonntag hat der ungekrönte König von Bayern, der Abgeordnete Dr. Heim, in einer Versammlung erklärt:

Wenn heute abgestimmt würde, würden 70 Proz. des bayerischen Volks sagen: Weg mit dieser Verfassung, weg mit diesem Zentralismus und der Demokratie der heutigen Tage. Ist diese Demokratie nicht Schwindel, wenn man die Drohungen der sozialdemokratischen Presse liest: wenn Kahr nicht geht, dann machen wir Revolution —? Wo steht denn in der Verfassung: wenn die Mehrheit nicht nach dem Willen der Minderheit handelt, darf diese durch Generalkrieg zu Boden gerungen werden?

Das steht allerdings nicht in der Verfassung. Aber ich frage: wo steht in der Verfassung: wenn die Mehrheit des deutschen Volkes nicht nach dem Willen der bayerischen Minderheit handelt, kann die bayerische Regierung die Verfassung sabotieren? (Sehr gut!) Wo sind die 70 Proz. der bayerischen Bevölkerung, die angeblich Gegner der Verfassung sind? In Franken, in Schwaben und in der Pfalz sind sie jedenfalls nicht zu finden. Oder will man behaupten,

daß wir keine Bayern sind? Sollen etwa nur die Oberländer, die Chiemgauer, Glöntaler usw. als Bayern gelten? (Zuruf: Die Miesbacher! — Heiterkeit.) — Gewiß, die sind auch dabei. Wenn man das will, soll man es uns sagen; uns kann es recht sein.

„80 bis 90 Proz. der gesamten Bevölkerung Bayerns haben gar nicht gewußt, daß der Belagerungszustand nicht aufgehoben ist“, erklärte Herr Dr. Heim am letzten Sonntag. Ich gebe zu, daß die Bayern des Herrn Dr. Heim von dem Ausnahmezustand nichts gemerkt haben. (Sehr richtig!) In der Gegend von Miesbach konnten gewisse Leute trotz des Ausnahmezustandes tun und lassen, reden und schreiben, was sie wollten. In München und Augsburg, in Nürnberg und Koburg sehen die Dinge jedenfalls ganz anders aus. In München besteht allerdings auch kein Ausnahmezustand für die Totengräber der deutschen Republik. Aber der Ausnahmezustand besteht für die verfassungstreue Bevölkerung, für alle, die auf dem Boden der Freiheit und der Demokratie stehen. Die werden von der Polizei des Herrn Böhrner durch die Straßen mit Gummiknüppeln getrieben. (Pfuui!)

Der Stadtrat von Nürnberg, der zweitgrößten Stadt Bayerns, hat sich wiederholt veranlaßt gesehen, teils mit großer Mehrheit, teils einstimmig mit Einfluß der Vertreter der Bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen, beschlußmäßig bei der bayerischen Regierung um Aufhebung des Ausnahmezustandes nachzusuchen. (Hört, hört!) In Nürnberg wurde der Bevölkerung erst am 31. August wieder zum Bewußtsein gebracht, daß wir unter dem Ausnahmezustand leben. Man hat die ganze bewaffnete Macht aufgeboten, mit Panzerautos, zu Fuß und zu Pferde, ausgerüstet mit Karabinern, Revolvern, Gummiknüppeln und 78 scharfen Patronen für jeden Mann (hört hört!), um damit gegen eine freilebende Bevölkerung vorzugehen (pfuui!), die nichts weiter getan hat, als in einer Rieserversammlung von 50 000 Personen für die Erhaltung der Republik, für den Schutz der Verfassung gegen den politischen Mordemord zu demonstrieren. Es ist in der Republik Bayern so weit gekommen, daß man sich unbehelligt in großen Kundgebungen für die Monarchie aussprechen darf, daß es aber unmöglich ist, für Verfassung und Republik zu demonstrieren, ohne Gefahr zu laufen, über den Haufen geschossen zu werden, wie es in Koburg passierte, wo ein Toter und 20 Verwundete ihre Verfassungstreue mit ihrem Blute bezahlen mußten. (Lebhafte Pfuuirufe.)

So darf es in Bayern nicht weitergehen. (Lebhafte Zustimmung.) Eine neue Regierung soll gebildet werden. Ist diese Regierung bereit, die Zustände, wie wir sie bisher gehabt haben, zu beseitigen, ist sie bereit, mit eisernem Besen auszukehren, so wird sie dabei die Sozialdemokratie an ihrer Seite finden. Sie wird dabei auf die Unterstützung der bayerischen Arbeiterkraft rechnen können. Ist sie dazu aber nicht bereit, will sie das System Kahr und den Ausnahmezustand aufrechterhalten, will sie weiter wie bisher die Reichsverfassung sabotieren und, wie Kahr, die Grund- und Eckpfeiler der deutschen Republik unterminieren, dann, Parteigenossen, gebe ich Ihnen heute feierlich das Versprechen, daß in Bayern ein Kampf beginnen wird, wie wir ihn bisher noch nicht erlebt haben. (Lebhafte Beifall.) Dann sagen wir mit aller Ruhe und Deutlichkeit, um mit den Worten des Herrn Dr. Heim zu reden: „Wir lassen uns das nicht mehr länger bieten.“ (Bravo!) Kommt es nicht zu einer für das Volk befriedigenden Lösung, dann können die Dinge für Bayern von unabsehbaren Folgen sein.

Ich möchte letzteres nicht wünschen. Aber man soll sich in München nicht darüber täuschen, das Maß ist voll zum Überlaufen. (Sehr richtig!) Wir wollen nicht mehr länger zusehen, wie Bayern immer mehr das Aufmarschgebiet werden soll, um von da aus die deutsche Republik zu meucheln und zu morden.

Dann wird es Zeit für die Reichsregierung werden, nicht mehr zu verhandeln, sondern zu handeln. (Stürmischer Beifall.) Sie darf versichert sein, die bayerische Arbeiterschaft, die bayerische Sozialdemokratie, werden hinter ihr stehen, wenn es darum geht, die deutsche Republik zu schützen. (Wiederholter lebhafter Beifall.) Dieses Versprechen habe ich im Namen der bayerischen Delegierten und der bayerischen Arbeiterpartei hier abzugeben.

Nun komme ich noch mit einer Bitte an den Parteitag, an Sie alle aus Nord und Süd, aus Ost und West. Wenn es zu diesen Kämpfen in Bayern kommen sollte, dann appellieren wir an Sie: stehen Sie geschlossen hinter uns. (Lebhafter Beifall.) Es ist Ihr Kampf, den wir dann auszufechten haben, Ihr Sieg, den wir zu erringen haben. (Sehr richtig!) Ueber die Mittel und Wege, die wir dabei einzuschlagen haben, zu reden, ist hier nicht der Ort. Es stehen uns verschiedene zur Verfügung, auch solche, die im politischen Kampf bis jetzt noch nicht zur Anwendung gekommen sind. (Lebhafte Rufe: Sehr gut!)

Man hat in letzter Zeit vielfach versucht, uns als Landesverräter zu stempeln, weil wir in Franken als eins der Kampfmittel auch die Abtrennung von Bayern in Rechnung gestellt haben. Dr. Heim hat ja in Erfahrung gebracht, daß unser Genosse Hermann Müller der zukünftige Präsident der französischen Republik sein soll. (Heiterkeit.) Mindestens ein halbes Duzend Namen hat man schon als Kandidaten genannt. Wir wissen das heute alles noch nicht, aber unsere Gegner wissen, wer in Zukunft einmal Präsident sein soll. (Erneute Heiterkeit.)

Wir lehnen entschieden ab, als Landesverräter zu gelten. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben unser Land ebenso lieb wie andere Leute. Aber wir haben die Vaterlandsliebe nicht auf der Zunge, sondern tragen sie im Herzen. (Bravo!) Der Weg, den wir gehen wollen, wenn wir dazu gezwungen werden, ist im Artikel 18 der Reichsverfassung vorgezeichnet. Es ist derselbe Weg, den Herr Dr. Heim vor zwei Jahren gehen wollte, als die Zeit der Münchener Räterepublik war. Dort hat er von einer Abtrennung Nordbayerns von Bayern gesprochen. (Hört, hört!) Gewiß sind wir Franken Bayern, aber in erster Linie sind wir Deutsche. (Stürmischer Beifall.) Wir Franken sind Bayern geworden nicht auf Grund freier Enschließung, sondern weil dynastische Interessen es so gefordert haben. Das ist nicht nur die Auffassung der französischen Arbeiterschaft, sondern auch weiter Kreise des Bürgertums und wird insbesondere geteilt von Handel und Industrie, die auf Gedeih und Verderb mit dem Reiche verbunden sind. (Sehr richtig!) Wir wollen hoffen, daß diese Einsicht in München Platz greift und bei der neuen bayerischen Regierung nicht zu spät kommt.

Die deutsche Republik und die deutsche Verfassung müssen gesichert werden um jeden Preis. Wir Bayern werden dabei unsern Mann stellen. Sollte es hart auf hart gehen, so unterstützen Sie uns und treten Sie uns zur Seite im Kampf um die Interessen des Reichs, um die Interessen des gesamten deutschen Volks. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Körner-Ludwigshafen: Parteigenossinnen und Parteigenossen! Ich stehe vor Ihnen unter dem niederschmetternden Eindrucke, den uns die Nachricht: aus meiner Heimatstadt gebracht hat. Nach der letzten Meldung sind es 500 Tote, die in einer Abteilung der Badischen Anilin- und Sodafabrik zugrunde gegangen sind. (Bewegung.) 10 000 Arbeiter sind in dieser Abteilung in dem Oppauer Werk beschäftigt. Wie groß mag die Zahl derjenigen Verkrüppelten sein, die nunmehr wieder aus diesem Elend hervorgehen! Noch sind die Wunden nicht vernarbt, die gerade wir Pfälzer in dem unseligen Weltkrieg durch die furchtbaren Fliegerangriffe zu erdulden hatten. Und heute stehen wir wie-

der vor einem furchtbaren Unglück. Ich nehme Veranlassung, für die herzliche Anteilnahme, die die Delegierten hier zum Ausdruck gebracht haben, im Namen meiner pfälzischen Parteigenossen zu danken.

Die Vorgänge, die Genosse Treu geschildert hat, veranlassen auch mich, namens meiner pfälzischen Parteigenossen dazu Stellung zu nehmen. Die Rheinpfalz gehört auch jetzt noch zu Bayern. (Sehr gut!) Neben unserem Saarland hat die Pfalz am schwersten unter den Folgen des Weltkriegs zu leiden. 15 Jahre lang soll sie unter Fremdherrschaft bleiben. Dabei erinnere ich an die Kämpfe, die wir schon überstanden haben. Ich erinnere an die Monate Mai und Juni 1919, wo ein paar Mann, Haas und Konsorten, unter dem bekannten Schutze die pfälzische Regierung stürzen wollten und die Pfalz von Bayern und dem Reiche trennen wollten. Da hat sich die Arbeiterschaft schühend vor die Regierung gestellt, nicht der Personen wegen, sondern um dem staatsverbrecherischen Treiben einzelner ein Halt zu gebieten. Ich erinnere an die Vorgänge in gewissen Zentrumskreisen in der Pfalz, die unter Führung eines Dorten das gleiche betrieben haben. (Hört, hört!) Wenn es bisher gelungen ist, die Bewegung niederzuhalten, so ist es vornehmlich das Verdienst der organisierten Arbeiterschaft. (Lebhafter Beifall.) Leicht war es nicht. Harte Strafen und Gefängnis mußten unsere Genossen in diesem Kampfe auf sich nehmen. Diese im Jahre 1919 geschaffene Front nach und nach unterwühlt zu haben, ist das traurige Verdienst der bayerischen Regierung unter Kahr. (Hört, hört!) Durch ihren fortgesetzten Kampf gegen die Reichseinheit wurde die Reaktion mit ihrem Mordgesindel immer frecher. Das hat unter der pfälzischen Arbeiterschaft eine Atmosphäre geschaffen, die am 31. August zur Entladung kam. Immer lauter wurde der Ruf der Arbeiterschaft: Los von der Regierung Kahr, unter deren Schutz die Reaktionen von einem Mord zum anderen schreiten. Aber wie am 1. Juni 1919, so hat auch die Arbeiterschaft in der Pfalz im Bewußtsein dessen, was auf dem Spiele steht, am 31. August allen Lockungen standgehalten.

Den Kommunisten blieb es vorbehalten, auf diese Leimrute zu gehen. Ohne Rücksicht auf die politische und wirtschaftliche Lage der Pfalz treibt die Regierung in Bayern eine Politik, die uns unendlich schadet und die die ganze Existenz der Pfalz aufs Spiel setzt. Wird diese Politik aber mit oder ohne Kahr fortgesetzt, dann sind die schwersten inneren Erschütterungen unausbleiblich, dann ist der Bürgerkrieg nicht abzuwenden. Eine Trennung Nordbayerns von Südbayern aber hat unbedingt auch die Loslösung der Pfalz von Bayern zur Folge. Auf diese Entwicklung der Dinge warten die Franzosen, um das Pfandobjekt für sich zu behalten. (Sehr richtig!), mindestens aber ein neues Saargebiet zu schaffen. Die Fortführung der Kahrpolitik arbeitet also den französischen Imperialisten direkt in die Hände. (Lebhafte Zustimmung.) Was die französischen Imperialisten und ihre Vertreter in der Pfalz bisher noch nicht fertiggebracht haben, das schaffen die bayerischen und preußischen Reaktionen, nämlich die Zerstückelung des Reichs. (Lebhafte Zustimmung.)

Deshalb erheben auch wir Pfälzer unsere warnende Stimme dagegen, in der bisherigen bayerischen Politik fortzufahren. Wir verlangen nichts mehr und nichts weniger als eine demokratische Politik im Sinne der Reichsverfassung, die allein der Bestand des Reiches sichert und den langsamen Wiederaufbau des Deutschen Reiches ermöglicht. (Lebhafter Beifall.)

Vorhänder Wels: Parteigenossen! Der Genosse Treu und der Genosse Körner haben den Appell an Sie als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie gerichtet, den Kampf, den die bayerische Arbeiterschaft zu führen hat, zu unterstützen. Ich glaube, dieser Appell ist nicht vergeblich, und die warnende Stimme der bayerischen Vertreter dringt, verstärkt durch Ihre Zustimmung, hinaus bis

nach München, sie dringt in jedes Arbeiterohr in Bayern und sie klingt an jedes Arbeiterherz im ganzen Deutschen Reich. Alle diejenigen, die es wagen sollten, die bayerische Arbeiterschaft um die Früchte der Revolution zu betrügen und die damit den ersten Schritt zur Demolierung der republikanischen Verfassung und Staatsform im Reiche tun, sind durch diese Manifestation der größten Partei im Reiche gewarnt. (Lebhafte Zustimmung.)

Parteigenossen! Das schändliche Spießsystem, das in Bayern zahlreiche Arbeiter hinter Gefängnismauern gebracht hat, das sich, wie jetzt amtlich erwiesen ist, auf die denkbar unzuverlässigsten Quellen stützt, muß beseitigt werden. Eben wird mir eine amtliche Mitteilung zuteil, daß der Polizeireferent Emmerich dem Stadtrat von Pasing auf eine Anfrage mitgeteilt habe, daß ein Junge von 15 Jahren mit einer Ausweisakte des Oberkommandos versehen gewesen sei, und daß das Oberkommando in München bestätigt habe, daß dieser Junge den Späherchein zu Recht führe, daß diese Karte ordnungsmäßig ausgestellt sei. (Hört, hört!) Wieviele anständige ehrliche und brave Menschen mögen auf Grund von Mitteilungen solcher Kaufjungens ihren Familien entzogen sein. (Lebhafte Zustimmung und Rufe: Psui!) Schmach und Schande über ein System, das sich nur mit solchen Mitteln zu behaupten wagt. (Lebhafte Zustimmung.)

Parteigenossen, eine Lehre sind die Zustände für uns alle. (Sehr wahr!) Sie zeigen uns, wohin es kommen kann, wenn die Sozialdemokratie in einem Lande in Deutschland längere Zeit aus der Regierung verschwindet. (Lebhafte Zustimmung.) Der bayerische Vertreter Herr von Preger hat auf die Mitteilung von der Aktion, die die deutsche Parteileitung im Benehmen mit den deutschen Gewerkschaften und der Unabhängigen Sozialdemokratie in Bayern zur Abwehr dieses Putzregiments und zum Schutze der deutschen Verfassung eingeleitet hat, den traurigen Mut gehabt, zu sagen, die Sozialdemokratie blusse nur. (Hört, hört!) Auf meine Frage, wie er dazu käme, antwortete er: Ich wollte damit nur beruhigend wirken. Der Mann ist sich klar genug darüber, daß er mit solchen Mitteilungen nur den verbrecherischen Mut der Rahr und Genossen anstachelt, bei ihrer bisherigen Politik fest zu beharren. (Sehr richtig!) Ich habe ihm gesagt, und ich rufe es von hier aus hinaus ins Land: die deutsche Sozialdemokratie blufft nicht. (Sehr gut!) Uns ist es Ernst, und die Vorbereitungen zum Kampfe haben wir getroffen. (Stürmische Rufe: Bravo!) Wir haben sie getroffen gemeinsam mit unseren Klassengenossen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung unter Mitwirkung der unabhängigen Sozialdemokraten. (Erneute stürmische Rufe: Bravo!) Wir gehen dem Kampfe nicht aus dem Wege, wir rüsten uns zu diesem Kriege, weil eine Wafel uns nicht blieb. (Zustimmung.) Wir sind als Sozialdemokraten Fanatiker der Gewaltlosigkeit. Wir wissen aber auch, daß der Gewalt, wenn sie gegen uns angewendet wird, der entschlossene Wille der Arbeiterschaft entgegenzusetzen werden kann. Die Maßnahmen, die wir getroffen haben, machen jede reaktionäre Regierung in Bayern auch nur für kurze Zeit zur Unmöglichkeit. (Stürmischer Beifall.) Ob auch die „Deutsche Tageszeitung“ schrieb: „Eifrige und gewissenlose Parteisekretäre waren dort aus Berlin in Nürnberg und München, um die ruhige und friedliche bayerische Bevölkerung zu erregen und die Revolution vorzubereiten“, wir wissen, daß die Gewissenlosigkeit allein auf jener Seite liegt. (Sehr gut!) Die bayerischen Arbeiter mögen gewiß sein, daß der Kampf, den sie auszufechten haben, unser Kampf ist (Bravo!), daß wir diesen Kampf führen werden, dessen Gefahren wir kennen und indem wir die Wunden voraussehen, die er dem Wirtschaftsleben Deutschlands schlagen kann. Mit eisernem Willen und mit unbeugsamer Entschlossenheit stehen wir alleamt zusammen zum Schutze der Republik! (Stürmischer Beifall.)

Weidemann-Insterburg: Ich möchte nicht verfehlen, Ihre Aufmerksamkeit auch noch auf einen anderen Herd der Reaktion zu lenken, auf Ostpreußen. Auch in Ostpreußen versucht die Reaktion durch ihre Organisationen der Selbstschutler, der Heimhändler usw. die deutsche Republik zu unterminieren. Ex oriente lux, sagen die Reaktionäre, und meinen, daß aus dem Osten sich die Schatten über das Volkshaus der Republik breiten könnten, daß sie ihre finsternen Pläne von dort aus verwirklichen könnten. Daher die Besuche der Ludendorff, daher die rege Tätigkeit des Oldenburg-Januschauers und anderer Reaktionäre. Ganz Ostpreußen steckt voller Waffen. Es gilt, unter allen Umständen auch in Ostpreußen Remedur zu schaffen. Wir Ostpreußen haben uns darüber beschwert, daß wir solange unter dem Ausnahmezustand gelitten haben und daß unsere Reichstagsfraktion die notwendige Energie vermissen ließ, um dieses Unrecht zu beseitigen. In Ostpreußen hat es keinen Putz bisher gegeben, trotzdem haben wir über ein Jahr lang unter dem Ausnahmezustand gelitten und erst in diesen Tagen ist er endgültig aufgehoben worden.

In dem Bericht der Reichstagsfraktion ist auch über die in Ostpreußen bestehenden Einwohnerwehren nichts gesagt worden, die jetzt in freiwillige Feuerwehren umgewandelt worden sind. Wenn wir überhaupt noch in einem Staat leben, in dem es eine gesetzliche Ordnung gibt, dann hat unsere Fraktion vor allen Dingen die Pflicht, darauf zu dringen, daß in Ostpreußen das Entwaffnungsgesetz, das Gesetz über die Auflösung der Einwohnerwehren strikte durchgeführt wird. Die Reaktion scharft ihre Waffen. Es ist die Pflicht unserer parlamentarischen Vertreter, darüber zu wachen, daß die Zeiten der Cäsaren nicht wiederkehren.

Ich möchte nun noch einige Anträge kurz begründen, die wir eingebracht haben. Es handelt sich um die Beamtenangelegenheiten, die nicht aus dem gesamten Zusammenhang der Dinge herausgelöst werden dürfen; denn auch hier geht es letzten Endes um die Sicherung der Republik. Damit die Beamtenerschaft in den Verwaltungskörpern zu einer verlässlichen republikanischen Schutzwehr organisiert wird, ist es notwendig, daß man insonderheit den Unterbeamten und mittleren Beamten, die nach der Republik tendieren, so stellt, daß sie über die täglichen Sorgen und Nöte hinaus überhaupt noch ein Interesse am staatlichen Leben haben. In dem Antrag 324, um dessen Annahme ich Sie bitte, wird verlangt, daß mit dem bisher herrschenden System der prozentualen Leuerungszuschläge gebrochen wird. Es ist doch so, daß heute höhere Beamte mehr an Zulagen bekommen als die anderen insgesamt an Gehalt einschließlich aller Zulagen und dergleichen. Die vielen Resolutionen und Anträge, die sich mit der Besehung der Leuerung, mit der Verbesserung der Lebenslage der arbeitenden Klassen beschäftigen, weisen darauf hin, daß es gilt, auch hier Sand anzulegen, um den unteren Volksschichten wenigstens eine notdürftige Existenz zu ermöglichen. Verlangt wird ferner in dem Antrag die Beseitigung der Staffellung der Leuerungszuschläge nach Ortsklassen. Bedeutet an sich schon der gleichmäßige prozentuale Zuschlag eine Bevorzugung derjenigen Orte, die einer höheren Ortsklasse zugehören, so wird durch die Staffellung der Leuerungszuschläge nach Ortsklassen ein weiterer Unterschied geschaffen. Bei der Ortsklasseneinteilung ist ja meistens so verfahren, daß die Großstädte in den Industriegebieten vorzugsweise berücksichtigt sind, während man bezüglich der landwirtschaftlichen Provinzen sagt: denen geht es besonders gut, auf sie braucht die Einteilung nicht in dem Maße Rücksicht zu nehmen. Tatsächlich ist es so, daß wir in Ostpreußen höhere Getreidepreise haben, als sie sonst im Reich bestehen, weil die zuständigen Instanzen Zuschläge zu den sonst geltenden Getreidepreisen für die ostpreussische Landwirtschaft zugewilligt haben, und zwar mit

der Begründung, daß dort die Produktionskosten durch die Verteuerung der Frachtkosten für künstliche Düngemittel usw. angeblich viel höher sind.

Ebenso bitte ich, dem zweiten Antrag zuzustimmen, der ein allgemeines Beamtenrecht verlangt, und zwar, noch ehe das preußische Disziplinargesetz verabschiedet ist. Ich erinnere nur an die Unzuträglichkeiten, die sich bei der Beförderungsregelung in den verschiedenen Einzeländern herausstellten, so daß das Reich schließlich einschreiten mußte. Hier muß auch wiederum ein Reichsgesetz unter allen Umständen geschaffen werden. (Beifall.)

Schluß der Sitzung 5 Uhr 45 Minuten.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 22. September 1921, vormittags 9 Uhr.

Der Vorsitzende Wels eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr.

Schriftführer sind: Mache-Breslau, Emil Fischer-Nürnberg und Zimmermann-Altenburg.

Der Vorsitzende schlägt vor, Vorschläge für die Wahl des Vorstandes, der Kontrollkommission bis 11 Uhr im Bureau des Parteitagcs abzugeben. Er teilt weiter mit, daß der Genosse Stelling, der Ministerpräsident in Mecklenburg geworden ist, nicht Mitglied des Parteivorstandes sein kann, daß aber nach einem Beschluß des Kasseler Parteitagcs Mitglieder des Parteivorstandes, die zurzeit der Neuwahl des Vorstandes Minister sind, auf Beschluß des Parteivorstandes, Parteiausschusses und der Kontrollkommission nach Ablauf ihrer Ministerzeit in den Parteivorstand eintreten können. Bei dem früheren Minister Braun sei ein deraußerer Beschluß bereits gefaßt worden.

Der Vorsitzende erteilt hierauf das Wort dem Genossen

Franz-Chemnitz: Ich habe den Antrag 195 zu begründen und ferner die Anträge 212 und 213. Im Antrag 195 wird erucht, für die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts einzutreten. Dieser Antrag ist aus den verschiedenen Vorkommissionen entstanden, die im letzten Jahre sich ereignet haben. Es ist der Entwurf einer Schlichtungsordnung und der Entwurf über ein Arbeitsgerichtsgesetz herausgekommen. Beide Entwürfe sehen eigene Verwaltungsbehörden, eigene Untergerichtsbarkeiten vor. Wir sind der Ansicht, daß Schlichtungswesen und Arbeitsgerichtsgesetz zu einem Gesetz zusammenzufassen sind. Durch die Zersplitterung der einzelnen Zweige des Arbeitsgerichtswesens ist das Vertrauen der Arbeitermassen zu diesen Einrichtungen wesentlich geschwunden. Das liegt auch daran, daß Schlichtungswesen und Gewerbegebiete sich oft konträr gegenüberstehen und daß die Urteile der Schlichtungsausschüsse häufig in einer ganz anderen Richtung gehen als die Urteile der Gewerbegebiete. Außerdem enthält die Schlichtungsordnung in § 55 Bestimmungen, die wir als Gewerkschafter nicht anerkennen können. Ebenso ist es mit §§ 117 ff., wo bestimmt wird, daß die Richter von den Verwaltungsbehörden des Landes eingesetzt werden. Wir stehen auf dem Standpunkt der Selbstverwaltung auch dieser Gerichte und sind der Meinung, daß von den oberen Verwaltungsbehörden nicht die Tätigkeit oder Wahl der Richter vorgeschrieben werden kann. Man muß klare Bestimmungen fassen und nicht solche, bei denen derjenige, der die Bestimmungen in Anspruch nehmen muß, nicht weiß, wohin er sich zu wenden hat. Es kommt nicht darauf an, jetzt schleunigst einen Gesetzentwurf fertigzumachen, sondern Gesetzentwürfe müssen auch den wirklichen Bedürfnissen des Lebens entsprechen. Wir lehnen deshalb die Schlichtungsordnung und den Entwurf des Arbeitsgerichtsgesetzes ab. Wir verlangen ein einheitliches Arbeits-

gerichtsgesetz und Einführung einheitlicher Arbeitsgerichte für jeden Verwaltungsbezirk mit Selbstverwaltung der Arbeitsgerichte. Dadurch wird eine Institution geschaffen, zu der der Arbeiter Vertrauen haben kann, und das ist nötig, um die wirtschaftlichen Kämpfe im Sinne einer wirklichen Gerechtigkeit und Demokratie zu entscheiden.

Ein Reichsferiengesetz, wie es die Anträge 212 und 213 verlangen, ist unbedingt nötig. Wer da weiß, daß unsere Schulentlassenen einen besonderen Schutz nötig haben, muß verlangen, daß das Gesetz so gestaltet wird, daß für die jungen Leute Ferien festgesetzt werden, so daß man sie nach und nach in das wirtschaftliche Leben gewöhnt. Wir Sachkenner werden für den Antrag Loeb auf Schaffung eines Steuerkommissariats und Erfassung der Sachwerte eintreten.

Pikard-Koblenz: Die warmempfundenen Worte des Genossen Hoch über die Not des arbeitenden Volkes veranlassen auch mich als Delegierten aus dem besetzten Gebiet, die Aufmerksamkeit des Parteitagcs auf die wirtschaftlichen und sozialen Zustände zu lenken, die wir im besetzten Gebiet haben, und unserer Fraktion zu empfehlen, sich unserer nach Möglichkeit anzunehmen. Was Hoch über die Notlage sagte, trifft für die Festbesoldeten, für die Kleinrentner, für die Arbeiterschaft und die kleineren Handwerker im besetzten Gebiet in ganz besonderem Maße zu. Der Dollar und das englische Pfund verteuern die Lebenshaltung bei uns, und die Besatzungszulage ist kein Ausgleich dafür. Die Fraktion muß die Notlage insbesondere der unteren Beamten im besetzten Gebiet ganz besonders berücksichtigen. Dabei möchte ich nochmals an die Reihe des Präsidenten des Statistischen Amtes Saenger erinnern, die den Zweck hatte, die Leuerungsverhältnisse in den einzelnen Orten zu studieren und wegen ihres Schnellzugtempos idt böses Blut gemacht hat. Solche Dinge sollten in Zukunft unterbleiben, denn man fördert durch sie nur die Kostrennungsbefrebungen. Außerdem möchte ich die Bitte an unsere Genossen in der Regierung richten, daß sie, wenn sie das besetzte Gebiet besuchen, auch trotz ihrer vielen Geschäfte noch einige Stunden für die Vertreter der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen übrig haben.

Die Wohnungsnot ist im besetzten Gebiet sehr groß. Familienwohnungen sind infolge der Besatzung nur in beschränktem Maße vorhanden, wodurch die Sittlichkeit leidet; aber auch für alleinstehende Personen ist es fast unmöglich, möblierte Zimmer zu bekommen. Die Reichsregierung hat zwar erhebliche Summen für Besatzungsbauten aufgewandt, aber die Fraktion sollte mit allen Kräften dahin wirken, daß noch mehr auf diesem Gebiet geschieht, weil das für das besetzte Gebiet eine unbedingte Notwendigkeit ist.

Was die Demokratisierung der Verwaltung betrifft, so möchte ich die Aufmerksamkeit des Parteitagcs auf die Zustände in den Gebieten lenken, wo die Zentrumsparthei die Vorherrschaft hat. Trotzdem wir Koalitionsregierung haben, haben wir bis heute in der Regierung in Koblenz noch keinen Sozialdemokraten an einflußreicher Stelle sitzen. (Hört, hört!) Wenn sich die Koalitionsregierung in Prozenten ausdrücken soll, verlangen wir, daß auch in den Zentrumsdomänen diese Prozentätze zur Geltung kommen. Daß man dem Zentrumsabgeordneten Heß, der auf dem Katholikentage die Revolution als das größte Verbrechen hingestellt hat, das Schulbezernat im Regierungsbezirk Koblenz übertragen hat, ist für diese Zustände sehr bezeichnend.

Söllinger-Röll: Die Steuerpolitik des Reiches ist genügend kritisiert worden. Es genügt nicht, Steuergesetze möglichst schnell zu machen, sondern es ist auch notwendig, dafür zu sorgen, daß der Apparat für die Durchführung der Steuergesetze so arbeitet, daß die Gesetze so erfüllt werden, wie der Gesetzgeber es gewollt hat. Die Finanzämter sind unfähig, ihre Aufgaben zu erfüllen,

und daher sind die ungeheuren Ausfälle in der Steuer zu erklären. Die Beamten sind zum Teil ebenfalls unfähig und gehen bei der geringen Bezahlung dazu über, im Nebenberuf Steuerklärungen für andere aufzustellen und ihnen zu raten, wie sie sich am besten von der Steuer drücken können.

Auch auf die Gemeinden möchte ich den Blick des Parteitagges richten. Den Gemeinden sind fast alle Steuerquellen genommen. Es ist die Schaffung einer Reichssteuer in Vorschlag gebracht worden, wo der Unternehmer pro Kopf der Beschäftigten herangezogen wird. Ich rate dringend davon ab, diesen Weg zu gehen, da die meisten Gemeinden schon dazu greifen mußten, die Kopfsteuer einzuführen und außerordentlich weit heraufzuschrauben. Die Gemeinden tranken heute am Staate. Wenn in Düsseldorf 1800 Prozent und in Essen 3800 Prozent Zuschläge zur staatlichen Gewerbesteuer erhoben werden, so kann man nicht mehr gut weitergehen. Die Gemeinden sind auch genötigt, da einzugreifen, wo das Reich versagt, z. B. bei den Unterstützungen für Kriegerhinterbliebene, Arbeitslose usw. Wir wünschen also, daß unsere Reichstagsfraktion sich dafür einsetzt, daß den Gemeinden wieder eine direkte Steuerquelle eröffnet wird.

Wenn Genosse hoch das soziale und wirtschaftliche Elend und auf der anderen Seite das Wucher- und Schiebertum gezeigt hat, kann ich auf einen anderen Typ hinweisen. In Köln hat sich jetzt der Typ des Besatzungsgewinners herausgebildet. Das Okkupationsleistungsgesetz vergütet bekanntlich nicht nur die direkten Schäden, die durch die Besatzung entstanden sind, sondern auch den entgangenen Gewinn. Wenn Sie sich einmal die Akten und die Spruchspraxis des Reichswirtschaftsgerichts ansehen, so werden Sie finden, daß das Reich um Millionen in den besetzten Gebieten betrogen wird. In den letzten Tagen hat ein großes Hotel seine Schadensaufstellung so genau herausgearbeitet, daß es sogar die Setzgelage für die eigene Familie mit in die Schäden einbezogen hat, die durch die Engländer entstanden sind. Bei einer Aufstellung mußten 360 000 Mark gestrichen werden, die zu Unrecht eingezogen waren. Ein Kardinalfehler ist, daß die von der Reichsregierung in die besetzten Gebiete geschickten Vertreter junge Assesoren sind, die von Volkswirtschaft keine Ahnung haben. Wir bitten Sie dringend, dafür zu sorgen, daß hierin Wandel geschaffen wird.

Leider können wir im besetzten Gebiet diese Mißstände in der Presse nicht so zur Sprache bringen, weil wir damit den Besatzungstruppen Material in die Hände liefern würden. Sie würden dann erst recht bei dem, was auf die Wiedergutmachung angerechnet werden soll, Abstriche machen; denn nach dem Friedensvertrag sollen ja die Besatzungslasten auf die Wiedergutmachung angerechnet werden.

Weiter habe ich den Wunsch, daß der Vorstand noch einmal ermägt, die Vertreter der Kommunen zu einer Reichskonferenz zusammenzuberufen, damit auch wir als Sozialdemokratische Partei zu der Gesetzgebung, die die Kommunen betrifft, als Vertreter der Kommunen Stellung nehmen können. (Bravo!)

Hirdes-Hagen i. W.: Die bisherigen Beratungen und Beschlüsse des Parteitages haben drei wesentliche Willensfundgebungen hervorgebracht: erstens die Festigung und Sicherung der deutschen Republik mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, zweitens die unbedingt notwendige Umgestaltung der deutschen Rechtspflege, drittens die Entlastung der breiten Volksschichten und die stärkere Heranziehung des Besitzes durch Erfassung der Goldwerte.

Bzüglich der Sicherung der deutschen Republik hat die Mehrheit des Parteitages die Resolution 304 angenommen. Sie glaubt, auf diesem Wege ein gutes Mittel gefunden zu haben. Ob diese Erwartungen sich erfüllen werden, hängt davon ab, auf welche Weise die verantwortlichen Parteinstanzen in dieser Richtung arbeiten werden.

Für die Umgestaltung der Justiz hat uns Genosse Raddbruch sehr gute Wege gezeigt. Aber die bürgerliche Klassenjustiz versucht nicht allein auf dem Wege der Strafrechtspflege die Kämpfer für die Republik zu unterdrücken, sondern man versucht auch auf dem Wege des Zivilrechts in meinem engeren Wirkungskreise uns zu bekämpfen. Ich und viele Genossen haben etwa ein Duzend Zivilprozesse durchzumachen, die darauf hinauslaufen, uns zu Schadenersatzverpflichtungen in die Hunderttausende von Mark zu verurteilen. Es handelt sich um Forderungen, die aus der Bekämpfung des Rapp-Butisches geltend gemacht werden. Weil die bisherige Gesetzgebung, Amnestie- und Tumultschädengesetz, hier nicht ausreicht, ist dringend zu wünschen, daß noch weitere gesetzgeberische Maßnahmen getroffen werden, um die Kämpfer der Republik auch auf diesem Gebiet zu schützen.

Die Genossen hoch und Keil haben in ihrem Referat in schärfster Weise die Erfassung der Goldwerte und die Sozialisierung gefordert. Sie haben Wege gesucht, wie wir diesem Ziele näherkommen. Aber ein Mittel, wie wir die Erfassung der Goldwerte erreichen, haben sie uns nicht genannt. Ich erlaube mir, dem Parteitag ein solches Mittel vorzuschlagen. Im Reichstag wird sich nach meiner Ueberzeugung keine Mehrheit für die Erfassung der Goldwerte finden lassen, weder in der jetzigen noch in der zukünftigen Koalition. Es liegt im Wesen des Klassenkampfes, daß die bürgerlichen Parteien der Erfassung der Goldwerte und dem Eingriff ins Privateigentum niemals zustimmen werden. Die Auflösung des Reichstages und Neuwahlen führen auch nicht zum Ziel. Wir werden vielleicht etwas stärker in den Reichstag einziehen, aber den bürgerlichen Parteien gegenüber doch nicht so mächtig, um die Forderungen durchzubrüden. Da denke ich an das verfassungsgemäße gesetzliche Mittel des Volksentscheids. Es heißt im Gesetz: Der Volksentscheid findet statt, wenn ein Zehntel der stimmberechtigten Bevölkerung unter Zugrundelegung eines besonders ausgearbeiteten Gesetzentwurfs vom Reichstage diesen Gesetzentwurf begehrt und er vom Reichstag nicht unverändert angenommen wird. Wir würden zum Ziele kommen, wenn wir dieses Mittel geschickt anwenden. Selbstverständlich ist es notwendig, daß der Kleinbesitz und das Kleingewerbe entsprechend geschützt werden. Bei genügender Aufklärung wird es möglich sein, die Volksschichten zur Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf zu veranlassen. Besonders denke ich dabei an die kleinen Rentner in der Stadt, die auch auf unserer Seite sein werden, selbst wenn sie deutschnational sind. Ich denke auch an die Zentrumsarbeiter, denen es nicht einfallen wird, gegen die Erfassung der Goldwerte zu stimmen. Ein solches Experiment kann allerdings zu den gefährlichsten Kämpfen führen. Unter Umständen wird die Reaktion den letzten Verzweiflungskampf gegen die Republik führen. Sie wird dann die Verfassung beiseite wischen wollen, die uns dieses natürlichste Volksrecht gegeben hat. Dann können wir natürlich dem Kampf nicht ausweichen, sondern dann heißt es: Kampf mit allen Mitteln, Kampf auf Leben und Tod.

Ich ersuche die Parteinstanzen, diesen Weg des Volksentscheids zu beschreiten. Der Erfolg ist uns sicher. Wir leisten damit gute positive sozialistische Aufbauarbeit. Wir schützen die Volksmassen und belasten den Besitz, wie es sich für uns als Sozialisten gehört. (Lebhafte Beifall.)

Bernid-Magdeburg: In unserem ländlichen Bezirk, wo Großgrundbesitz und Adel vorherrschen, in dem aber auch der Staat Tausende von Morgen Land als Eigentum besitzt, tritt der Wucher des Grund und Bodens in ungeheurer Weise in die Erscheinung. Die Landarbeiter verstehen einfach nicht, wie es möglich ist, daß der Staat den Grund und Boden der Domänen für 30 Mk. pro Morgen an die Pächter abgibt, während dieselben Pächter für Kartoffelland 650 Mk. wieder einnehmen. Ein Pächter mit 2000 Morgen gibt 60 000 Mk.

Pacht an den Staat, er verpachtet 100 Morgen Kartoffelfeld und nimmt dafür 65- bis 75 000 Mk. ein. Das sind Zustände, die auf die Dauer unhaltbar sind. Als die Vorlage des Genossen Braun über die Selbstbewirtschaftung der Domänen eingebracht werden sollte, sträubten sich jene Kreise schon im voraus gewaltig dagegen.

Auch die Aufhebung der Gutsbezirke ist eine zwingende Notwendigkeit. Mit der Besteuerung der Sachwerte des Grund und Bodens darf nicht halt gemacht werden. Wie verhält es sich mit den ungeheuren Wabungen. Wir haben in den Parlamenten durchgesetzt, daß das Holz der staatlichen Wälder zu angemessenen Preisen als Brennstoff und als Baustoff abgegeben werden soll. Man hat aber dadurch den privaten Besitzern ein Monopol in die Hand gegeben, durch das sie weiter ungeheure Wucherpreise erzielen können. In den staatlichen Forsten wird das Brennholz mit 65 Mk. pro Festmeter abgegeben, Bauholz zu 165 Mk. Die danebenliegenden Grundbesitzer haben in freien Auktionen die Preise um das Vier- bis Fünffache gesteigert. Hier ist dem Staat jede Möglichkeit genommen, seinerseits an den ungeheuren Preisen, die da gegeben werden, teilzuhaben.

Genosse Schmidt hat vorgestern erwähnt, daß die Wucherpreise zum großen Teil auf den Zwischenhandel zurückzuführen sind. Unser Schlachtvieh geht heute auf dem Wege vom Land bis zum Verbraucher durch sechs Hände. Das muß unbedingt vermieden werden, wenn die Konsumgenossenschaften endlich daran gehen, die landwirtschaftlichen Organisationen der Genossenschaften mehr auszubauen. Alle landwirtschaftlichen Produkte müssen den Verbrauchern auf dem schnellsten Wege zugeführt werden. Wie heute große Konjumbädereien schon Verträge mit Wollereibesitzern abgeschlossen haben, muß es auch möglich sein, die anderen Produkte, hauptsächlich Getreide, auf diesem Wege zu erfassen.

Die Aufhebung der Gutsbezirke muß durchgesetzt werden. Die Gutsbezirke haben Vorrechte vielerlei Art. Die Chausseen werden vom Kreis unterhalten, aber soweit sie durch das Gebiet der Gutsbezirke gehen, haben diese noch die Obst- und Grasnutzung, deren Ertrag in die Hunderttausende geht. Auch bei den Domänen muß dafür gesorgt werden, daß die Obst- und Grasnutzung nicht im Pachtpreis enthalten sein darf. Wir haben Domänen, wo für die Obstnutzung das Drei- bis Vierfache der ganzen Pacht erzielt wird. Die Landarbeiter verstehen nicht, daß die Republik sich diesen schamlosen Wucher gefallen läßt.

Im Siedlungswesen sind große Mißstände vorhanden, die zum Himmel schreien. Im Kohlenrevier wird das Siedlungswesen durch Ueberteuerungszuschüsse gefördert, die wir alle für die Kohle bezahlen müssen. Diese Siedlungsbestrebungen werfen den Unternehmern ungeheure Gewinne in den Schoß. Eine Einfamilienwohnung kostet uns heute 75- bis 80 000 Mk., wovon der Unternehmer 10- bis 15 000 Mk. Reingewinn an jeder Wohnung erzielt. Auch hier muß auf dem Wege der Förderung der Baugenossenschaften Abhilfe geschaffen werden.

Ich möchte auch ersuchen, dem Antrag Nr. 117 zuzustimmen. Die Reichstagsfraktion muß den ungeheuren Profiten des Grundbesitzes einen Riegel vorsetzen.

Auch das Schulwesen auf dem Lande muß eine Förderung erfahren. Der Einrichtung von Fortbildungsschulen und Schulverbänden, die von den sozialdemokratischen Gemeindevertretungen erstrebt werden, werden von der Regierung Hindernisse bereitet. Auch hier muß Wandel geschaffen werden.

Ebenso muß der Förderung der landwirtschaftlichen Genossenschaften Aufmerksamkeit geschenkt werden. Kleine Landwirte, Gewerbetreibende und kleine Handwerker pendeln heute zwischen den Parteien umher und wissen nicht,

welcher Richtung sie sich anschließen sollen. Durch Förderung des Genossenschaftswesens müssen wir auch diesen wirtschaftlich tiefliegenden Kreisen helfen. Die reaktionären Elemente im Schulwesen, in den Ministerien und in den Städten bieten keine Gewähr für die Durchführung all dieser Forderungen. Sie müssen deshalb aus den Regierungsstuben entfernt werden. Nur auf diesem Wege wird es möglich sein, die Forderungen zu erfüllen. (Bravo!)

Bernstein-Berlin-Schöneberg: Erlauben Sie mir einige Worte zu den großen Fragen der Finanz- und Steuerpolitik, die im Vordergrund der Beratungen der kommenden Reichstagsession stehen werden. Zwei große Aufgaben hat die Finanzpolitik des Reiches zu lösen: die Deckung des ungeheuren Fehlbetrages im Reichshaushalt und die Hebung des Wertes unseres Geldes. Wir kommen nicht zur Hebung der Valuta, wenn wir nicht den Fehlbetrag im Haushalt decken, und wir werden nicht zur Deckung des Fehlbetrages kommen, ehe wir nicht die notwendigen Maßnahmen treffen, die zur Hebung der Valuta erforderlich sind. (Zustimmung.)

Was die Regierung bis jetzt auf diesem Gebiete vorgeschlagen hat, ist absolut unzulänglich. Sie hat eine Reihe von Verbrauchssteuern ausgearbeitet. Diese Erhöhung der Verbrauchssteuern bringt nur einen bescheidenen Teil der Mittel auf. Verbrauchs- und Verkehrssteuern wirken aber eher auf eine Verschlechterung der Valuta hin als auf eine Hebung. Die Besitzsteuern, die die Regierung ausgearbeitet hat, sind noch nicht so durchgearbeitet, daß die Regierung selbst angeben kann, welchen Ertrag sie bringen werden. Es wird nur eine unbestimmte Schätzung bekanntgegeben. Selbst wenn sie das eintragen, was die Verbrauchssteuern aufbringen sollen, bleibt es noch ungenügend. Das Steuerprogramm der Regierung als ein Ganzes genügt bei weitem nicht, um den ungeheuren Fehlbetrag zu decken. Gewiß sind die Besitzsteuern noch steigerungsfähig, aber es gibt auch da eine Grenze, über die hinaus die Besitzsteuern volkswirtschaftlich schädlich wirken. (Sehr richtig!) Daher bleibt der Vorschlag der Regierung und bleibt auch der Vorschlag der Großindustrie unzulänglich. Alles das ist nur ein Hinausschieben einer Maßnahme, die, wenn nicht etwas ganz Unvorhergesehenes geschieht, unvermeidlich wird. Diese Maßnahme ist die Erfassung der Sachwerte. Je länger man diese Maßnahme hinauschiebt, um so mehr verschlechtert man die Bedingungen, unter denen sie eintreten kann.

Die Erfassung der Sachwerte ist nicht nur die beste, sondern sie ist auch gerade für die kapitalistische Klasse die billigste Maßnahme. Wenn diese Lösung nicht benutzt wird, dann wird es diesen Leuten noch ganz anders gehen. Heute bleiben sie bei der Erfassung der Sachwerte im Besitz ihres Betriebskapitals, die Industrie wird in keiner Weise geschädigt. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß die Verschlechterung der Valuta sich auf Kosten einer riesengroßen Waffe der Bevölkerung, teilweise der ärmsten, zum Teil auch des notleidenden Mittelstandes vollzieht. Jede Verschlechterung der Valuta ist heute eine Steuer, die auf das arbeitende Volk zugunsten derjenigen gelegt wird, die Sachwerte besitzen. (Sehr richtig!) Denn der Wert der Sachwerte steigt in dem Maße, als die Valuta fällt. Dem muß ein Ende gemacht werden. Durch die Erfassung der Sachwerte nehmen wir niemandem etwas, was ihm von Rechts wegen zukommt, sondern es ist lediglich eine Ausgleichsmaßnahme.

Nun hat Genosse Loeb eine Aenderung in bezug auf zwei Punkte vorgeschlagen. Er verlangt zunächst einmal die Fundierung der schwebenden Schuld. Ich weiß nicht genau, was er darunter versteht. (Sehr gut!) Besteht er darunter die Beschaffung einer Deckung für die schwebende Schuld, dann liegt die Lösung schon in der Erfassung der Sachwerte. Ich möchte dem Genossen Loeb vorschlagen, auf seinen Antrag zu verzichten, denn wir können diesen Vorschlag

unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht durchführen oder aber er müßte viel genauer formuliert werden.

Dann verlangt Genosse Loeb die Unveräußerlichkeit der Sachwerte. Was er damit meint, ist zum Teil außerordentlich begründet. Aber für alle Sachwerte trifft nicht die Voraussetzung zu, die er im Auge hat, z. B. gar nicht für die Sachwerte auf dem Lande, Grund und Boden usw. Ich möchte deshalb vorschlagen, lediglich den Antrag des Genossen Keil anzunehmen. Ich verstehe durchaus nicht, daß der Antrag des Genossen Loeb einen berechtigten Kern hat, aber er trifft nicht für alle Gebiete zu und wir können ihn infolgedessen so generell nicht annehmen. Ich bitte den Genossen Loeb deshalb, ihn zurückzuziehen.

Aus all diesen Gründen empfehle ich Ihnen dringend die Annahme des Antrages Keil. Dieser Antrag wird für die Reichstagsfraktion bei den schweren Kämpfen, die uns bevorstehen, die Kampfsparole sein, mit der wir für die Verbesserung des deutschen Wirtschaftslebens, der deutschen Wälua und damit indirekt auch für die Verbesserung der internationalen Beziehungen in den Kampf ziehen. Mit diesem Programm werden wir das durchsetzen, was durchzusetzen möglich ist. (Lebhafter Beifall.)

Darauf wird ein genügend unterstützter Antrag auf Schluß der Debatte mit großer Mehrheit angenommen.

Es läuft noch folgender Antrag ein:

Der Parteitag beauftragt die Fraktionen des Reiches und der Länder, zur Erleichterung der Siedlungsmöglichkeit die Besteuerung der Oedländereien zu erstreben. Das Reichssteuergesetz enthält Lücken, durch welche den Besitzern von Oedländereien die Möglichkeit gegeben ist, die Enteignung zu verzögern, bzw. zu verhindern, ohne daß eine Kultivierung der betreffenden Strecken erfolgt. Durch eine entsprechende Besteuerung kann die Beschaffung von Siedlungsland erleichtert werden.

Hoch-Hanau (Schlußwort): Der Fraktionsvorstand hat beschloffen, im Reichstage folgende Interpellation einzubringen:

Ist die Reichsregierung bereit, angesichts des furchtbaren Unglücks in Ludwigschafen sofort Maßnahmen zu treffen, um

1. festzustellen, welche Umstände das Unglück verschuldet haben, und was zur Verhinderung derartiger Unfälle geschehen kann,
2. den Geschädigten ohne jeden Verzug aus öffentlichen Mitteln zunächst die erste Hilfe zu leisten.

(Lebhaftes Bravo!)

Wir haben im Reichstage die Tatsache, daß während des Krieges die Arbeiterschutzmaßnahmen nicht nur nicht ausgebaut, sondern sogar im höchsten Grade vernachlässigt worden sind, nie aus den Augen verloren. Sie alle werden wissen, daß sich unsere Genossen in der Regierung unmittelbar nach der Revolution daran gemacht haben, auf diesem Gebiete alles zu tun, um möglichst das durchzuführen, was notwendig ist. Auch die Fraktion hat sich bemüht, Verbesserungen durchzusetzen, und Sie können überzeugt sein, daß das auch weiterhin geschehen wird. Das furchtbare Unglück ist ein Ansporn für uns, mit um so größerer Kraft für unsere Forderungen einzutreten. (Bravo!) Ebenso haben wir uns bemüht, die Unterstützungen derjenigen zu verbessern, die ihre Arbeitskraft oder ihren Ernährer verloren haben. Wir beschäftigen uns gerade jetzt im Reichstage mit der notwendigen Verbesserung der Arbeiterversicherung. Wir werden auch hier alle Kräfte einsetzen, um die Versorgung der Geschädigten möglichst zu verbessern. (Bravo!)

In diesem Bestreben sind wir auch auf dem diesjährigen Parteitage erfreulicherweise durch eine Fülle von Anträgen unterstützt worden, die sich auf die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse beziehen. Einen sehr großen Teil der Anträge empfehle ich, der Fraktion zu überweisen. Sie können überzeugt sein, daß wir im Reichstage alle diese Anträge gewissenhaft bearbeiten werden.

Den Antrag 79 aus Weimar empfehle ich abzulehnen, weil er in dieser Form unmöglich ist. Wir haben uns in Kassel klar und deutlich für die Sozialisierung ausgesprochen, und es liegt auch jetzt eine ganze Reihe derartiger Anträge vor, für die wir eintreten können.

Die Anträge 101 und 103 bitte ich, anzunehmen, dagegen den Antrag 104 abzulehnen. In dem Antrag 104 wird die Fraktion ersucht, Mittel für die Reichswehr in ihrer jetzigen antirepublikanischen Zusammensetzung nicht mehr zu bewilligen; dasselbe soll auch für die Flotte gelten. Im letzten Reichstag ist das Militärversorgungsgesetz gemacht worden. Die Einzelheiten des Gesetzes wurden durch die Koalition sämtlicher bürgerlichen Parteien gegen uns festgelegt. Wir haben die einzelnen Bestimmungen auf das Schärfste bekämpft. Nun stand die Fraktion schließlich vor der Frage, ob sie das Gesetz ablehnen oder annehmen sollte. Die Ansichten gingen auseinander; aber gerade um Klarheit über unsere Stellung der Wehrmacht gegenüber zu schaffen, hat die Mehrheit sich für die Annahme entschieden. Wir brauchen heute leider eine Wehrmacht, und dann müssen wir auch die nötigen Gelder dafür bewilligen. Natürlich treten wir trotzdem gegen jeden Mißstand mit aller Schärfe auf.

Die Anträge 100 bis 110, die sich mit der Sozialisierung beschäftigen, empfehle ich Ihnen zur Annahme, desgleichen die Anträge 134 (schnellste Auflösung der Gutsbezirke) und 135 (Schaffung einer neuen demokratischen Gemeindeverfassung).

Den Antrag 145, der die Klassenjustiz betrifft, empfehle ich abzulehnen und dafür die Resolution des Genossen Kadbruch anzunehmen.

Den Antrag 150, der die Trennung von Kirche und Staat verlangt, empfehle ich zur Annahme, ebenso den Antrag 152, der sich auf den angeblichen Kampf gegen die Schmutz- und Schundliteratur bezieht; desgleichen den Antrag 156 (Entfernung der Kaiserherrlichkeit aus den Lehrbüchern), weiter die Anträge 157 (Schulfrage), 159 (Reichsjugend-Schulgesetz), 168 (soziale Gesetzgebung), 173 (soziale Gesetzgebung), 221, der sich auf die Landgemeindeordnung bezieht.

Der Antrag 222 hat folgenden Wortlaut:

Bei den heute mehrmals wechselnden Ministerien und Ministern kann es unmöglich zugelassen werden, daß, wie es vorgekommen und jetzt der Fall sein soll, dem dreiviertel Jahre im Amte als Reichskanzler tätigen Abgeordneten Fehrenbach eine Pension von 45 000 Mk. gezahlt wird. Bei unserer demokratischen Verfassung ist das unzulässig, da der Mann keinerlei Verluste erlitten hat und seinem früheren Beruf nachgehen kann, die Not des deutschen Volkes auch so groß ist, daß wir uns derartige Ausgaben nicht gestatten können.

Daß die Männer, die vorübergehend im Ministerium tätig sind, ihr Leben lang eine große Pension bekommen, widerspricht natürlich jedem von uns. Aber wir müssen die Tatsachen nehmen, wie sie sind. Es ist überaus schwer, geeignete Personen für die Ministerposten zu finden. Wenn diese Männer aus ihren Beruf herausgerissen werden, dann fragen sie sich: wie sollen wir es verantworten, unsere ganze Existenz aufzugeben? Wir stimmen durchaus mit den Antragstellern darin überein, daß der jetzige Zustand reformbedürftig ist. Aber wir müssen auch bedenken, daß gerade mancher unserer Genossen, die im Reich

oder in den Bundesstaaten Minister gewesen sind und deshalb ihre Existenz aufgegeben haben, jetzt in sehr schwierige Verhältnisse gekommen sind. (Sehr wahr!) Diese Frage muß zweckmäßig gelöst werden; wie, kann man noch nicht sagen. Aber den Antrag 222 aus Halle können wir nicht annehmen. Ich empfehle Ihnen, diesen Antrag abzulehnen. Anzunehmen empfehle ich Ihnen die Anträge 224 (Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden), 225 (Schutz der Provinziallandtags-, Kreistags-Abgeordneten und Stadtverordneten) und 226 (Zahlung von Tage- und Reisegebern für die Mitglieder der Verwaltungsförperschaft).

Der Antrag 178 bezieht sich auf die Teuerung. Ich würde Ihnen empfehlen, die Resolution des Genossen Georg Schmidt anzunehmen und die Anträge 178, 180, 182, 183 und 186 damit für erledigt zu erklären.

Der Antrag 181 bezieht sich auf die Absinenzbewegung. Ich würde gern einen Antrag annehmen der sich für die Enthaltensbewegung ausspricht; aber dieser Antrag ist undurchführbar. Soweit auf diesem Gebiet Verbesserungen zu erzielen sind, ist die Fraktion immer tätig gewesen und wird auch weiter tätig sein. Eine derart allgemeine Maßnahme, wie sie in dem Antrag 181 empfohlen wird, können wir nicht befürworten; ich bitte, diesen Antrag abzulehnen.

Die Anträge 204 und 209, die sich auf die Feiertage beziehen, bitte ich anzunehmen; ebenso die Anträge 215 bis 217, die sich auf den Achtfundertag beziehen.

Den Antrag Knack-Hamburg 322 (Beschlüsse der Frauenkonferenz) empfehle ich zur Annahme.

Bezüglich des Antrages Loeb, 329, der sich mit der Steuer- und Wirtschaftspolitik beschäftigt, empfehle ich Ueberweisung an die Fraktion zur Berücksichtigung. Dagegen wird auch Genosse Keil wohl nichts einzuwenden haben. Ich bin der Meinung, daß wir dieser Anregung folgen müssen, wenn wir damit auch nicht alles erreicht haben.

Ich muß auf den Antrag eingehen, in dem die Einsetzung einer Kommission verlangt wird, die eine grundlegende Aenderung im Personenbestande der deutschen Justizbeamten unter Aufhebung der Unabsehbarkeit der Richter herbeiführen soll. Wenn man weiß, welche Erfahrungen wir mit der Kabinettsjustiz gemacht haben, wird man gegen die Absehbarkeit der Richter sehr große Bedenken haben. Ich kann das, was Genosse Kadbruch darüber gesagt hat, unterschreiben. Wir werden alles tun, den Justizskandalen entgegenzutreten. Zunächst aber sind die von Genossen Kadbruch empfohlenen Maßnahmen durchzuführen. Bevor das geschehen ist und sich als ungenügend erwiesen hat, ist es nicht zu verantworten, den Grundsatz von der Unabsehbarkeit der Richter auch nur zeitweise preiszugeben. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

Anzunehmen bitte ich den Antrag Hauze, der für sich selbst spricht.

Eingehen muß ich dann noch auf den nicht genügend unterstützten Antrag Insterburg, der die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Ostpreußen verlangt und die Haltung der Reichstagsfraktion in dieser Frage mißbilligt. Ich kann nur sagen, daß ein jeder wissen mußte, daß unsere Fraktion sich zu jeder Zeit unermüdet gegen den Belagerungsstand gewandt hat. Es ist bedauerlich, wenn die eigenen Genossen die Vorwürfe der Gegner gegen unsere Partei aufnehmen, ohne sich zu überzeugen, ob die Vorwürfe berechtigt sind. Ich habe auf einer Zusammenkunft selbst einmal gehört, wie ein Genosse Vorwürfe gegen den Minister Severing erhob, ohne Severing vorher gefragt zu haben, was an den Anschuldigungen ist. Unsere Genossen im Ministerium haben eine

schwierige Stellung. Ich glaube, es hat noch keinen sozialdemokratischen Minister gegeben, der in allen Punkten die Zustimmung der Partei gefunden hat. Die Schuld daran liegt aber nicht in der Person der Genossen, sondern in den Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen haben. Wenn die Genossen im Ministerium nicht das leisten, was sie sollen, können wir verlangen, daß sie uns Rede und Antwort stehen. (Zuruf: Sie antworten uns gar nicht!) — Dann gibt es doch einen Fraktionsvorstand und einen Parteivorstand. Im Parteivorstand sind wir jeder Beschwerde nachgegangen. Deshalb sollte kein Parteigenosse mit Vorwürfen gegen die eigene Partei und die Vertrauensmänner der Partei vorgehen, bevor er sich nicht von ihrer Richtigkeit überzeugt hat.

Von den anderen Anträgen nehme ich noch eine Gruppe heraus, die sich auf die Beamten bezieht. Die hierzu vorliegenden Anträge haben alle das Ziel im Auge, die Verhältnisse der Beamten besser zu gestalten. Ich kann versichern, daß die Fraktion einen großen Teil ihrer Zeit und einen Teil ihrer besten Kräfte gerade auf die Bearbeitung dieser Frage verwendet.

Von verschiedenen Genossen sind Beschwerden vorgebracht worden. Genosse Leber hat gerügt, daß das Sperrgesetz eingeführt hat, bevor das Befolgungsgesetz vollständig so ausgebaut wurde, wie es notwendig ist. Dasselbe, was Leber rügt, haben wir im Reichstage auch gerügt; unsere Schuld ist es nicht, wenn die Verhältnisse so sind. Man kann also daraus keinen Vorwurf gegen die Partei machen.

Ein zweiter Vorwurf bezieht sich auf die Teuerungszulagen und die Ortsklasseneinteilung. Die Beamten verlangen eine sozialere Regelung der Teuerungszulagen und verurteilen die Ortsklasseneinteilung überhaupt. Ich kann dem nur zustimmen. Unter der jetzigen Lebensmittelnot ist jede Klasseneinteilung ein Unbding (sehr richtig!), und es wäre das richtige, eine einheitliche Regelung durchzuführen. Hierbei sowie bei der Teuerungszulage haben wir stets in diesem Sinne gearbeitet. Der Parteigenosse, der den Vorwurf erhoben hat, hat selbst gesagt, daß, während der Reichstag nicht zusammen war, die Führer unserer Fraktion sich damit einverstanden erklärt hätten, daß die Teuerungszulagen den Beamten im prozentualen Verhältnis gewährt werden, so daß die hohen Beamten das Vielfache dessen an Teuerungszulagen bekommen, was die unteren Beamten erhalten. Als der Reichstag nicht zusammen war, war auch die Fraktion nicht zusammen und konnte nicht zu der Sache Stellung nehmen.

Dann habe ich noch anzuführen, daß Genosse Gradnauer in bezug auf meine Anfrage wegen des Kommunalisierungsgesetzes mich gebeten hat zu erklären: er schätzt die Bedeutung dieses Gesetzes ebenso hoch ein wie ich; in seinem Ministerium wird mit allen Kräften daran gearbeitet, den Entwurf möglichst schnell fertig zu machen. Gradnauer hofft, daß der Entwurf in kurzer Zeit aus seinem Ministerium herauskommen wird. Ferner hat Genosse Robert Schmidt auf meine Frage wegen der Maßnahmen gegen die Devisenspekulation mich gebeten, mitzuteilen, daß diese Frage sehr gründlich bearbeitet wird. Es soll festgestellt werden, auf welchem Wege am besten den bösen Vorgängen entgegengetreten werden kann. Auch er hofft, recht bald zu einem Abschluß zu kommen.

Für mich ist es besonders erfreulich, daß keinen Widerspruch auch der Teil meiner Ausführungen gefunden hat, in dem ich mich bemühte, nachzuweisen, daß mit dem bisherigen Verfahren in den wirtschaftlichen Fragen nichts Gutes erreicht wird, und wir werden nur dann zu einem günstigen Ergebnis kommen, wenn wir mit Sozialisierungsmaßnahmen vorgehen können.

Zum Schluß muß ich mich gegen eine Frage wenden, die ein Parteigenosse zu meinem Erstaunen an mich richtete. Er meinte: Wenn Sie den jetzigen Bestrebungen einen so geringen Wert beilegen, dann gehen wir doch eigentlich mit einer sehr geringen Hoffnung nach Hause. Das verstehe ich nicht. Wenn ich zu solchen Leuten gesprochen hätte, die keine Sozialdemokraten sind, dann hätte ich mich bemüht, nachzuweisen, daß aus diesem ganzen Durcheinander als unbedingt notwendiges Ergebnis der volle Sieg des Sozialismus herauskommen muß. Ich bin nicht darauf eingegangen, weil ich es für selbstverständlich hielt und der Ueberzeugung war, daß der, der an den Sozialismus glaubt, ihn heute schon tagtäglich erlebt. Er sieht, wie trotz allen Elends überall die Keime des Sozialismus sich regen. Es kommt die neue Zeit, es kommt die Zeit des Sozialismus. (Lebh. Beifall.)

Berichterstatter Keil-Ludwigsburg: Soweit sich die Debatte auf die Steuerfrage bezogen hat, ist sie leider nicht sehr fruchtbar gewesen. Das liegt zum Teil daran, daß wir uns in der Vergangenheit nicht gründlich genug mit diesem schwierigen Problem befaßt haben. Auch aus dem Antrag 329 und seiner Begründung habe ich leider nicht viel gewinnen können. Vielleicht hätten wir alle etwas mehr profitiert, wenn bei der Einbringung des Antrages etwas weniger Uebertreibung und etwas mehr politisches Verantwortungsgefühl obgewaltet hätte. Der Antrag, den ich auf Ersuchen des Parteivorstandes und Parteiausschusses Ihnen vorgelegt habe, ist selbstverständlich, und zwar unter Sinzzuziehung erfahrener Parteigenossen, auf das sorgfältigste überlegt worden. Er will die Lösung des Finanzproblems in einer Weise herbeiführen, die unserer sozialistischen Gesinnung entspricht. Ich bitte, sich auf die Annahme meines Antrages zu beschränken. Sollte der Parteitag den Antrag 329 der Fraktion als Material übernehmen wollen, so mag das geschehen, das wäre unschädlich. Ich würde aber seine Ablehnung für richtiger halten. Bei der Ueberweisung als Material könnte die Fraktion prüfen, ob sich mit dem Antrag, insoweit er von dem meinigen abweicht, irgendetwas anfangen läßt. Wenn wir nicht dem Spott sachverständiger Kreise ausgesetzt sein wollen, dann dürfen wir nicht in eine Resolution des Parteitages, die die grundlegenden Voraussetzungen der Sanierung der deutschen Finanzen nach unserer Ueberzeugung aufzählen soll, die Fundierung der schwebenden Schuld hineinschreiben. Denn erstens ist das keine grundlegende Voraussetzung der Sanierung der Reichsfinanzen, und zweitens ist es für ein Menschenalter eine völlige Unmöglichkeit.

Die Fundierung der schwebenden Schuld würde bedeuten, die 235 Milliarden Mark derzeitiger schwebender Schuld, bestehend in kurzfristigen Schuldverschreibungen, Schatzwechseln, Reichstassenscheinen usw., eine Summe, die noch weiter anwachsen wird, wenn nicht bald eine wirkliche Sanierung erfolgt, in konsolidierte Anleihen nach Art unserer Kriegsanleihen zu verwandeln. Ich glaube nicht, daß irgend jemand auf dem Parteitag das für möglich hält. Wer will diese Anleihen zeichnen? Wer wird dem Reiche soviel Vertrauen schenken, daß er ihm die Quote, die auf ihn entfällt, an konsolidierten Anleihen zeichnet? (Zuruf: Deswegen kann man es doch verlangen! — Gelächter.) — Die Antwort auf diesen Zuruf ist bereits durch die Heiterkeit des Parteitages gegeben, ich habe dem nichts mehr hinzuzufügen. Der Nachteil der schwebenden Schuld gegenüber der konsolidierten oder fundierten Schuld besteht im wesentlichen darin, daß der Zinssatz, den das Reich zahlt, etwas höher ist als der Zinssatz bei der langfristigen Schuld, und daß die Reichsfinanzverwaltung dauernd in Sorge lebt, wie sie nach Ablauf der kurzen Fristen für die schwebenden Verpflichtungen wieder Ersatz schafft. Sie lebt von der Hand in den Mund. Aber eine Möglichkeit, sie von dieser Sorge zu befreien, besteht leider nicht. Eine

Möglichkeit, die 235 Milliarden in dauernde Anleihen zu verwandeln, wird es im nächsten Menschenalter in Deutschland nicht geben.

Ebenso wenig können wir in einer Resolution sagen, daß durch die zögernde vorwärtsgehende, unzureichende Veranlagung der fortschreitenden Geldentwertung in Vermögens- und Einkommensverhältnissen nicht genügend Rechnung getragen wurde. Erstens liegt in dieser Fassung ein ungeheurer Vorwurf gegen die Finanzbehörden, der in dieser Allgemeinheit ungerade ist und uns auch parteiagitorisch schädigen würde, und zweitens liegt der Grund dafür, daß unser Steuergebaren der Geldentwertung nicht gefolgt ist, nicht nur in der zögernden Veranlagung, sondern auch in den Wertbemessungsvorschriften und in der Konstruktion der Gesetze.

Durch den Antrag 329 wird der falsche Anschein erweckt, als ob er sich von meinem Antrage dadurch unterscheidet, daß er die Sachwerte oder Goldwerte erfassen wolle, mein Antrag aber nicht. Das ist ein vollkommener Irrtum. Mein Antrag sagt deutlich, daß die Lösung des Finanzproblems ohne Inanspruchnahme der Sachvermögen nicht möglich ist und daß wir das gesetzliche Verfügungsrecht über einen ausreichenden Teil des privaten Sachvermögens und seinen Antrag fordern müssen. Statt dessen sagt Antrag 329: zur Durchführung der Steuergesetzgebung müssen die Produktionsmittel und der Großgrundbesitz herangezogen werden. Was ist das für eine konfuse Formulierung und Begriffsverwirrung! Ist denn der Grund und Boden nicht auch ein Produktionsmittel? Der sozialdemokratische Parteitag muß mit der Formulierung seiner Beschlüsse beweisen, daß er sich über die Grundelemente der Volkswirtschaft klar ist. (Sehr richtig!) Diese Klarheit fehlt dem Antrag 329 fast in jeder Zeile. Der Antrag unterscheidet sich im wesentlichen von dem meinigen dadurch, daß er von der unlöslichen Beteiligung an den Realwerten des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft spricht, während ich es vermeide, die Unlösbarkeit in meinem Antrag zu fordern. Ich bitte Sie, von dieser Forderung abzugehen und sich darauf zu beschränken, das gesetzliche Verfügungsrecht über die notwendigen Teile des Realvermögens für das Reich zu beanspruchen. In welche Formen dieses gesetzlichen Verfügungsrecht zu kleiden ist, darüber ist sich die Öffentlichkeit, die Regierung und Industrie und Handel noch nicht klar. Wir können unmöglich auf dem Parteitag eine Entscheidung darüber treffen. Da, wo die Unlösbarkeit technisch und finanzpolitisch möglich ist, werden wir sie erstreben. Aber sie ist nicht generell möglich, insbesondere nicht bei der Inanspruchnahme der Sachvermögen der Landwirtschaft. Ich bitte Sie, der Fraktion nicht durch Annahme des Antrages 329 eine Fessel anzulegen. Die Fraktion wird ehrlich bemüht sein, den Besitz, soweit irgend möglich, für die Deckung des Reichsbedarfs heranzuziehen. Aber legen wir uns nicht in einer Weise fest, die uns bei der Arbeit hinderlich sein wird.

Weiter werden in Antrag 329 geeignete Bestimmungen der Reichsabgabenordnung verlangt, die verhindern, daß die Besitzsteuern auf die Konsumenten abgewälzt werden. Wenn nur gleich gesagt worden wäre, wie das gemacht werden soll. (Sehr gut!) Die Abwälzbarkeit irgendeiner direkten oder indirekten Steuer hängt nicht von den Gesetzesbestimmungen ab, sondern von wirtschaftlichen Voraussetzungen, in erster Linie von der Spannung zwischen den Weltmarktpreisen und den Inlandpreisen. Ist die Spannung groß, so können die direkten Steuern restlos spielend auf die Verbraucher abgewälzt werden. Besteht eine solche Spannung überhaupt nicht, so ist die Abwälzung sehr erschwert.

In einem anderen Antrag wird die Einsetzung eines Reichskommissars gegen Steuerhinterziehung verlangt. Dieser Antrag ist ein blendender Schlag, der vielleicht den Wählern des Antragstellers imponieren mag. Aber

glauben wir ja nicht, daß wir mit der Forderung der Errichtung neuer Behörden großen Einbruch auf die breiten Volksmassen erzielen werden! Wir haben bereits eine Zentralstelle gegen Steuerhinterziehung, nämlich die dem Reichsfinanzministerium angegliederte Buchprüfungsstelle, die sich zu einer Behörde gegen Steuerhinterziehung im allgemeinen entwickelt. Ein Bedürfnis nach einer Doppelbehörde besteht nicht. Wir werden dafür zu sorgen haben, daß der bestehenden Behörde die Aufgaben, die erfüllt werden müssen, überwiesen werden und daß sie richtig funktioniert. Ich bitte den Parteitag, den Antrag abzulehnen. Wir haben genügend üble Erfahrungen mit den verschiedenen Reichskommissaren gemacht.

Ich bitte Sie also, sich auf die Annahme des von mir eingebrachten unveränderten Antrages zu beschränken. Er sagt das, was im Augenblick notwendig ist. Wenn es nach meinen persönlichen Wünschen ginge, würde ich weiter bitten, die beiden anderen Anträge abzulehnen. Den Antrag auf Einsetzung eines Reichskommissars auf alle Fälle; wollen Sie aber den Antrag 239 aus irgendwelchen Rücksichten als Material überweisen, so mag es geschehen. Viel anzufangen wird damit nicht sein.

In den Richtlinien, die für unsere Haltung in den kommenden Steuerkämpfen maßgebend sein sollen, besteht eine Meinungsverschiedenheit hier nicht, und ich bin auch überzeugt, daß der Parteitag törichte Festlegungen vermeiden wird. Die Fraktion wird in all ihrem Handeln in den kommenden Steuerkämpfen getragen sein von dem ehrlichen Bemühen, die deutsche Arbeiterschaft lebens- und leistungsfähig zu erhalten. Damit leistet sie zugleich der deutschen Volkswirtschaft den besten Dienst. Wenn aber die Kräfte der Fraktion nicht ausreichen, um das, was wir für notwendig und möglich halten, durchzusetzen, dann müssen die Parteigenossen und die Arbeiter ganz Deutschlands zum Kampf bereit sein. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende Wels teilt mit, daß die Genossen Georg Schmidt und Radbruch auf das Schlusswort verzichten und er schließt die Debatte.

Nachdem die durch Parteitagsbeschluss für die Vorschläge für die Vorstande- und Kontrollkommissionsliste vorgegebene Zeit abgelaufen ist, werden die Listen geschlossen.

In Vorschlag gebracht sind:

als Vorsitzende: Hermann Müller, Otto Wels;
als Kassierer: Friedrich Bartels und Otto Heinrich;
als Sekretäre: Hermann Molkenbuhr, Wilhelm Pfanntuch, Otto Braun, Adolf Braun, Franz Krüger, Marie Tuschacz, Hoch-Hanau, Ströbel-Berlin, Fellisch-Dresden, Brochwitz-Frankfurt a. M., Pietsch-Breslau, Dr. Leber-Lübeck, Markwald-Frankfurt a. M.;
als Beisitzer: Richard Fischer, Karl Hildenbrand, Adolf Ritter, Elfriede Ronek, Otto Frank, Heinrich Schulz.

Zu wählen sind zwei Vorsitzende, zwei Kassierer, sechs Sekretäre, sechs Beisitzer.

Hoch-Hanau bittet, seinen Namen zu streichen, da er eine Wahl nicht annehmen würde.

Der Vorsitzende teilt mit, daß Pietsch-Breslau, Leber-Lübeck und Brochwitz-Frankfurt a. M. ebenfalls Einspruch gegen die Aufnahme in die Vorschlagsliste erheben.

Pietsch-Breslau erklärt, er sei, ohne gefragt zu werden, auf die Vorschlagsliste gekommen; da ihm viel daran liege, nicht discreditiert zu werden, bitte er, den Vorschlag nicht ernst, seine Benichtigkeit dafür aber um so ernster zu nehmen. (Heiterkeit und Bravo!)

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß Fellisch, der zurzeit sächsischer Minister ist, nach Parteitagsbeschluss nicht wählbar sei.

Zur Kontrollkommission sind vorgeschlagen: Bren-Hannover, Brühne-Frankfurt a. M., Fischer-Stuttgart, Helene Grünberg-Nürnberg, Hengsbach-Köln, Hermann Müller-Berlin-Eichenberg, Löbe-Breslau, Pinfau-Leipzig, Schönfelder-Hamburg, Bollmann-Halberstadt und Köhn.

Die Vorschlagslisten werden geschlossen.

Hierauf folgt die Abstimmung über die Anträge zum Bericht der Reichstagsfraktion.

Antrag 79 wird entsprechend dem Antrage des Referenten abgelehnt.

Zu den Anträgen 83, 88 und 90 wird auf Vorschlag des Referenten Ueberweisung beschlossen.

Die Anträge 100 und 101 werden angenommen.

Zu 102 wird Ueberweisung beschlossen.

Antrag 103 wird vom Parteitag angenommen.

Antrag 104 wird entsprechend dem Antrage des Referenten abgelehnt.

Zu den Anträgen 105 und 106 beantragt der Referent Ueberweisung an die Fraktion. Der Parteitag beschließt demgemäß.

Die Anträge 107 bis 110 werden angenommen.

Antrag 111 Absatz 1 wird ebenfalls angenommen.

Gruppe der Steueranträge:

Genosse Voeb hat sich einverstanden erklärt, daß sein Antrag 329 nicht als Abänderungsantrag, sondern als selbständiger Antrag gilt. Der Referent hat beantragt, den Antrag 329 abzulehnen oder gegebenenfalls der Fraktion als Material zu überweisen. — Der Parteitag beschließt Ablehnung des Antrags 329.

Der Antrag des Referenten Keil, die Anträge 111 Absatz 2, 112 bis 124, 126, 129, 132, 133, 185 und 299 durch Annahme des Antrags Keil zur Steuerfrage (323) als erledigt zu erklären, wird mit großer Mehrheit vom Parteitag angenommen.

Der Antrag Keil Nr. 323 wird einstimmig angenommen.

Zu Antrag 125, 128 und 131 wird Ueberweisung an die Fraktion beschlossen.

Die Anträge 134 und 135 werden gemäß dem Antrage des Referenten angenommen.

Die Anträge 136 bis 138 werden auf Antrag des Referenten der Fraktion überwiesen.

Anträge zur Justizfrage:

Der Zusatzantrag Kann (331) wird gemäß dem Antrage des Referenten Radbruch mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag Radbruch (327) wird mit der Maßgabe, daß durch seine Annahme die Anträge 139, 140, 142, 143, 144, 146 bis 149, 160 bis 164 erledigt werden, einstimmig angenommen.

Antrag 141 wird entsprechend dem Antrage des Referenten Hoch an die Fraktion überwiesen.

Antrag 145 wird gemäß dem Antrage des Referenten abgelehnt.

Antrag 150 wird angenommen.

Antrag 151 wird der Fraktion überwiesen.

Antrag 152 wird angenommen.

Die Anträge 154, 155 und 158 zur Schulfrage werden durch Annahme des Antrags Hellmann Nr. 328 für erledigt erklärt.

Die Anträge 156, 157 und 159 werden einmütig angenommen, die Anträge 165 bis 167 der Fraktion überwiesen; Antrag 168 wird angenommen.

Die Anträge 169 bis 171 werden der Fraktion überwiesen, ebenso die Anträge 175 bis 177; die Anträge 173 und 174 werden angenommen.

Die Anträge 178, 180, 182, 183 und 186, die die Teuerungsrage betreffen, werden durch Annahme der Resolution Schmidt (325) für erledigt erklärt.

Gemäß dem Antrage des Referenten Hoch wird der Antrag 181 (Einfuhrverbot aller alkoholischen Getränke usw.) mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Anträge 187 bis 202 werden der Fraktion überwiesen, die Anträge 204 bis 209 angenommen.

Die Anträge 210 bis 213 werden an die Fraktion überwiesen, die Anträge 215 bis 217 angenommen, 214 dem Parteivorstand überwiesen.

Weiter werden der Fraktion überwiesen die Anträge 218 bis 220. Antrag 221 wird angenommen.

Der Antrag 222, den Reichskanzler Fehrenbach betreffend, wird gemäß dem Antrage des Referenten mit großer Mehrheit abgelehnt; Antrag 223 wird der Fraktion überwiesen.

Die Anträge 224 bis 226 werden angenommen, die Anträge 228 bis 230 der Fraktion überwiesen, ebenso der Antrag 286.

Dem Parteivorstand wird der Antrag 320 überwiesen, ebenso 305.

Antrag 322 wird angenommen, Antrag 324 der Fraktion überwiesen, ebenso Antrag 326.

Der Antrag 330 (Errichtung eines Reichskommissariats gegen Steuerhinterziehung) wird gemäß dem Vorschlage des Referenten Reil mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag 332 wird der Fraktion überwiesen, Antrag 333 angenommen. Antrag 334 wird ebenfalls der Fraktion überwiesen.

Der Antrag Frerichs, 336, wegen Besteuerung der Debländereien wird der Fraktion gleichfalls überwiesen.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt; es folgt Punkt 4:

„Die Wirkung des Versailler Friedensvertrages auf die innere und äußere Politik Deutschlands.“

Hermann Müller-Berlin: Genossen und Genossinnen! Bevor ich auf das eigentliche Thema eingehe, gestatten Sie mir einige Bemerkungen zu Mitteilungen, die mir aus Berlin gemacht worden sind und die mit meinem Vortrage insofern zusammenhängen, als sie das derzeitige Kabinett Wirth betreffen, das im Auslande allgemein das Kabinett der versuchten Vertragserfüllung genannt wird. Mir wird mitgeteilt, daß die gesamte Berliner Presse heute morgen Nachrichten über die Umbildung der Reichsregierung bringt. Es heißt in der Presse, daß der Zahlen Schlüssel bereits festgestellt wäre, daß drei Sozialdemokraten, drei Mitglieder des Zentrums, zwei Mitglieder der Demokraten und zwei Volksparteiler in die Reichsregierung eintreten würden, daß wir Sozialdemokraten uns entschlossen hätten, den Reichskanzler Wirth fallen zu lassen, daß wir dafür den Kanzlerposten bekämen und bereit wären, den Posten des Reichstagspräsidenten an das Zentrum abzutreten, daß darüber vor dem Gürtlicher Parteitag Besprechungen stattgefunden hätten. Ich erkläre alle diese Nachrichten Wort für Wort für un w a h r. (Lebhaftes Bravo!) Ich mache auch wiederholt darauf aufmerksam, daß auf diesem Parteitag kein Beschluß über die Umbildung der Reichsregierung zusammen mit irgendeiner anderen Partei gefaßt worden ist (Sehr richtig!), sondern daß wir einen Beschluß gefaßt haben, der gewisse Grundforderungen für eine eventuell künftig zu bildende Reichsregierung aufstellt. Ich kann mir gar nicht vorstellen, wie die Wähler, die die ganze Zeit über die Auffassung vertreten haben, daß eine Reichsregierung auf breiterer Basis notwendig sei, dieses Ziel erreichen wollen, indem sie solche

Schwindelnachrichten in die Welt setzen, indem sie überhaupt so tun, als ob wir eine Umbildung der Reichsregierung notwendig hätten. Wir haben uns ferner vom Parteistandpunkt aus gesehen in der Opposition noch immer wohler befunden als in der Reichsregierung (Sehr gut!); der Drang, eine Reichsregierung auf breiterer Basis zu bilden, ist bisher niemals von uns ausgegangen, wie wir überhaupt immer die Auffassung vertreten haben, daß wir ein Opfer bringen, wenn wir in der Reichsregierung sind. (Sehr richtig!) Ich möchte deshalb die Berliner Presse bitten, sich vielmehr mit der Frage zu beschäftigen: Was will und was wird der Besitz zahlen, wenn die Steuerreform kommt? (Lebhaftes Zustimmung.) Solange diese Frage nicht gelöst ist, mag man uns mit allen diesen lustigen Kombinationen vom Halse bleiben.

Genossinnen und Genossen! Ich soll vor Ihnen über die Wirkung des Versailler Vertrages auf die äußere und die innere Politik sprechen. Ich könnte das natürlich stundenlang tun, denn es gibt kein Gebiet des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens, das nicht von dem Versailler Vertrag berührt wird. Das staatliche Leben Deutschlands wurde nach dem Sturze Napoleons auf dem Wiener Kongreß neu geordnet. Die Landwehr der deutschen Nation, die sich in den sogenannten Befreiungskriegen tapfer geschlagen hatte, wurde um die versprochene Freiheit und Einheit bei dieser staatlichen Regelung betrogen. In der Eschenheimer Gasse in Frankfurt a. Main wurde der Bundestag eingesezt, ungefähr das Ideal der Rahr und Böhrner, auf das sie am liebsten wieder zusteuern möchten. (Sehr wahr!) Die Freiheit und die Einheit konnten auch 1848 nicht errungen werden, und es hat 50 Jahre gedauert, bis 1866 wenigstens der Weg für die Einheit freigemacht wurde. Aber es blieb bei der Einheit. Die Freiheit, die kam, war die Freiheit mit der preußischen Pödelhaube, mit der das Bürgertum sich wieder für 50 Jahre abfand, abfand unter Bismarck, abfand als Wilhelm II. schließlich sein eigener Kanzler geworden war, abfand, weil die Geschäfte eben gut gingen. Von 1866 dauerte diese Periode bis 1914, bis das deutsche Volk dann in den Weltkrieg hineinschlidderte, den das deutsche Volk, abgesehen von einigen Alldeutschen, sicherlich nicht wollte. Dieser Weltkrieg hat die Weltstellung Deutschlands vernichtet, weil während des ganzen Krieges der preußische Militarismus alle Friedensmöglichkeiten zerschlug (Sehr richtig!), weil er bis in das Jahr 1918 hinein Belgien nicht freigeben wollte, weil er alle die Chancen, die die russische Revolution im März 1917 gewährte, nicht benutzte, und weil er schließlich auch noch durch den unbefchränkten U-Bootkrieg Amerika in die Reihen unserer Feinde zwang. Am Ausgang des Weltkrieges lag Deutschland von allen Bundesgenossen verlassen danieder; aber diesem von allen seinen Dynastien befreiten Deutschland, dem Kassalschen Deutschland minus die Dynastien, hat die siegreiche Entente einen furchtbaren Gewaltfrieden diktiert, der nichts rettete als die deutsche Einheit. Wir hatten uns trotzdem im Juli 1919 entschlossen, diesen Friedensvertrag zu unterzeichnen, weil nur so weiterer Krieg, weil nur so die Zerstückelung Deutschlands verhindert werden konnte, die Zerstückelung Deutschlands, die damals war und die heute noch ist das unentwegte Kriegsziel der französischen Imperialisten und Nationalisten. (Sehr richtig!) Wir gaben uns über die Wirkungen des Versailler Friedensvertrages niemals einer Illusion hin. Wir müssen auch heute die Frage aufwerfen: Wird wieder eine Epoche von 50 Jahren vergehen, bis die deutsche Republik aus der Sklaverei der siegreichen Ententegläubiger erlöst wird? Aber selbst, wenn es gelingt, Erleichterungen dieses Vertrages zu erzielen — und ohne solche Erleichterungen kann Deutschland auf die Dauer nicht leben —, müssen wir uns darüber klar sein, daß wir mindestens 50 Jahre lang unter den furchtbaren Folgen dieses Krieges zu leiden haben werden, dieses Krieges, den die Beherrscher Deutschlands von vor 1914 mit durch ihre mißtrauische Zickad-